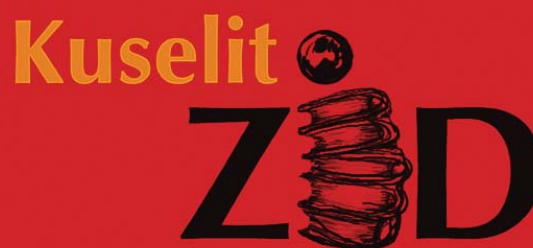


Ausgabe März 2011

03.04.2011

Zeitschriften-Inhalts-Dienst
Aktuelle Schnellübersicht
juristischer Periodika



- 800 permanent ausgewertete Zeitschriften
- Hinweise auf wichtige Fachliteratur
- Buchbesprechungen im Volltext
- Veranstaltungshinweise . . .

Aktuelle Zeitschriftenliste

Rezensionsangebote

Werte LeserInnen!

Soeben haben wir den Monat März abgeschlossen. 17.680 Fundstellen wurden in den vergangenen Wochen dafür aufbereitet. Sie sind heute alle dokumentiert.

Hinzu kommen – wie üblich – einige Rezensionen und viele aktuelle Literaturhinweise.

Den **Legal Tribune ONLINE** – Monatsbericht mit vielen interessanten Beiträgen finden Sie ab Seite 59 ff.

Wer nun angesichts der Informationsfülle zur Kapitulation neigt, dem ist Linderung gewiss: Ab Mitte April können Sie den „MINI“, die KUSELIT-Offline-Fundstellendatenbank kostenlos von unserer Seite herunterladen. Hier können Sie die ZID-Fundstellen einlesen und nach eigenen Kriterien durchsuchen, ordnen, kommentieren u.v.m.

Wir erlauben uns, Sie per eMail über die Bereitstellung nochmals kurzfristig zu informieren.

Veranstaltungshinweise werden hier und da weiterhin eingestreut, sofern wir davon rechtzeitig Kenntnis erlangen. Hier werden insbesondere wissenschaftliche Einrichtungen um Hinweise gebeten.

Ihrem Bedarf an Rezensionsexemplaren kommen wir auch weiterhin gerne nach. Im Anhang finden Sie aktuelle Angebote – wir bemühen uns aber auch gerne um Werke, die Sie uns zur Besprechung anempfehlen.

Und nochmals. Es gilt weiterhin unser Vermittlungsangebot: Sie empfinden bei einem Fundstellenhinweis aus einer Zeitschrift einen unwiderstehlichen Drang zur Lektüre, können auf diese Quelle jedoch nicht selbst zurückgreifen – bestellen Sie bei uns die Zeitschrift. Schneller geht es selten.

Nützliche Lektüre wünscht

Ihr ZID-Team

1. Jur. Professionen | Kanzlei | Beratung | Kosten

2. Recht: Allgemein

3. Staats- und Verfassungsrecht

4. Gesetze und Verordnungen

5. Landesrecht | Kommunalrecht

6. Verwaltungsrecht

7. Glaube | Religion | Kirche

8. Gerichtsverfassung | Prozessrecht

9. Privatrecht

10. Familie | Partnerschaft | Trennung | Erbe

11. Verkehr | Transport | Reise

12. Strafrecht und Nebengebiete

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

14. Sozialrecht

15. Wirtschaftsrecht

16. Wettbewerb | Kartellrecht

17. Gewerblicher Rechtsschutz

18. Steuerrecht

19. Umwelt | Agrar | Energie

20. Bauen | Wohnen | Immobilien

21. Gesundheit | Medizin | Lebensmittel

22. Medien | Telekommunikation | Post | Internet

23. Versicherung | Banken | Wertpapiere

24. Asylrecht | Ausländerrecht

25. Europa | Europarecht

26. Internationales Recht

27. Politik | Geschichte | Philosophie | Soziologie

28. Wirtschaftswissenschaften

29. Sonstiges

IMPRESSUM | ANHANG

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Betriebs-Berater

5. Syndikus-Summit 2011

31.05. - 31.05.2011, Frankfurt am Main

Programm

Trends und Ergebnisse des IV. Otto – Henning General Counsel Benchmarking-Report 2011

- Trends zur Organisation und Strategie von Rechtsabteilungen in führenden Unternehmen in Deutschland
- Überblick über erfolgswirksame Maßnahmen von Rechtsbereichen unterschiedlicher Größe, unterschiedlicher Branchen und unterschiedlicher Ausrichtung

Rechtsservice 2.0

Wie sieht die Zukunft aus?

Oder läutet sie den wissenschaftlichen und ethischen Niedergang ein?

- Veränderungen der Mandanten und deren Anforderungen an einen Rechtsservice
- Auswirkungen von Compliance und die Compliance-Folgezeit
- Höchstleistung durch moderne Arbeitsumgebung
- Auswirkungen neuer Kommunikationswege

Wege zu mehr Effizienz

Erfahrungen

einer schlanken Rechtsabteilung

- Beispiel einer schlanken Organisationsform in einem global operierenden Unternehmen
- Insourcing / Outsourcing (erste Erfahrungen mit Offshoring)
- 80/20 Ansatz in der Rechtsabteilung

Die interdisziplinäre Rechtsabteilung: Sinnvoller Blick über den Tellerrand oder überflüssige Idee?

- Pro's und Con's
- Recht als Kostenstelle
- Wertschöpfung durch verschiedene Blickwinkel
- Effizienzgewinne im Alltag

Business Management Sinnvolle Aufgabenteilung in der Rechtsabteilung

- Kostenmanagement
- Optimierung von Arbeitsprozessen
- Risikomanagement

Strategic Legal Management Was Syndizi von IT und HR lernen können

- Welche strategische Rolle spielt „Recht“ im Unternehmen?
- Wie sehen sich die „Schwesterdisziplinen“ IT oder Personal?
- Auf dem Weg zu einem strategischen Rechtsmanagement

Sreitigkeiten nach M&A-Transaktionen: Vorbeugen und Heilen

- Informationspflicht des Verkäufers und Nachfrageobliegenheit des Käufers
- Aushebelung der vertraglich vereinbarten Haftungsstruktur
- De-Minimis, Selbstbehalt und Haftungshöchstgrenzen: Abgrenzung,
- Auslegung und Wirksamkeit

Dezentrale Geschäftsprozesse zentral optimieren.

- Standards in komplexen Strukturen
- Implementierung von Prozessen
- Auditierung und Auswertung

Legal Support 3.0 Erfahrungen von Nokia

- Berücksichtigung individueller Kompetenzen trotz organisatorischer Einheiten
- Knowledge Management im globalen IT-Umfeld

Compliance im Mittelstand Notwendiger Unternehmensbestandteil oder offenkundiger Widerspruch?

- Compliance in der mittelständischen Unternehmensstruktur
- Spannungsverhältnis: Compliance-Officer vs. Gesellschafter
- Unantastbarkeit von Unternehmensbereichen?
- Lösungswege aus dem Interessenkonflikt
- Mittelstandsgerechte Compliance-Organisation

Streiten aber richtig

Optimierung der Streitkultur durch alternative Streitbeilegung

- Gründe für Zunahme von ADR-Verfahren
- Mediation, Schiedsgutachten, Adjudikation und Dispute Boards
- Das neue Mediationsgesetz
- Welches Verfahren für welche Streitigkeit?

Social Media und die Rechtsabteilung Risiken und Chancen von Facebook & Co.

- Was bringen Facebook, Twitter, XING für Unternehmensjuristen?
- Enterprise 2.0 & Recht – Blogs, Wikis & Social Networks als Teil der Unternehmenskultur
- Rechtliche Risiken von Social Media (Haftung; Bildrechte; Impressumspflicht)
- Unternehmenstrategische Probleme bei Social Media (Vertraulichkeit; Öffentlichkeit)
- Social Media Guidelines – Beispiele und Strategien bei der Einführung (etwa im Verhältnis zum Betriebsrat etc.)

www.conferencegroup.de

Deputation des Deutschen Juristentages

150 Jahre Deutscher Juristentag

Festschriften

München 2010

763 S., 168.00 €

ISBN 978-3-406-59824-1

Inhaltsverzeichnis



Rainer Maria **Kiesow**

Der Deutsche Juristentag

Ein Charakterbild - 1860 bis 2010

Barbara **Dauner-Lieb**

Johannes **W. Flume**

Über die fachliche Arbeit der Deutschen Juristentage und ihre Wirkungen auf dem Gebiet des Zivilrechts

Dagmar **Coester-Waltjen**

Die fachliche Arbeit der Deutschen

Juristentage und ihre Wirkungen auf dem Gebiet des Familienrechts

Friedrich **Kubier**

Die fachliche Arbeit der Deutschen

Juristentage und ihre Wirkungen auf dem Gebiet des Handels-, Gesellschafts- und Wirtschaftsrechts

Michael **Hoffmann-Becking**

Die fachliche Arbeit der Deutschen

Juristentage und ihre Wirkungen auf dem Gebiet des Aktien-, Konzern- und Kapitalmarktrechts

Rolf **Stümer**

Die fachliche Arbeit der Deutschen

Juristentage und ihre Wirkungen auf dem Gebiet des Zivilprozessrechts

Rainer **Hamm**

Die fachliche Arbeit der deutschen

Juristentage und ihre Wirkungen auf dem Gebiet des materiellen Strafrechts

Reinhard **Böttcher**

Die fachliche Arbeit der Deutschen

Juristentage und ihre Wirkungen auf dem Gebiet des Strafprozessrechts

Hans-Peter **Schneider**

“Durch Recht Gewalt zu bändigen”

Die fachliche Arbeit der deutschen Juristentage und ihre Wirkungen auf dem Gebiet des Staats- und Verfassungsrechts

Klaus-Peter **Dolde**

Die fachliche Arbeit der Deutschen

Juristentage und ihre Wirkungen auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts

Manfred **Weiss**

Arbeitsrecht als Gegenstand der Beratungen des Deutschen Juristentags

Otto Ernst **Krasney**

Die fachliche Arbeit der Deutschen

Juristentage und ihre Wirkungen auf dem Gebiet des Sozialrechts

Paul **Kirchhof**

Die fachliche Arbeit der Deutschen

Juristentage und ihre Wirkungen auf dem Gebiet des Steuerrechts

Hans-Jürgen **Rabe**

Der Deutsche Juristentag und das Europarecht

Felix **Busse**

Die fachliche Arbeit der Deutschen

Juristentage und ihre Wirkungen auf dem Gebiet des Berufsrechts

Spiros **Simitis**

Datenschutz: Der Beitrag des Deutschen Juristentages

Ulrich **Stobbe**

Die fachliche Arbeit der Deutschen

Juristentage und ihre Wirkungen auf dem Gebiet der Juristenausbildung

Lutz **Diwell**

Der Deutsche Juristentag aus der Sicht des Bundesministeriums der Justiz

Rainer **Robra**

Der deutsche Juristentag aus der Sicht der inneren Verwaltung

Hans-Jürgen **Papier**

Der Stellenwert der Arbeit des Deutschen Juristentages für die Rechtsprechung - dargestellt anhand der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts

Christoph **Frank**

Der Deutsche Juristentag aus der Sicht der Richter- und Staatsanwaltschaft

Eberhard **Haas**

Der Deutsche Juristentag aus der Sicht der Anwaltschaft

Hans-Peter **Benckendorff**

Der Deutsche Juristentag aus der Sicht der Wirtschaft

Konrad **Redeker**

Erinnerungen an die Jahre 1966 bis 1970

Günther **Weinmann**

Beim Deutschen Juristentag seit 1966

Marcus **Lutter**

Die Juristentage 1984 (Hamburg), 1986 (Berlin) und 1988 (Mainz) - ein Bericht

Hans-Jürgen **Rabe**

Erinnerungen und Gedanken

Reinhard **Böttcher**

Der Deutsche Juristentag aus der Binnensicht

Paul Kirchhof

Der Deutsche Juristentag - Antworten auf
die Gegenwartsfragen an das Recht

Martin Hensler

Ein Blick in die Zukunft des Deutschen
Juristentages

www.beck-shop.de

AG/Kompakt	Anwaltsgebühren kompakt - Infodienst für Mitarbeiter	2/2011
AGS	Anwalts Gebühren Spezial - Zeitschrift für das gesamte Gebührenrecht und Anwaltsmanagement	2/2011
AnwBl	Anwaltsblatt	3/2011
BerlAnwBl	Berliner Anwaltsblatt - Mitteilungsblatt des Berliner Anwaltsverein e.V.	1-2/2011
BRAK-Mitt.	Bundesrechtsanwaltskammer - Mitteilungen - Informationen zu Berufsrecht und Berufspolitik	1/2011
BRAKMagazin	BRAK-Magazin - hrsg. von der Bundesrechtsanwaltskammer, Berlin	1/2011
DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung - Zeitschrift für Vollstreckungs-, Zustellungs- und Kostenwesen. Organ des Deutschen Gerichtsvollzieherbundes (DGVB)	3/2011
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift - Verkündungsblatt der Bundesnotarkammer	2/2011
DRiZ	Deutsche Richterzeitung - Organ des Deutschen Richterbundes Bund der Richter und Staatsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	2-3/2011
DS	Der Sachverständige - Fachzeitschrift für Sachverständige, Kommunen, Gerichte und Behörden	3/2011
FMP	Forderungsmanagement professionell - für Rechtsanwaltskanzleien, Inkassounternehmen und Rechtsabteilungen	3/2011
HRA	Honorar-Brief für Rechtsanwälte - Informationsdienst mit Praxistipps zur Gebührenabrechnung für Rechtsanwälte mit Online-Volltextservice	12/2010
JurBüro	Das Juristische Büro - Zeitschrift für Kostenrecht und Zwangsvollstreckung	2/2011
KammerForum	Mitteilungen der Rechtsanwaltskammer Köln - bis 2001 -> MittRKKöln	1/2011
KP	Kanzleiführung professionell - Aktives Kanzleimanagement - Honorarpolitik Gebührenrecht des Steuerberaters	3/2011
MBP	Mandat im Blickpunkt - Steuern, Buchführung, Bilanzen - Praxisnahe Informationen für Mitarbeiter in der Steuerkanzlei	3/2011
MittBayNot	Mitteilungen des bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern	2/2011
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis Herausgeber: Ländernotarkasse Leipzig i.V.m. den Notarkammern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	3/2011
Rafa-Z	Zeitschrift für Rechtsanwaltsfachangestellte und Kanzleimitarbeiter	2/2011
RENOpraxis	Zeitschrift für Rechtsanwalts- und Notariatsangestellte	2-3/2011
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger - hrsg. i.V.m. dem Bund Deutscher Rechtspfleger e.V.	3/2011
RVG prof.	RVG professionell - Informationsdienst für die Rechtsanwaltskanzlei	3/2011
RVGreport	RVGreport - Anwaltsgebühren - Streitwert - Gerichtskosten - Erstattung - Rechtsschutz	3/2011
SchAZtg	SchiedsamtsZeitung Organ des Bundes Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen (bis 3/2000 unter -> SCHS-ZTG)	3/2011
ZNotP	Zeitschrift für die NotarPraxis	3/2011

 MARBURG LAW REVIEW	 2/2010 Seiten 61-128
<p>HERAUSGEBER MARBURG LAW REVIEW E.V.</p> <p>SCHRIFTLEITUNG</p> <p>Meike Heinrich Carina Helmsen Insa Müller Alexandra Oehm Dr. Alexander Schilling Viola Teubert</p> <p>UNTER MITARBEIT VON</p> <p>Tobias André Lena Katharina Diecke Sebastian Diezemann Fabian Dippel Alexandra Euler Dr. Richard Helwig Catherine Klein Dr. Thomas Lang Karsten Löw Dan Malka Dennis Oynar Philip Schwarz Sivan Sengoz Stephan Serr Daniel A. Spitze Dr. Alexander Stöhr Janna Tille</p> <p>WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT</p> <p>Prof. Dr. Monika Böhm Prof. Dr. Georg Freund Prof. Dr. Georgios Goumalakis Prof. Dr. h.c. mult. Gilbert Gornig Prof. Dr. Tobias Helms Prof. Dr. Lars Klöhn, LL.M. Prof. Dr. Sebastian Müller-Franken Prof. Dr. Dieter Rössner Prof. Dr. Christoph J. M. Safferling Prof. Dr. Wolfgang Voit Prof. Dr. Edgar Weiler Prof. Dr. Johannes Wertebuch</p> <p>MIT UNTERSTÜTZUNG VON</p> <p>ALLEN & OVERY SCHULTERIESENKAMPFF Deutsche Vermögensberatung</p>	<p>AUFSÄTZE</p> <p>GRUNDLAGENBEITRAG</p> <p><i>Martin Malkus</i> Das System der Anspruchsgrundlagen oder: Was ist Kartoffelpilpe?.....61</p> <p>ZIVILRECHT</p> <p><i>Florian Jükel</i> Versandkostenfrei im Fernabsatz? Zur Rechtslage nach dem „Heinrich-Heine“-Urteil des EuGH.....69</p> <p><i>Alexander Stöhr</i> Aktuelle Probleme aus dem Verbraucherwiderrufsrecht.....74</p> <p>ÖFFENTLICHES RECHT</p> <p><i>Catherine Klein</i> Wie viel Internet ist noch Rundfunk? Neue Medien und alter Rundfunkbegriff am Beispiel des Drei-Stufen-Tests für Online-Angebote der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.....79</p> <p><i>Danny Christian Lau</i> Drittschützende Vorschriften im Bundesimmissionsschutzgesetz.....86</p> <p><i>Gilbert Gornig</i> Twenty Years Ago: The Unification of Germany.....90</p> <p>STRAFRECHT</p> <p><i>Daniel A. Spitze</i> Das Beweisantragsrecht nach §§ 244 ff. StPO – Ein Lernbeitrag für die Klausuren im Assessorexamen –96</p> <p>FALLBEARBEITUNGEN</p> <p><i>Ralph Backhaus</i> Hausarbeit der Übung im Bürgerlichen Recht für Fortgeschrittene im Sommersemester 2010.....103</p> <p><i>Sonja Meier</i> Anfängerübung im Bürgerlichen Recht: Geschwisterlicher Fahrradverkauf.....110</p> <p><i>Georg Freund</i> Eine Ortsafel ist kein Wandschmuck.....115</p> <p>KURZBEITRÄGE</p> <p><i>Carina Helmsen</i> Praktikum in der Großkanzlei - Ein Vergleich zwischen dem Praktikumsprogramm von Sherman & Sterling LLP und Freshfields Bruckhaus Deringer.....121</p> <p><i>Heiko Löw</i> Buchbesprechung „Verwaltungsgerichtliche Urteile und Beschlüsse im Assessorexamen“ von Gerhard Bülter, C. F. Müller Verlag, Heidelberg 2009.....123</p> <p><i>Sebastian Diezemann</i> Interview mit Prof. Dr. Friedhelm Rost Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht a.D. für Marburg Law Review.....123</p> <p>GASTBEITRÄGE</p> <p><i>Dominik Roderburg</i> Zur Tätigkeit eines (Großkanzlei-)Anwalts im Steuerrecht.....126</p> <p>Schutzgebühr: 3,- € http://www.law-review.de ISSN 1866-4415</p>

Marburg Law Review

Die *Marburg Law Review* ist eine derjenigen juristischen Zeitschriften, die, frei nach dem Vorbild US-amerikanischer Fakultätszeitschriften, besonderen Wert auf einen ausbildungsrelevanten Inhalt legt. Daher wirken an der thematischen Gestaltung überwiegend engagierte Studenten mit: Eine studienorientierte Wissensvermittlung von Studenten für Studenten ist eines der Ziele der *Marburg Law Review*.

Dementsprechend sind in den einzelnen Ausgaben regelmäßig hilfreiche Fallbearbeitungen dargestellt, die in ihrem Schwierigkeitsgrad von der Fortgeschrittenen-Übung bis zur Examensklausur reichen. Darüber hinaus werden oftmals den

konkreten Ausbildungsverlauf betreffende Themen in Kurzbeiträgen aufgegriffen: So beinhalten die einzelnen Ausgaben etwa Praktikumsberichte, Erfahrungsberichte zu Auslandsaufenthalten, Buchbesprechungen oder auch Beiträge von Professoren zu den entsprechenden Schwerpunktbereichen oder zu den an der Philipps-Universität Marburg angebotenen Zusatzqualifikationen.

Zudem hält die *Marburg Law Review* interessante Artikel auch für den außerhalb der Ausbildung stehenden Leser bereit. In Aufsätzen werden aktuelle Urteile dargelegt und diskutiert, neue Gesetzestatbestände erklärt oder auch zu einzelnen Rechtsproblemen Stellung genommen

– so ergibt sich schließlich ein buntes und abwechslungsreiches Repertoire an Aufsätzen. Sämtliche Beiträge werden von Professoren, Rechtsreferendaren sowie Studenten verfasst.

Seit ihrem erstmaligen Erscheinen im Jahr 2008 ist die *Marburg Law Review* innerhalb des juristischen Fachbereichs mittlerweile zu einer festen Institution geworden und erfreut sich einer breiten Resonanz. Die Zeitschrift erscheint zweimal jährlich und verspricht auch in Zukunft ein beständiges Projekt des Fachbereichs Rechtswissenschaften zu sein.

2. Recht Allgemein

Horst Dreier | Dietmar Willoweit

Wissenschaft und Politik

Stuttgart 2010
 275 S., 42.00 €
 ISBN 978-3-515-09737-6



János Buza **Miskolc**

Tiroler Taler im Geldumlauf der Reichsstadt Nürnberg und Ungarns in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts
 17

Rainer S. **Elkar**

Bayerische Taler für die Levante - Gutes Geld zum Ausgleich einer negativen Handelsbilanz?
 33

Gerhard **Fouquet**

Wenn einer Meister werden will - Prüfungsaufgaben für Augsburger Schneiderknechte aus dem Jahr 1516
 53

Karl Heinrich **Kaufhold**

Wettbewerb im deutschen Eisenbahnwesen im 19. Jahrhundert. Eine Skizze
 65

Markus A. **Denzel**

Die Weltausstellungen des 19. Jahrhunderts und ihr Beitrag zum ökonomischen Wettbewerb
 81

Fusao **Kato**

Urbanisierung und Fideikommiß. Das Beispiel Königs-Wusterhausen im Vorortkreis Teltow von Berlin
 97

Wolfram **Fischer**

Zwischen Nachahmung und Innovation. Die Firma Heinrich Lanz im Wettbewerb der Landmaschinenindustrie 1859-1958
 109

Jana **Gerslovä**

Bata, ein Schuster, der die Welt eroberte - und Sport
 129

Ludwig **Hüttl**

Das Sozial- und Bildungswerk der Regensburger Genossenschaftsorganisation Dr. Georg Heims in den Jahren 1904 bis 1933
 143

Hans **Pohl**

Sparkassen und Kreditgenossenschaften. Feindliche Schwestern oder erfolgreiche Wettbewerber?
 183

Willibald **Folz**

Groß und Klein im Wettbewerb
 195

Margarete **Wagner-Braun**

Innovationspolitik als Wettbewerbsargument im internationalen Vergleich
 199

Frank **E. W. Zschaler**

Wirtschaftlicher Wettbewerb und sportlicher Wettbewerb
 229

Wolfram **Pyta**

Vom Segen zum Fluch? Der Beitrag von Leistung und Wettbewerb zur Karriere des Sports in Deutschland
 239

Helmut **Braun**

Der Weg zum high-tech-Ball - technische Fortschritte rund um das Runde
 257

Paul **Thomes**

Aller guten Dinge sind fünf - Alemannia Aachen und die Erste Bundesliga (1963 bis 1970)
 267

Udo **Steiner**

Was geht der Sport die Juristen an?
 279

Vera-Carina **Elter**

Bewertung von Fußballunternehmen
 295

Burkhard **von Freyberg**

Aspekte der Spielerwertbestimmung als Entscheidungsgrundlage im Transfergeschäft von Fußballvereinen
 317

Albert **Galli**

Was ist ein Fußballspieler wert? Vorschläge für eine marktgestützte finanzielle Bewertung von Spielern in Teamsportarten
 343

Pascal **C. van Overloop**

Arnold **Hermanns**
 Ausdehnung der Wertschöpfung im Profifußball durch Internationalisierung
 359

Thomas **Meier** | Christoph **Weigl**

Die Vermittlung von professionellen Fußballspielern - ein besonderer Markt?
 377

Peter **Pöttinger**

Wettbewerbsprobleme auf dem Spielermarkt der Teamsportindustrie. Das Beispiel Eishockey
 395

Peter **Rohlmann**

Markenpolitik als Wettbewerbsinstrument im Sport
 403

Marc **Wagner**

Sportaktien aus Sicht institutioneller Investoren
 425

www.steiner-verlag.de

2. Recht Allgemein

Büro	Die Büroberufe - Zeitschrift für die Aus- und Weiterbildung	3/2011
DNotl-Report	Informationsdienst des Deutschen Notarinstituts	4-5/2011
EBE/BGH	Eildienst Bundesgerichtliche Entscheidungen - BGH - Mit Beilage Leitsatzübersicht BGH	8-12/2011
EJRR	European Journal of Risk Regulation	1/2011
FGPrax	Praxis der freiwilligen Gerichtsbarkeit - vereint mit OLGZ	1/2011
ius.full	Forum für juristische Bildung	1/2011
JA	Juristische Arbeitsblätter - Zeitschrift für Studenten und Referendare	12/2010
JA	Juristische Arbeitsblätter - Zeitschrift für Studenten und Referendare	3/2011
JBl.	Juristische Blätter	2-3/2011
JR	Juristische Rundschau	2/2011
Jura	Juristische Ausbildung	3/2011
JuS	Juristische Schulung - Zeitschrift für Studium und praktische Ausbildung	3/2011
JUS-EXTRA	Aktuelle Informationen über Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur (Österreich)	309/2011
JZ	Juristenzeitung	5-6/2011
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft	4/2010
LL	Life & Law - Die hemmer! Zeitschrift	3/2011
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht - Zeitschrift für die Zivilrechtspraxis	4-6/2011
MLR	Marburg Law Review	1-2/2009
MLR	Marburg Law Review	1-2/2010
NJW	Neue Juristische Wochenschrift	10-14/2011
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport - Zivilrecht	4-6/2011
NJW-Spezial	Die wichtigsten Informationen zu speziellen Rechtsgebieten - Beilage zur NJW	4-6/2011
ÖHZ	Österreichische Hochschulzeitung - Magazin für Wissenschaft und Forschung	1/2011
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung	4-6/2011
perspektive mediation	perspektive mediation - Beiträge zur Konfliktkultur	1/2011
recht	Zeitschrift für juristische Weiterbildung und Praxis	1/2011
RÜ	Rechtsprechungsübersicht	3/2011
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung - Revue Suisse de Jurisprudence (RSJ)	4-6/2011
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis - Mit Anwaltsmagazin	5-6/2011
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins - Organ für schweizerische Rechtspflege und Gesetzgebung Revue de la société des juristes bernois	2/2011
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung, Internationales Privatrecht und Europarecht bis 1991: Internationales Privatrecht und Europarecht	1/2011
ZKM	Zeitschrift für Konflikt-Management - Mediation - Verhandeln - Vertragsgestaltung	1/2011
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft - Archiv für Internationales Wirtschaftsrecht	1/2011

3. Staats- und Verfassungsrecht



Call for Papers

Staatsverschuldung in Deutschland nach der Föderalismusreform II – Eine Zwischenbilanz

Workshop in Hamburg am 13. und 14. Oktober 2011

Im Frühjahr 2009 haben Bundestag und Bundesrat mit der Föderalismusreform II weitreichende Änderungen im deutschen Staatsschuldenrecht beschlossen. Zwei Jahre später ist es sicherlich zu früh, um diese Reform abschließend zu bewerten; dennoch möchten wir im Rahmen eines Workshops eine erste Zwischenbilanz ziehen: Zeigen sich bereits positive oder negative Auswirkungen der Reform? Wo gibt es Nachbesserungsbedarf? Wie wurden die neuen Vorgaben bisher im Bund und in den Ländern umgesetzt? Wo bereitet die Anwendung der neuen Regeln Schwierigkeiten? Wie ist die bisherige Arbeit des Stabilitätsrates zu bewerten? Wie hat sich das Verhalten von Politikern seit der Einführung der Schuldenbremse geändert?

Der Workshop richtet sich vor allem an Nachwuchswissenschaftler, deren Forschungsprojekte zur Beantwortung dieser und ähnlicher Fragen beitragen. Wir möchten im Rahmen des Workshops insbesondere den interdisziplinären Austausch fördern, indem wir Juristen, Wirtschafts- und Politikwissenschaftler sowie Vertreter benachbarter Disziplinen zusammenführen.

Bitte senden Sie Ihre Vortragsangebote in Form einer Kurzzusammenfassung und mit einem Überblick über Ihre bisherigen wissenschaftlichen Aktivitäten bis zum 31. Mai 2011 an johannes.pinkl@law-school.de. Ihr Vortrag sollte in deutscher Sprache gehalten werden und eine Länge von 30 Minuten nicht überschreiten.

Wir beabsichtigen, die Vorträge und die Zusammenfassungen der Diskussionen im Anschluss an den Workshop in einem Sammelband zu veröffentlichen. Die Beiträge können für die Publikation noch wissenschaftlich vertieft werden.

Wir freuen uns auf Ihre Vortragsangebote und einen hoffentlich erkenntnisreichen Workshop.

Clemens Hetschko, Johannes Pinkl, Hermann Pünder & Marius Thye

Ort des Workshops

Bucerius Law School
Hochschule für Rechtswissenschaft
Jungiusstraße 6
20355 Hamburg

Veranstalter

Dipl.-Vw. Clemens Hetschko, Institut für Öffentliche Finanzen und Sozialpolitik, Freie Universität Berlin

Dipl.-Jur. Johannes Pinkl, Lehrstuhl für Öffentliches Recht (einschl. Europarecht), Verwaltungswissenschaft und Rechtsvergleichung (ÖR IV), Bucerius Law School, Hamburg

Kontakt für Rückfragen

Marius Thye
Telefon: +49 (0)40 30706-263
E-Mail: marius.thye@law-school.de

Prof. Dr. Hermann Pünder, LL.M. (Iowa), Lehrstuhl für Öffentliches Recht (einschl. Europarecht), Verwaltungswissenschaft und Rechtsvergleichung (ÖR IV), Bucerius Law School, Hamburg

Dipl.-Jur. Marius Thye, B.A., LL.M.oec., Lehrstuhl für Öffentliches Recht (einschl. Europarecht), Verwaltungswissenschaft und Rechtsvergleichung (ÖR IV), Bucerius Law School, Hamburg

BWV	Bundeswehrverwaltung - Fachzeitschrift für Administration	2/2011
Das Parlament	Das Parlament	9-12/2011
NZWehrr	Neue Zeitschrift für Wehrrecht	1/2011
UBWV	Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung Zeitschrift für Ausbildung, Fortbildung und Verwaltungspraxis für die Bundeswehrverwaltung	2/2011

4. Gesetze und Verordnungen

Jan Ulrich Schröder

Kriterien und Grenzen der Gesetzgebungskompetenz kraft Sachzusammenhangs nach dem Grundgesetz

Berlin 2007
443 S., 98.00 €
ISBN 978-3-428-12468-8

Für den Bundesstaat ist die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern eine grundlegende Weichenstellung. In der Staatspraxis lassen sich von jeher starke zentripetale Tendenzen nachweisen. Eine Bevorzugung der Zentralgewalt zeigt sich bereits

unter der Verfassung des Kaiserreichs. Auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat den Weg zum unitarischen Bundesstaat geebnet. In der vorliegenden Arbeit untersucht Ulrich Jan Schröder, inwieweit es gerechtfertigt ist, die Gesetzgebungskompetenzen des Grundgesetzes mit Hilfe der Auslegung kraft Sachzusammenhangs oder kraft Annexes auszudehnen. Dabei werden Kriterien untersucht, die zur Disziplinierung

der Auslegung beitragen sollen. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts wird zudem im Blick auf die Kompetenzzuschrankungen des Gebots der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung sowie des Gebots der Bundestreue einer kritischen Würdigung unterzogen.

www.duncker-Humboldt.de



BAnz	Bundesanzeiger	20-41/2011
BGBI. I	Bundesgesetzblatt Teil I	7-11/2011
BGBI. II	Bundesgesetzblatt Teil II	6-8/2011
BStBl I	Bundessteuerblatt Teil I: Veröffentlichungen des Bundesministeriums der Finanzen und der obersten Finanzbehörden der Länder	3-4/2011
BStBl II	Bundessteuerblatt Teil II: Entscheidungen des Bundesfinanzhofs	3-4/2011
DIE JUSTIZ	Die Justiz - Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg	2-3/2011
GBL. Baden-Württemberg	Gesetzblatt für Baden-Württemberg	1-2/2011
GMBL.	Gemeinsames Ministerialblatt	7-8/2011
GVBl. Bayern	Bayerisches Gesetzes- und Verordnungsblatt	1/2011
GVBl. Brandenburg I	Gesetzes- und Verordnungsblatt Brandenburg Teil I	38-48/2010
GVBl. Hamburg	Hamburgisches Gesetzes- und Verordnungsblatt	40-47/2010
GVBl. Hamburg	Hamburgisches Gesetzes- und Verordnungsblatt	1-3/2011
GVBl. NRW	Gesetzes- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen	31-39/2010
GVBl. NRW	Gesetzes- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen	1/2011
GVBl. RP	Gesetz- und Verordnungsblatt Rheinland-Pfalz	21-23/2010
GVBl. RP	Gesetz- und Verordnungsblatt Rheinland-Pfalz	1/2011
GVBl. SH	Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein	1-4/2011
Hess.GVBl. I	Hessisches Gesetz- und Verordnungsblatt - Teil I	6/2010
Hess.GVBl. I	Hessisches Gesetz- und Verordnungsblatt - Teil I	19-24/2010
Hess.GVBl. I	Hessisches Gesetz- und Verordnungsblatt - Teil I	2-5/2011
Nds.GVBl.	Niedersächsisches Gesetzes- und Verordnungsblatt	1-5/2011
Nds.MBl.	Niedersächsisches Ministerialblatt	44-48/2010
Nds.MBl.	Niedersächsisches Ministerialblatt	1-10/2011

5. Landesrecht | Kommunalrecht

REZENSION

Josef Franz Lindner

Bayerisches Staatsrecht

Stuttgart 2011

S. 220, 24.00 €

ISBN 978-3-415-04577-4



Ein nachgerade vorzügliches Werk zum Bayerischen Staatsrecht vom apl. Professor an der Ludwig-Maximilian-Universität München und hauptamtlich Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit nachgerade exzeptionellen Trouvaillen ist anzuzeigen. Das Staats- und Verfassungsrecht ist Prüfungsgegenstand in beiden Juristischen Staatsprüfungen im Freistaat Bayern. In den anderen Bundesländern wird das Landesstaatsrecht nur gelegentlich erwähnt, etwa in § 5 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe a BremJAPG. Auch ich musste mich in der Ersten Juristischen Staatsprüfung einer Frage des sinngemäßen Inhalts erwehren, welche Funktionen den Grundrechten abgesehen von den Eingriffsabwehrrechten noch zukommen. Diese Klausur ließ sich seinerzeit nur mit gediegenen Kenntnissen, wie man sie etwa in einem Lehrbuch wie diesem vorfindet, oder einem beherzten Blick in das seinerzeit legendäre Stichwortverzeichnis der Landesgesetzesammlung von Günter Dürig lösen. Das Staats- und Verfassungsrecht zählt im Freistaat Bayern rund alle fünf Jahre zum Prüfungsstoff, kommt gerne aber in zwei aufeinander folgenden Terminen zur Prüfung.

Josef Franz Lindner ist Mitkommentator des 2009 im C.H. Beck Verlag zu München erschienenen bald 1200 Seiten umfassenden Werks über die Verfassung des Freistaats Bayern. Damit füllten die Kommentatoren ein Desiderat, weil derartige Werke veraltet waren oder unvollendet blieben. Auch an zeitgenössischen Lehrbüchern zum Bayerischen Staatsrecht herrscht durchaus Mangel, weil der von Ulrich Becker verantwortete Beitrag über das Bayerische Verfassungsrecht in dem Sammelwerk „Öffentliches Recht in

Bayern“, 4. Auflage München: C.H. Beck 2008, sich auf 70 Seiten beschränkt und der von Hans-Jürgen Papier verantwortete Beitrag „Verfassungs- und Verwaltungsprozessrecht“ in dem Werk von Berg/Knemeyer/Papier/Steiner, Staats- und Verwaltungsrecht in Bayern, 6. Aufl. Hannover et al.: Boorberg 1996 bereits 15 Jahre alt ist.

Das Lehrbuch führt die Studenten und Rechtsreferendare an der Hand. Stets klärt es über notwendige Vorkenntnisse auf und mahnt an eine Wiederholung des bereits durchgenommenen Stoffs. Stets finden sich Prüfungsschemata und Hinweise sowie Lösungshinweise für Klausuren. Das Lehrbuch legt zunächst dar, was Bayerisches Staatsrecht ausmacht, die Eigenstaatlichkeit in zutreffender Weise hervorhebend. Zunächst wird die Geschichte des Bayerischen Staatsrechts und dessen Rechtsgrundlagen dargelegt. Im Folgenden wird die Überlagerung der Landesvollverfassung durch das Bundesrecht und das Europarecht dargelegt. Anschließend wird das Staatsorganisationsrecht nebst der wesentlichsten Staatsfunktion der Rechtsetzung dargelegt. Anschließend finden sich die Grundrechte und das Verfassungsprozessrecht. Freilich finden sich deutliche Aussagen über das Bayerische Oberste Landesgericht, das im 17. Jahrhundert gegründet, durch die nationalsozialistische Diktator 1935 aufgelöst und 1948 wieder errichtet wurde, um aus Kostengründen um 1. Juli 2006 in einer unwürdigen Weise aufgelöst zu werden. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat das so genannte „Gerichtsausflösungsgesetz“ vom 25. Oktober 2004 (GVBl. S. 400) für verfassungsgemäß erklärt, wogegen sich *Lindner* wendet: das Gesetz habe gegen die Pflicht der Staatsorgane verstoßen, die

Eigenstaatlichkeit Bayerns mit Leben zu erfüllen (auch *Lindner*, in: ders./Möstl/Wolff, München 2009, Artikel 178 BVRN 9).

Das Lehrbuch ist eindringlich Studenten und Rechtsreferendaren an das Herz zu legen. Es bietet einen gelungenen Überblick über das Bayerische Staatsrecht, ist ein dickes Brett, das vortrefflich zurecht gesägt und handlich vorgebohrt wurde. Es ist auch Praktikern zu empfehlen, die neben ihrer täglichen Dengelei an rechtlichen Sachverhalten durchaus gelegentlich ihrer geheimen Leidenschaft nachgehen sollten, auch in den Grundlagen des Bayerischen Staatsrechts nachzulesen. Das Werk ist kompakt und gleichwohl lesbar. Ihm sind Folgeauflagen ernstlich zu wünschen.

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht Dr. Christoph Landel, Lehrbeauftragter an der Hochschule Biberach, Augsburg

5. Landesrecht | Kommunalrecht

REZENSION

Tegtmeyer | Vahle

Polizeigesetz Nordrhein-Westfalen PoIG NRW

10. Aufl., Stuttgart 2011

457 S., 68.00 €

ISBN 978-3-415-04542-2



Zahlreiche Modifikationen des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen, Änderungen in der höchstrichterlichen Rechtsprechung sowie neuere Entwicklungen in der Fachliteratur, die sich seit dem Erscheinen der neunten Auflage im Jahr 2004 ergeben haben, veranlassten die Neuauflage dieses bewährten, auf die Praxis ausgerichteten Werks.

Insbesondere die umfassende Polizeigesetznovelle im Jahr 2010 (Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 9. Februar 2010, GV. NRW. S. 132 ff.) mit der zum einen das Schutzgut der öffentlichen Ordnung erneut in das PoIG NRW aufgenommen wurde, mit der aber auch neue Befugnisse eingeführt (z.B. die molekulargenetische Untersuchungen zur Identitätsfeststellung, § 14a PoIG NRW, und die ausdrückliche Regelung des finalen Rettungsschusses, § 63 Abs. 2 S. 2 PoIG NRW) beziehungsweise bestehende Eingriffsnormen neu gestaltet wurden (insbesondere die Datenerhebung durch den verdeckten Einsatz technischer Mittel, § 17 PoIG NRW, und die Datenerhebung durch den verdeckten Einsatz technischer Mittel in oder aus Wohnungen, § 18 PoIG NRW), führte zu einer Flut komplizierter Fragen, die sich nicht zuletzt aus der Komplexität dieser Vorschriften ergeben, die dem politischen Kompromiss zwischen Sicherheit und polizeilicher Notwendigkeit einerseits und den Freiheitsinteressen der Bürger andererseits entspringen sind. Diesem Spannungsfeld entstammt auch die neu eingeführte Regelung des § 16 PoIG NRW. Diese Norm zieht die gesetzgeberischen Konsequenzen aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Wahrung des Kernbereichs privater Lebensgestaltung bei verdeckten

Überwachungsmaßnahmen zur polizeilichen Gefahrenabwehr. Die Regelung enthält eine allgemeine Kernbereichsschutzregelung, die auf die besonderen Mittel der Datenerhebung (§§ 16a bis 20 PoIG NRW) Anwendung findet.

Die Autoren Dr. Henning Tegtmeyer, Leitender Ministerialrat a.D., und Professor Dr. Vahle, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, werfen die jeweiligen Problemstellungen präzise auf und handeln sie der Reihe »Polizeirecht kommentiert« entsprechend, die speziell für die Erfordernisse der täglichen Arbeit von Polizei- und Ordnungsbehörden konzipiert ist und sowohl wissenschaftliche Erkenntnisse als auch praktische Erfahrungen miteinbeziehen soll, größtenteils detailliert und unter Nennung zahlreicher anschaulicher Beispiele ab.

Die Darstellungen im „Tegtmeyer/Vahle“ liefern dem Leser fundierte Antworten, überzeugen durch ihren klaren Aufbau und die ausgesprochen gute Lesbarkeit, zu der auch die Umstellung auf das DIN-A-5-Format ihren Beitrag leistet. Das Grundkonzept ihres Kommentars haben die Verfasser beibehalten. Er soll weitgehend aus sich heraus verständlich sein und enthält deshalb in seinem Anhang die Texte der Verordnung über die Zulassung der Datenübermittlung von der Polizei an ausländische Polizeibehörden - Polizeidatenübermittlungsverordnung (PoIDÜV) - und das Gesetz über die Organisation und die Zuständigkeit der Polizei im Lande Nordrhein-Westfalen - Polizeiorganisationsgesetz (POG NRW). Im Anschluss an den Gesetzestext des jeweiligen Paragraphen des PoIG NRW wurden die jeweils zugehörigen Passagen der seit dem 1. Dezember 2010 geltenden Verwaltungs-

vorschrift zum PoIG NRW (VVPoIG NRW) in Kursivschrift mit abgedruckt. In den Erläuterungen der einzelnen Paragraphen befinden sich zur Vertiefung ausgewählte Rechtsprechungsverweise und Literaturhinweise auf Kommentare, Lehr- und Handbücher, Monographien und Aufsätze.

Durchweg erörtern die Autoren aktuelle und umstrittene Fragen und schrecken dabei vereinzelt auch nicht vor Kritik am Gesetzgeber zurück. So sprechen sich die Autoren beispielsweise gegen die aus ihrer Sicht für überflüssig gehaltene Wiedereinführung des Schutzgutes der öffentlichen Ordnung aus, vgl. § 1 Rn. 14. Außerdem kritisieren sie die in § 16 Abs. 3 S. 1 PoIG NRW geschaffene, neuartige Instanz bestehend aus dem behördlichen Datenschutzbeauftragten und einer von dem Behördenleiter besonders beauftragten Leitungsperson des höheren Vollzugsdienstes, denen die erhobenen Daten bei Zweifeln hinsichtlich ihrer Kernbereichsrelevanz vorgelegt werden müssen, vgl. § 16 Rn. 7. An anderen Stellen hingegen, insbesondere wo es um schwerwiegende Grundrechtseingriffe geht, wäre ein vertiefender Aufgriff der Argumente der kritischen Fachliteratur oder die Darstellung einer eigenen (kritischen) Meinung wünschenswert gewesen. Häufig findet sich hier nur ein Verweis auf die jeweilige Literaturfundstelle, ohne die Ansicht näher darzustellen.

Die Prägnanz der Erläuterungen, die verständliche Formulierung, die Veranschaulichung mittels zahlreicher Beispiele und die Auswahl an Vertiefungshinweisen belegen, dass der Kommentar in hohem Maße praxistauglich und praxistauglich ist. Es werden - unter Einarbeitung der er-

5. Landesrecht | Kommunalrecht

gangenen Judikatur - vor allem gerade die Probleme behandelt, die die polizeiliche Praxis bestimmen.

Der Kommentar kann aber nicht nur allen Praktikern in Verwaltung, Justiz und Anwaltschaft, die mit polizeirechtlichen Themen befasst sind, nachdrücklich empfohlen werden, sondern auch der (Polizeirechts-)Wissenschaft als Ausgangspunkt für eine vertiefende Befassung mit einzelnen Themen ans Herz gelegt werden.

Ass. iur. Alexander Seidl, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Mediator (CVM), Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Sicherheitsrecht und Internetrecht (Prof. Dr. Heckmann),
Universität Passau

Apf/B	Ausbildung, Prüfung, Fortbildung (Ausgabe Bayern) Zeitschrift für staatliche und kommunale Verwaltung (Ausgabe Bayern)	3/2011
Apf/BW	Ausbildung, Prüfung, Fortbildung (Ausgabe Baden-Württemberg) Zeitschrift für staatliche und kommunale Verwaltung	3/2011
BayBürgermeister	Der Bayerische Bürgermeister Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung	2/2011
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter - Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	5-6/2011
ESVGH	Entscheidungssammlung des VGH Hessen und des VGH Baden-Württemberg	4/2010
FSt	Die Fundstelle Bayern - Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	4-6/2011
FuBW	Die Fundstelle für die kommunale Praxis in Baden-Württemberg Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	5-6/2011
FuHe	Die Fundstelle für die kommunale Praxis in Hessen - Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	5-6/2011
FuNds	Die Fundstelle für die kommunale Praxis Niedersachsen - Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	4-6/2011
G+S	Gemeinde und Stadt - Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz	1/2011
Gemeindehaushalt	Der Gemeindehaushalt - Fachzeitschrift für das kommunale Haushalts- und Wirtschaftsrecht, das Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen	3/2011
GK	Die Gemeindekasse - Fachzeitschrift für das kommunale Finanzwesen	2/2011
GK/Bay	Die Gemeindekasse (Ausgabe Bayern) - Fachzeitschrift für das kommunale Finanzwesen	5-7/2011
GK/BW	Die Gemeindekasse (Ausgabe Baden-Württemberg) Fachzeitschrift für das kommunale Finanzwesen	2/2011
GV/RP	Die Gemeindeverwaltung in Rheinland-Pfalz - Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	5-6/2011
KommJur	Kommunaljurist - Rechtsberater für Gemeinden, Landkreise, Gemeindeverbände und kommunale Wirtschaftsunternehmen	2/2011
KommP BY	KommunalPraxis Ausgabe Bayern - Zeitschrift für Verwaltung, Organisation und Recht	3/2011

5. Landesrecht | Kommunalrecht

KomVerw/B	Die Kommunalverwaltung (Ausgabe Brandenburg) Fachzeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung	3/2011
KomVerw/LSA	Die Kommunalverwaltung (Ausgabe Sachsen-Anhalt) Fachzeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung	3/2011
KomVerw/MV	Die Kommunalverwaltung (Ausgabe Mecklenburg-Vorpommern) Fachzeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung	3/2011
KomVerw/S	Die Kommunalverwaltung (Ausgabe Sachsen) Fachzeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung	3/2011
KomVerw/T	Die Kommunalverwaltung (Ausgabe Thüringen) Fachzeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung	3/2011
Landkreis	Der Landkreis - Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung	12/2010
Landkreis	Der Landkreis - Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung	1/2011
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung - Verwaltungsrechts-Zeitschrift für die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (vereinigt mit Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht (VIZ))	2/2011
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter - Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	3/2011
Städtetag	Der Städtetag - Zeitschrift für kommunale Politik und Praxis	2/2011
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter - Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	3/2011
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	3/2011
ZKF	Zeitschrift für Kommunal Finanzen - Haushalt - Kostenrechnung - Steuern - Gebühren - Beiträge - Entgelte - Kredite - Zahlungsverkehr - Vollstreckung	2/2011

6. Verwaltungsrecht

REZENSION

Martin Kment

**Grenzüberschreitendes
Verwaltungshandeln.**

Transnationale Elemente deutschen
Verwaltungsrechts

Berlin 2010

913 S., 149.00 €

ISBN 978-3-16-150320-7

Dr. Axel Schwarz, Moritzburg¹



Bewertung	Ausgezeichnete und trotz bestechend hoher Wissenschaftlichkeit hervorragend lesbare Analyse
Inhalt	Inter- und Transnationalisierung aus der Sicht des deutschen Verwaltungsrechts und dessen Instrumente
Zielgruppe	Wissenschaftler, wissenschaftlich interessierte Praktiker, Juristen mit internationalem und grenzüberschreitenden Aufgaben
Was kann man lernen?	Einsicht in die gegenwärtigen Probleme der Internationalisierung des Rechts, deren Komplexität durch das Universalwerkzeug des deutschen Verwaltungsrechts auf eine überschaubare Anzahl reduziert wird
Autor	Martin Kment: stellvertretender Geschäftsführer des Zentralinstituts für Raumplanung an der Universität Münster; Privatdozent an der Juristischen Fakultät der Universität Münster; Lehrstuhlvertretungen in Münster und Hamburg. ²

„monstro simile“

Der aus dem erzgebirgischen Waldhufendorf Dorfchemnitz stammende Natur- und Völkerrechtslehrer Samuel Freiherr von Pufendorf (1632 – 1694) sah im Heiligen Römischen Reich einen „irregulären und einem Monstrum ähnlichen Körper“ (irregular aliquod corpus et monstro simile). Diese Metapher lässt sich leicht auf die heutige internationale Gemeinschaft übertragen, die sich den jetzt geläufigen staatstheoretischen Kategorien gegenüber sperrt³.

Die Komplexität trans- und internationaler Verrechtlichung, welche die Anzahl der beteiligten Akteure wie der neuen Handlungsformen stetig steigen lässt, hat zur Vertrauensfrage (Claudio Franzius 2009, 2010⁴) geführt. Mit der Verlagerung von Entscheidung und Verantwortung auf immer entferntere, Herrschaft ausübende

Träger, sind zwangsläufig und sicher vielfach berechtigt Misstrauen und Unbehagen verbunden, da „nationale Einseitigkeit und Beschränktheit ... mehr und mehr unmöglich“ werden (Karl Marx). Der digitale Kapitalismus⁵ des beginnenden 21. Jahrhunderts entkoppelt soziale und geografische Nähe (Ulrich Beck⁶) und es macht keinen Sinn mehr, Entstehung und Wirkung transnationalen Rechts, hybrider transnationaler Sozialstandards, eines globalen Konstitutionalismus und in bestimmten Sektoren gar eines Weltrechts⁷ zu ignorieren. Immer häufiger wirken sich selbst lokale Verwaltungsentscheidungen auf das benachbarte Ausland aus, während immer mehr völkerrechtliche Verträge und Abkommen das Verwaltungsverfahren auch unterhalb der Regierungsebene beeinflussen. In der Praxis ist hier vieles unklar. Aktuell wird z.B. diskutiert, ob ein Freihandelsabkommen

mit Kanada mit einer dienstleistungs- bzw. berufsamerkennungsrechtlichen Negativliste kommunales Satzungsrecht verändern würde. Man kann in solchen Fällen nicht mehr auf den Willen eines kollektiven Makrosubjekts zurückgreifen und eine universelle Vernunft ist sowieso nicht in Sicht. An ausgezeichneten, einschlägigen Analysen – vor allem bei Mohr-Siebeck – fehlt es nicht. Christoph Möllers, Andreas Voßkuhle und Christian Walter richteten 2007 ihr Augenmerk auf ausgewählte Referenzgebiete⁸ und Herbert Roth 2009/2010 auf die Europäisierung des Rechts⁹. Alle diese Versuche – und das ist das Schwierige an ihnen – zeigen die vorhandene Vielfalt auf und erhöhen dadurch den sicherlich zutreffenden Eindruck sich ständig steigender Komplexität.

Martin Kment scheint es mit Niklas Luhmann zu halten, der Vertrauen als komplexitätsreduzierende Maßnahme angesehen hat. Kment reduziert die vorgefundene Vielfalt, indem er das deutsche Verwaltungsrecht zum Werkzeug der

1 <http://www.kulturlandschaft-moritzburg.de/Sehenswuerdigkeiten.1.html>. Die Internetadressen dieser Rezension wurden am 27.3.2011 abgerufen.

2 <http://www.mohr.de/de/nc/rechtswissenschaft/fachgebiete/oeffentliches-recht/voelkerrechtbr-europarecht/reiter/buch/grenzueberschreitendes-verwaltungshandeln/autor.html>.

3 Ein extremes Beispiel bietet die Einrichtung des Hohen Repräsentanten in Bosnien-Herzegowina, vgl. Axel Schwarz – Juli Zeh „Maßnahmen und Macht des Hohen Repräsentanten: Substitution der Staatsmacht in Bosnien-Herzegowina“ (Measures and Powers of the High Representative: The Substitution of State Power in Bosnia-Herzegowina), Jahrbuch für Ostrecht (JOR) des Instituts für Ostrecht München, 2005, 65 – 74, und „Autorität durch Auslegung. Zur Rechtsgrundlage der Macht des Hohen Repräsentanten in Bosnien-Herzegowina“, Recht und Politik (Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik), 2004, 129 – 132. Dazu auch Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Rainer Stinner, Birgit Homburger, Elke Hoff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/4636 – Anwendung der Bonn Powers durch den Hohen Repräsentanten in Bosnien-Herzegowina, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/048/1604801.pdf>.

4 Claudio Franzius, „Europäisches Vertrauen? Eine Skizze“, HFR 2010, S. 159 ff, <http://www.humboldt-forum-recht.de/deutsch/12-2010/index.html>; ders. in „Warum Governance?“, 2009, Berliner Arbeitspapier zur Europäischen Integration Nr. 10, http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/europa/arbeitspapiere/2009-10_franzius.pdf.

5 Zum digitalen Finanzmarkt-Kapitalismus als mächtigster Wirkkraft seit 4 Jahrzehnten siehe Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2008.

6 Ulrich Beck, „Globalisierung von unten“, in: die tageszeitung, 18.07.2008, <http://www.taz.de/1/zukunft/wissen/artikel/1/globalisierung-von-unten/>.

7 Siehe die Forschungsfelder von Ulrich Mückenberger und Lars Viellechner am Zentrum für Europäische Rechtspolitik der Universität Bremen (ZERP), <http://www.zerp.uni-bremen.de/site.pl?user=„1300873479.qUCdiSHxmaP&area=Index-Transnationale-Normbildung-und-Verfassungstheorie&navigation-area=3&sub-navigati-on-area=“>.

8 **Internationales Verwaltungsrecht.** Eine Analyse anhand von Referenzgebieten. Hrsg. v. Christoph Möllers, Andreas Voßkuhle u. Christian Walter, 2007. VIII, 426 Seiten. JusIntEu 16, <http://www.mohr.de/rechtswissenschaft/fachgebiete/oeffentliches-recht/voelkerrechtbr-europarecht/buch/internationales-verwaltungsrecht.html>.

9 Siehe dazu die Kuselit-Rezension (in ZID 3 / 2011) **„Dem Storch, der euch gebracht hat, sollte man die Lizenz entziehen“**, Rezension zu: Europäisierung des Rechts. Ringvorlesung der Juristischen Fakultät Universität Regensburg 2009/2010. Hrsg. v. Herbert Roth, 2010, Mohr Siebeck, VIII, 310 Seiten. ISBN 978-3-16-150508-9, Leinen □ 94.00. Die Verlagsbeschreibung ist verfügbar unter <http://www.mohr.de/en/law/subject-areas/general/history-of-law/brphilosophy-of-law/theory-of-law/buch/europaesierung-des-rechts.html>.

6. Verwaltungsrecht

Bewältigung grenzüberschreitender Sachprobleme macht oder – wie Kment es formuliert – dieses Werkzeug neu entdeckt (S. 7). Das deutsche Verwaltungsrecht als Werkzeug der Bewältigung grenzüberschreitender Sachprobleme! Warum auch nicht? Die sympathische Vorstellung, dass das deutsche Recht das höchstentwickelte Recht oder doch zumindest eines der höchstentwickelten Rechte der Welt ist, wird genährt durch Kments gewaltiges, sage und schreibe 139 Seiten umfassendes Literaturverzeichnis. Natürlich ist das kein Beweis, aber auch keine Widerlegung, selbst wenn darin eine nicht ganz unbeachtliche Anzahl ausländischer Autoren erscheint, vor allem englisch- und französischsprachige. Die Österreicher lassen wir hier außen vor. Aber Spaß einmal beiseite. Kment selbst bleibt seiner Entdeckung des deutschen Verwaltungsrechts als universalem Werkzeug nicht ganz treu. Bereits seine grundlegende Taxonomie – die Unterscheidung von Geltungs- und Anwendungsbereich des Rechts – greift auf fremdsprachige Literatur und damit wohl auch auf Vorstellungen nichtdeutscher Rechtssysteme zurück, wenn Abbildung 1 (S. 70) die Menge des „Jurisdiction to enforce“ als Teilmenge der „Jurisdiction to describe“ begreift. Wahrscheinlich werden diese aus anderen Systemen entlehnten Vorstellungen in diejenige vom deutschen Verwaltungsrecht als Universalwerkzeug integriert. Schadet ja auch nicht! Außerdem: Wenn wir nicht so verfahren, wie von Kment vorgeschlagen, wie denn dann? Ähnlich pflanzt man gern die Wurzeln des Europarechts in Deutschland und Frankreich ein, um sie dort später zu vorgeblich universal-europäischer Methode heranzuziehen¹⁰.

Trotzdem bleibt in all diesen Fällen die Frage der methodischen Berechtigung. Schade, dass Kment sie nicht beantwortet.

¹⁰ Vgl. die Kuselit-Rezension „Richterrecht und Rechtsquelle“ zu Konrad Walter, „Rechtsfortbildung durch den EuGH. Eine rechtsmethodische Untersuchung ausgehend von der deutschen und französischen Methodenlehre.“ Schriften zum Europäischen Recht (EuR) 142, Duncker & Humblot 2009, ISBN 978-3-428-12817-4, <http://www.kuselit.de/rezension/15717/Rechtsfortbildung-durch-den-EuGH.html>.

Wir verdenken es ihm natürlich nicht. Denn damit gewinnt er zunächst einmal einen (wenn auch willkürlichen) Halt, der ihm ermöglicht, die staatstheoretischen Rahmenbedingungen einer globalisierten Welt darzustellen (auf ca. 50 Seiten, Erster Teil), um anschließend ziemlich umfassend die völker-, verfassungs- und kollisionsrechtlichen Grundlagen grenzüberschreitenden Verwaltungshandelns (auf ca. 210 Seiten, Zweiter Teil) zu analysieren, was ihn wiederum befähigt, (auf weiteren annähernd 460 Seiten, Dritter Teil) alle relevanten verwaltungsrechtlichen Instrumente in der transnationalen Sphäre zu konkretisieren. Das alles klingt sehr plausibel. Trotzdem hat die Sache einen Haken. Bleiben wir bei Kments Werkzeugmetapher. Mit einem Hammer kann man kein Brett zersägen, allenfalls in Stücke hauen; mit der Säge kann man keinen Nagel in ein Brett einschlagen, und wenn man es trotzdem versuchen würde, würde der Nagel vermutlich krumm und schief und nicht tief genug in das Brett eindringen und außerdem überstehend eine ständige Verletzungsgefahr bergen. Nun sind Hammer und Säge vielleicht Spezialwerkzeuge, während unser deutsches Verwaltungsrecht doch ein Universalwerkzeug sein soll. Genau das ist der springende Punkt! Eignet sich unser deutsches Verwaltungsrecht wirklich dazu, alle nur denkbaren Entwicklungen angemessen zu erfassen? Haben wir denn nicht den Verdacht, dass unser deutsches Verwaltungsrecht schon nicht mehr in der Lage ist, das Auseinanderdriften von Verfassungswirklichkeit und Grundgesetz zu erfassen? Gelingt es nicht jeder nur halbwegs organisierten Personalver-

¹¹ Vgl. die Kuselit-Rezensionen „Beutesystem“ zu: Lindenschmidt, Christian, „Zur Strafbarkeit der parteipolitischen Ämterpatronage in der staatlichen Verwaltung“, Berlin 2004, Duncker & Humblot, Schriften zum Strafrecht (SR) 156, ISBN 978-3-428-11319-4, EUR 59,80; <http://www.kuselit.de/rezension/15857/Zur-Strafbarkeit-der-partei-politischen-%C4mterpatronage-in-der-staatlichen-Verwaltung.html> und ZID 24/2010 Nr. 12 (<http://www.kuselit.de/zid/pdf/201024.pdf>), und „Alles nur Theorie?“ zu Hermann Butzer, Markus Kaltenborn, Wolfgang Meyer (Hrsg.), „Organisation und Verfahren im sozialen Rechtsstaat. Festschrift für Friedrich E. Schnapp zum 70. Geburtstag“, Berlin 2008, ISBN 978-3-428-12639-2: EUR 98,-, Duncker & Humblot Schriften zum Öffentlichen Recht (SÖR) (SÖR 1109); <http://www.kuselit.de/rezension/15373/Organisation-und-Verfahren-im-sozialen-Rechtsstaat.html>.

waltung fast ohne jede Mühe Artikel 33 GG außer Kraft setzen?¹¹ Wird nicht hier und da bereits Gerechtigkeit durch Verfahren ersetzt? Durch die Brille des deutschen Verwaltungsrechts gesehen hat das alles seine Ordnung. Ihre Linse ist so geschliffen, dass man diese Probleme gar nicht oder allenfalls sehr unscharf sieht. Wenn man damit aber schon nicht mehr die inländischen Probleme erkennen kann, die zu einem guten Teil von Internationalisierung und Globalisierung beeinflusst sind, wie denn dann die internationalen? Was wäre die Alternative? Setzen wir die Brille des deutschen Verwaltungsrechts ab, stehen wir erst recht im Dunkeln! Also bleibt gegenwärtig wohl nichts anderes übrig, als das, was Kment getan und durch eben diese Brille die Welt zu betrachten. Man muss sich nur bewusst sein, dass diese Brille die Realität des Rechts verzerrt! „Defizite demokratischer Legitimation und Verantwortungsdiffusion“ (S. 33) erfasst man kaum mit Mitteln des deutschen Verwaltungsrechts. Mit seiner Hilfe die Auswirkungen der Globalisierung in den Griff bekommen zu wollen, gleicht dem Versuch, einen „Pudding an die Wand zu nageln“ (S. 19). Die Bedeutung von „Globalisierung“, lokaler „Ad-hoc-Demokratie“ (global village), Privatisierung und Zurückdrängung des Staates auf ein angebliches Kerngeschäft (S. 51) erschließt sich jedenfalls nicht mit Mitteln des deutschen Verwaltungsrechts.

Das Ergebnis ist in gewisser Weise ambivalent – ähnlich wie bei der Betrachtung moderner Kunst. Man sieht etwas, aber man kann es nicht richtig deuten. Die Verunsicherung des Betrachters ist schon der Erfolg! Man spürt unterschwellig und eher hilflos die Wucht der Veränderungen, die mit der Internationalisierung einhergehen. Eine so fundierte und umfangreiche Untersuchung wie die von Kment reduziert grenzüberschreitendes Verwaltungshandeln in der Praxis auf „extraterritorial wirkende nationale Verwaltungsakte und

¹² Buder, Alexander und Kunert, Franz-Josef, „Die Deutsch-Polnische UVP-Vereinbarung als Grundlage der Zusammenarbeit bei der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung mit dem Nachbarland Polen“, Sächsische Verwaltungsblätter (SächsVBl.) 1/2011, 1 -7.

6. Verwaltungsrecht

Pläne“ (§ 6, S. 269 ff), die „Achtung und Anerkennung ausländischer Verwaltungsentscheidungen“ (§ 7, S. 446 ff), die „kooperative grenzüberschreitende Planung“ (§ 8, S. 533 ff), „grenzüberschreitende öffentlich-rechtliche Verträge“ (§ 9, S. 617 ff) und „grenzüberschreitende Verwaltungsrealakte“ (§ 10, S. 683 ff). Wann jedoch hat der „normale“ Jurist schon damit etwas zu tun? In wie viel Prozent seiner Arbeit erlässt er z.B. Hoheitsakte, die sich im Ausland auswirken und dort zu respektieren sind, wenn er nicht gerade im Kartellrecht tätig ist? Wer nimmt denn überhaupt zur Kenntnis, dass es z.B. eine Deutsch-Polnische Vereinbarung zur grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung¹² gibt? Und wenn schon,

welchen Schutz werden solche Vereinbarungen bieten? Wie sind z.B. Luxemburger oder Saarländer gegen Kernkraft geschützt, wenn gerade einmal 10 km von der Grenze entfernt die vier gewaltigen Reaktorblöcke von Cattenom auf französischem Gebiet betrieben werden, deren Sicherheitsventile wahrscheinlich schon nach einem kleineren Erdbeben versagen würden? Und wann wird jemand überhaupt bewusst, dass er es mit einem möglicherweise problematischen Datentransfer (als Realakt) in oder aus dem Ausland zu tun? Damit soll diesen Bereichen keineswegs die objektive Wichtigkeit abgesprochen werden. Ganz im Gegenteil! Was sich hier abspielt, ist weitaus wichtiger als wir gemeinhin

annehmen. „Entterritorialisierung“ und „Bedeutungsverlust nationaler Grenzen“ (S. 267) sind die Ausläufer von Veränderungen, die unser aller Leben beständig verändern, und zwar in eine Richtung, die wir (vielleicht unbewusst) nicht wahrhaben wollen und gerne verdrängen. Dabei hilft dem Juristen die Brille des deutschen Verwaltungsrechts.

Wenn man sich jedoch die weltweiten Sozialdaten ansieht, erahnt man, dass sich dahinter Monster verbergen, die denjenigen in Stephen Kings Thriller „Der Nebel“ („The Mist“) in Nichts nachstehen.

Dr. Axel Schwarz, Moritzburg

Apf/GA	Ausbildung, Prüfung, Fortbildung (Gesamtausgabe) Zeitschrift für staatliche und kommunale Verwaltung	3/2011
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts	Bd.136 5/2011
DÖV	Die öffentliche Verwaltung - Zeitschrift für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft	24/2010
DÖV	Die öffentliche Verwaltung - Zeitschrift für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft	1/2011
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt	5-6/2011
DVP	Deutsche Verwaltungspraxis - Fachzeitschrift für die öffentliche Verwaltung	3/2011
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	3/2011
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland	2/2011
NPA	Neues Polizeiarchiv Herausgegeben unter Mitwirkung leitender Fachkräfte der Polizei und Justiz	3/2011
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht - Vereinigt mit Verwaltungsrechtsprechung	4-5/2011
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht - Rechtsprechungsreport	4-5/2011
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	3/2011
Polizei	Die Polizei - Zentralorgan für das Sicherheits- und Ordnungswesen mit Beiträgen aus der Polizei-Führungsakademie	3/2011
RPA	Zeitschrift für Vergaberecht - Recht und Praxis der öffentlichen Auftragsvergabe (Österreich)	1/2011
SchrDHPol	Schriftenreihe der Deutschen Hochschule der Polizei	3-4/2010
SchuR	Schulrecht - Informationsdienst für Schulleitung und Schulaufsicht	3-4/2011
Vergabe-News	Informationsdienst für Auftragnehmer und Auftraggeber in Wirtschaft und Verwaltung	3/2011
VergabeR	Zeitschrift für Vergaberecht in Verbindung mit der ARGE BAURECHT im Deutschen Anwaltverein	2/2011
VM	Verwaltung & Management - Zeitschrift für moderne Verwaltung	1/2011
VR	Verwaltungsrundschau - Zeitschrift für Verwaltung in Praxis und Wissenschaft	3/2011
VS	Vergabe spezial - ein aktueller vergaberechtlicher Informationsdienst	2/2011

7. Glaube | Religion | Kirche

ZevKR

Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht

Bd. 56

1/2011

Karl Albrecht Schachtschneider

Grenzen der Religionsfreiheit am Beispiel des Islam

Berlin 2010

140 S., 18,00 €

ISBN 978-3-428-13505-9

Muslime wollen den Islam, ihre Religion, auch in Deutschland leben. Sie bauen Moscheen und Minarette, welche die Herrschaft Allahs propagieren. Musliminnen kleiden sich wie im Orient. Schon ruft der Muezzin zum Gebet. Die Scharia soll möglichst zur Geltung kommen. Dafür berufen sich die Muslime auf die Religionsfreiheit und werden darin, soweit irgendwie tragbar, von Politik, Rechtsprechung, Medien und Wissenschaft unterstützt.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Freiheiten des Glaubens und des Bekenntnisses und die Gewährleistung der ungestörten Religionsausübung zu einem vorbehaltlosen Grundrecht der Religionsfreiheit zusammengefaßt und dieses nicht nur weit ausgedehnt, sondern auch in einen denkbar hohen Rang gehoben. Nur gegenläufigen verfassungsrangigen Prinzipien muß das Grundrecht, zu leben und zu handeln, wie es die Religion gebietet, weichen. Die schicksalhafte Dogmatik ist neu zu bedenken, weil der Islam eine verbindliche Lebensordnung ist, die mit westlicher Kultur schwerlich vereinbar ist. Die Säkularität ist ihm fremd. Der aufklärerische Vorrang des Staatlichen vor dem Religiösen ist religionspluralistisch zwingend. Grundrechte, die freiheitliche demokratische Ordnung umzuwälzen, kann es wegen des gegenläufigen Widerstandsrechts nicht geben. Auch die Religionsgrundrechte lassen es nicht zu, daß die Erste Welt, das Diesseits, von Vorstellungen einer Zweiten Welt, des Jenseits, beherrscht wird.



Die Dogmatik der Religionsgrundrechte wirft Fragen nach Meinen, Wissen und Glauben, nach politischer Freiheit und religiöser Herrschaft, nach Diesseits und Jenseits, nach Staat und Religion auf, die Frage nach einer Republik, deren fundamentales Prinzip die Freiheit der Bürger ist, die demokratisch zum Recht finden.

Inhaltsübersicht:

Das Problem Religionsfreiheit

1. Religionsfreiheitliche Texte
2. Religionsfreiheit in der Praxis
3. Glauben, Meinen, Wissen - IV. Begriff der Freiheit
4. Freiheitliche Rechtllichkeit, Vorrang des Staatlichen und Religionstoleranz
5. Neutralität/Nicht-Identifikation des Staates
6. Grundrechtsschutz der pluralistischen Welt des Religiösen
7. Vorrang des Weltlichen vor dem Geistlichen als Gesetzesvorbehalt
8. Negative Religionsfreiheit
9. Säkularisiertes Christentum - politischer Islam
10. Freiheitliche demokratische Grundordnung versus religiöse Politik
11. Traditionsverpflichtete Kulturpolitik
12. Vereinsrechtliche Aspekte politischer Religionen
13. Schlußfolgerungen

www.duncker-humblot.de

Die Einrichtung von Beiräten für Islamische Studien

Baden-Baden 2011

112 S., 29,00 €

ISBN 978-3-8329-6431-3

Mit seinen Empfehlungen zur „Weiterentwicklung von Theologien und religionsbezogenen Wissenschaften an deutschen Hochschulen“ empfiehlt der Wissenschaftsrat die Einführung eines bekenntnisgebundenen Faches „Islamische Studien“. Um die erforderliche Mitwirkung der Muslime an der Ausgestaltung des Faches sicherzustellen, regt der Wissenschaftsrat die Einrichtung von „Beiräten für islamische Studien“ an.

Der Band enthält mit dem kommentierten Entwurf einer Hochschulordnung einen Vorschlag zur Umsetzung dieser Empfehlungen. Die Autoren konnten bei der Entstehung auf die Ergebnisse einer Tagung zurückgreifen, die sich dem Thema im Mai 2010 in Münster widmete. Das Werk dokumentiert die dort gehaltenen Referate zu religionsverfassungsrechtlichen und hochschulrechtlichen Fragestellungen und fasst die Diskussionsergebnisse zusammen.

Hierdurch bietet der Band den Entscheidungsträgern in Politik und Universität wertvolle Hinweise für die Einrichtung islamisch-theologischer Institute und Studiengänge. Er versteht sich zugleich als Beitrag zur rechtswissenschaftlichen Diskussion um die Berücksichtigung des Islams im Religionsverfassungsrecht des Grundgesetzes.

www.nomos-shop.de

8. Gerichtsverfassung | Prozessrecht

PA	Prozessrecht aktiv - Prozesse optimal planen und erfolgreich führen	3/2011
VE	Vollstreckung effektiv - Für Rechtsanwaltskanzleien, Mahn- und Vollstreckungsabteilungen	3/2011

Günter Mayer | Peter Depré

Die Praxis der Zwangsverwaltung

6. Aufl., Bonn 2011
376 S., Pr. in Vorb.
ISBN 978-3-8240-1148-3

Bedingt durch die Wirtschaftskrise wird für das nächste Jahr eine erhebliche Steigerung der Zwangsverwaltungen erwartet. Sichern Sie sich jetzt fundiertes Praxis-Know-how zu diesem wirtschaftlich interessanten Arbeitsfeld – mit der aktualisierten Neuauflage des Standardwerks zur Zwangsverwaltung von Depré/Mayer!

Ob Sie Einsteiger oder praktizierender Zwangsverwalter sind: hier finden Sie das komplette Grundlagenwissen! Neben der übersichtlichen Einführung in das Immobiliervollstreckungsrecht erhalten Sie wissenswerte Informationen zum Tätigkeitsbereich eines Zwangsverwalters und dem Vergütungsrecht.

So finden Sie hier

- alle wesentlichen Neuerungen aus der ZPO betreffend die Zwangsverwaltung,
- die Gesetzesänderungen zum Wohnungseigentumsgesetz, einschließlich der damit verbundenen Einräumung eines Vorrangs für diverse Forderungen der Wohnungseigentümer (§ 10 Abs. 1 Nr. 2 ZVG) und
- die Auswertungen relevanter Entscheidungen wie auch der BGH-Rechtsprechung zu den maßgeblichen und oft strittigen Entscheidungen bei der Immobiliervollstreckung.

Wegen zahlreicher Berührungen ist das Buch auch für Insolvenzverwalter unverzichtbar.

Profitieren Sie vom Expertenwissen des kompetenten Autorenteams: Peter Depré



(Rechtsanwalt, Fachanwalt für Insolvenzrecht, Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht sowie Wirtschaftsmediator (cvm)) und Günter Mayer (Rechtspfleger i.R.) bieten auch in der Neuauflage wieder fundierte Antworten und praxistauglichen Lösungen auf aktuellem Stand.

www.anwaltverlag.de

Herbert Posser
Heinrich Amadeus Wolff (Hrsg.)

Verwaltungsgerichtsordnung VwGO

2. Aufl., München 2010
1300 S., 108.00 €
ISBN 978-3-406-59722-0

Die Verwaltungsgerichtsordnung regelt das Gerichtsverfahren vor den Verwaltungsgerichten. Ihre genaue Kenntnis ist von zentraler Bedeutung für jeden öffentlich-rechtlichen Praktiker, der materielle Rechtspositionen im Konfliktfall durchsetzen will oder richterliche Entscheidungen treffen muss. Häufige Änderungen der VwGO und eine Flut instanz- und obergerichtlicher Urteile erschweren dabei die sichere Anwendung des Verwaltungsprozessrechts.

www.beck-shop.de

Christoph Bürki

Verwaltungsjustizbezogene Legalität und Prozessökonomie

Eine Untersuchung zum Verhältnis gerichtsorganisations- und verfahrensbezogener Gesetzmässigkeit und Prozesswirtschaftlichkeit unter Berücksichtigung der Verhältnisse im Bund und im Kanton Bern

Bern 2010
416 S., 70.20 €
ISBN 978-3-7272-0060-1

www.staempfliverlag.com

Susanne Landua

Die Reform der Prozesskostenhilfe

Freiburg 2011
180 S., 39.80 €
ISBN 978-3-648-01498-1

www.haufe.de

Peter Kummer

Das sozialgerichtliche Verfahren

3. Aufl., Köln 2011
600 S., 79.00 €
ISBN 978-3-472-07906-4

www.wolterskluwer.de

10. Familie | Partnerschaft | Trennung | Erbe

EE	Erbrecht effektiv - Aktueller Informationsdienst für das erbrechtliche Mandat	3/2011
ErbR	Zeitschrift für die gesamte erbrechtliche Praxis	3/2011
FamFR	Familienrecht und Familienverfahrensrecht Unterhalt, Zugewinn, Versorgungsausgleich, Prozessuales	4-6/2011
FamPra.ch	Die Praxis des Familienrechts LA PRATIQUE DU DROIT DE LA FAMILLE LA PRASSI DEL DIRITTO DI FAMIGLIA	1/2011
FamRB	Der Familien-Rechts-Berater - Informationsdienst für die anwaltliche Praxis	3/2011
FF	Forum Familienrecht	2/2011
FK	Familienrecht kompakt - Aktueller Informationsdienst für Rechtsanwälte	3/2011
FPR	Familie - Partnerschaft - Recht Interdisziplinäres Fachjournal für die Anwaltspraxis (vereinigt mit NJWE-FER)	3/2011
FuR	Familie und Recht - Zeitschrift für die anwaltliche und gerichtliche Praxis	3/2011
NWB-EV	NWB Erben und Vermögen	3/2011
ZErB	Zeitschrift für die Steuer- und Erbrechtspraxis	3/2011
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge - Erbrecht - Gesellschaftsrecht - Steuerrecht	3/2011
ZFE	Zeitschrift für Familien- und Erbrecht	3/2011

Rainer Kemper

Praxis des einstweiligen Rechtsschutzes in Familiensachen

Köln 2011
260 S., 39.00 €
ISBN 978-3-472-07916-3



Das Werk aus der Praxisbuchreihe der Zeitschrift Familien und Recht (FuR) erläutert systematisch die neuen Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes in Familiensachen, die mit dem Inkrafttreten des FamFG völlig umgestaltet wurden.

Die einstweilige Anordnung ist nach neuem Recht grundsätzlich für alle Verfahren in Familiensachen zulässig. Als eigene Verfahrensart hat sie damit hohe praktische Bedeutung.

Die strukturierten und praxisgerechte Erläuterungen ermöglichen dem Rechtswender einen schnellen und zuverlässigen Zugriff zur jeweiligen Materie. Dies ist gerade in einer Situation, in der schnelle Reaktionen und Eile geboten, trotzdem aber Genauigkeit und Sorgfalt erforderlich sind, von besonderer Wichtigkeit.

Unter anderem umfassend dargestellt werden:

- Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund als Voraussetzungen einer einstweiligen Anordnung
- gerichtliche Verfahren einschließlich internationaler Bezüge
- Rechtsbehelfe und Rechtsmittel
- Verhältnis zum Hauptsacheverfahren
- Außerkrafttreten der einstweiligen Anordnung
- Vollstreckung

www.wolterskluwer.de

Rolf Jox

Fälle zum Familien- und Jugendrecht

Ein Studienbuch für Bachelorstudierende der Sozialen Arbeit

Stuttgart 2011
96 S., 10.20 €
ISBN 978-3-8252-3516-1



Ein Lehrbuch zur Klausurvorbereitung, das sich mit Fällen aus dem Familien- und Jugendhilferecht befasst. Bewusst werden Fragestellungen ausgewählt, mit denen die Beschäftigten im sozialen Bereich in ihrem beruflichen Alltag immer wieder konfrontiert werden, wie das Kindeswohl oder das Umgangsrecht.

www.utb.de

Familienrecht

Bielefeld 2011
250 S., 34.00 €
ISBN 978-3-7694-1076-1 P

www.giesecking.de

11. Verkehr | Transport | Reise

REZENSION

Ernst Führich

Reiserecht

Handbuch des Reisevertrags-,
Reisevermittlungs-, Reiseversicherungs-
und Individualreiserechts

6. Aufl., München 2010

1331 S., 134.00 €

ISBN 978-3-406-60413-3



I. Einleitung

Das vorliegende rezensierte Werk trägt den Titel „Reiserecht“ und liegt bereits in der 6. Auflage vor. Der Leser (nachfolgend werden auch Personen weiblichen Geschlechts der Einfachheit halber als „Leser“ bezeichnet), dem dieses Werk (noch) unbekannt ist, erwartet somit zu Recht ein allumfassendes Kompendium, das sich mit reiserechtlichen Fragestellungen fundiert auseinandersetzt. Ob das Werk diesem Anspruch gerecht wird, findet sich als Ergebnis dieser Rezension unter Gliederungspunkt VI.

II. Autor

Bei dem Autor dieses Werkes, Prof. Dr. jur. utr. Ernst Führich, seines Zeichens seit 1986 Inhaber eines Lehrstuhls für Wirtschaftsprivatrecht, Arbeitsrecht und Reiserecht an der Hochschule Kempten und Betreiber des dortigen „CCR Kompetenz Centrum Reiserecht“ zählt zweifelsohne zu den profiliertesten und kompetentesten Experten für rechtliche Fragestellungen zum Thema Reisen/Tourismus. Dies belegt zum einen die Zahl der Veröffentlichungen des Autors in renommierten Fachzeitschriften, zum anderen die Tatsache, dass das Werk „Reiserecht“ von Führich bereits seit 1990 erscheint und nunmehr in der 6. Auflage vorliegt. Hingewiesen wird zudem auf die Homepage des Autors unter <http://www.reiserecht-fuehrich.de/> mit den dort abrufbaren Informationen zum Reiserecht, wie z.B. Urteilen, Stellungnahmen des Autors zu aktuellen Geschehnissen sowie Checklisten.

III. Überblick über kommentierte

Rechtsmaterie

Rechtliche Fragestellungen, die im Zusammenhang mit Reisen oder Tourismus stehen, sind für Praktiker, die damit nicht tagtäglich konfrontiert werden, oftmals nur mit umfangreichem und dementsprechend zeitaufwändigem Rechercheaufwand adäquat zu lösen. Dafür gibt es im Wesentlichen drei Gründe: Zum einen existiert kein „Reisegesetz“, über das sich der Praktiker einen raschen Überblick verschaffen kann, sondern es ist eine Vielzahl von Vorschriften in unterschiedlichen Normkomplexen zu berücksichtigen. Zusätzlich wird die Handhabung dieses Vorschriftenkonglomerats dadurch erschwert, dass in bestimmten Fallkonstellationen völker- und europarechtliche Vorschriften mit den innerdeutschen Normen in Einklang zu bringen sind (vgl. die Ausführungen bei Rn. 922 ff.). Last but not least, ist es zur erfolgreichen Rechtsberatung und -entscheidung im Reiserecht erforderlich, über fundierte Kenntnisse der einschlägigen instanzgerichtlichen Rechtsprechung zu verfügen.

IV. Layout, Umfang und Neuheiten im Vergleich zur Vorgängerversion

Im Vergleich zur im Jahr 2005 noch im Verlag C.F. Müller erschienenen 5. Auflage ist das vorliegende Werk in der 6. Auflage um 299 Seiten gewachsen. Geschuldet ist dies vor allem der regen Tätigkeit des europäischen Gesetzgebers und der sich fortentwickelnden Rechtsprechung. Durch den gestiegenen Umfang wird der Lesbarkeit aber kein Abbruch getan. Im Gegenteil: Das Schriftbild des „Führich“ ist nach Ansicht des Rezensenten nun

besser lesbar als in der Voraufgabe. Ohnehin ist die Darstellung und Untergliederung vorbildlich, weil gut nachvollziehbar und die Recherche erleichternd. Dass das fein gegliederte Inhaltsverzeichnis aus 34 Seiten(!) besteht, untermauert die Stringenz, mit der hier vorgegangen wurde. Nach Ansicht des Rezensenten ist für den Lesefluss besonders positiv zu bemerken, dass die Fußnoten an das Seitenende gesetzt wurden.

Neu kommentiert bzw. überarbeitet sind unter anderem:

- Neue Kundenrechte des Bahn-, Bus- und Seeverkehrs;
- Aktuelle Rechtsprobleme im Zusammenhang mit der EU-Fluggastrechte-Verordnung Nr. 261/2004/EG;
- Das Montrealer Übereinkommen zum Schadensersatz bei Personen- und Gepäckschäden im Luftverkehr;
- Das Kollisionsrecht der Rom I und Rom II Verordnungen.

V. Detailanalyse

Das Werk gliedert sich in folgende Teile: Reisevertragsrecht, Reiseversicherungen und Individualreiserecht.

Im Rahmen des Teils „Reisevertragsrecht“ werden das Reisevertragsrecht mit seinen Grundlagen, die Informationspflichten von Reiseveranstaltern, das Reisevermittlungsrecht sowie das Reisewettbewerbsrecht kommentiert.

Im Teil „Reiseversicherungen“ finden sich Ausführungen zum Allgemeinen Reiseversicherungsrecht, Reiserücktrittskosten- und Reiseabbruchversicherungsrecht sowie zur Reisegepäckversicherung.

11. Verkehr | Transport | Reise

Der Teil „Individualreiserecht“ stellt das Luftbeförderungsrecht, sonstige Beförderungsverträge sowie Gastaufnahmeverträge dar.

An diese drei Teile knüpft ein „Anhang“ an, in dem Musterformulare, einschlägige Vorschriften sowie gerichtliche Entscheidungen und Reisemängel-Tabellen aufgelistet sind.

Gleich zu Beginn fällt auf, dass sich das vorliegende Werk nicht darauf beschränkt, einschlägige Normkomplexe wie ein Kommentar isoliert darzustellen. Vielmehr legt der Autor großen Wert auf eine Darstellung im Gesamtzusammenhang durch die Erörterung sowohl wirtschaftlicher als auch rechtsvergleichender Aspekte. Die Ausarbeitung ist flüssig geschrieben und liest sich leicht. Der Leser ist somit mühelos im Stande, ganze Abschnitte „am Stück“ zu lesen, was für das Verständnis ungemein gewinnbringend ist. Dies ist für juristische Bücher vergleichbaren Umfangs wahrlich keine Selbstverständlichkeit! Relevante Begriffe sind fettgedruckt, sodass der durch sie beschriebene Themenkomplex leicht wieder aufzufinden ist.

Nicht unerwähnt bleiben soll die erfreuliche Tatsache, dass sich an äußerst vielen Stellen eine abschließende Darstellung der in Wissenschaft und Praxis vertretenen Ansichten findet (z.B. bei Rn 201 ff. zum Verhältnis der § 651c ff. BGB zum allgemeinen Leistungsstörungenrecht oder bei Rn. 215 ff. zum Begriff des Reisemangels). Der damit verbundene Vorteil im Vergleich zu (bei anderen Praktikerbüchern oftmals zu findenden) apodiktischen Erörterung von Rechtsproblemen liegt freilich auf der Hand: Der Praktiker spart Zeit bei der Recherche, erhält einen Überblick über den aktuellen Rechts- und Meinungsstand und kann sich somit die für „seinen Fall“ einschlägige Lösung erarbeiten. Besonders wichtig dürfte für den Praktiker auch sein, dass der Autor stets darauf hinweist, wenn er eine von der h.M. abweichende, eigene Meinung vertritt (z.B. Rn. 1004

oder Rn. 979, wo Führich sinnvollerweise fordert, dass Luftfahrtunternehmen gegenüber Reisenden verpflichtet sind, über Pass- und VISA-Vorschriften des Ziellandes zu unterrichten).

Schließlich wird jeder, der den „Führich“ zu Hand nimmt (und das werden auch bei dieser Auflage wieder sehr viele Personen sein!), diesen auch wegen der umfangreichen Checklisten zu schätzen wissen.

VI. Ergebnis

Im Ergebnis führt bei reiserechtlichen Fragestellungen am „Führich“ – wie auch schon bislang – kein Weg vorbei. Mit Hilfe dieses Kompendiums kann der Praktiker jede auch noch so spezielle Fragestellung im Reiserecht einer Lösung zuführen. Auch für Wissenschaftler stellt das Werk einen konkurrenzlosen Gewinn dar. Die geweckten Erwartungen (vgl. oben bei I.) werden somit vollumfänglich erfüllt. Abschließend bleibt nur noch zu hoffen, dass die 7. Auflage – im Gegensatz zu dieser 6. Auflage - nicht mehr fünf Jahre auf sich warten lassen wird.

Rechtsanwalt
Dr. Florian Wudy, Dachau

ZEITSCHRIFTENPORTRAIT

Strassenverkehr

Interdisziplinäre Zeitschrift



Klarer Fokus

Erstmals in der Schweiz werden die komplexen und vielschichtigen Themenkreise des Phänomens «Strassenverkehr» in einem wissenschaftlichen Periodikum zusammengeführt: Entwicklungen und deren Folgen werden untersucht, Konzepte angedacht, Lösungen diskutiert und damit neue Einsichten und Perspektiven vermittelt.

Praxisbezug

Das Autorenteam setzt sich aus kompetenten Wissenschaftlern und erfahrenen Praktikern zusammen und gewährleistet so die fachlich hochstehende und thematisch aktuelle Qualität ihrer Beiträge. Die grösseren Aufsätze sind jeweils mit einer deutsch- respektive französischsprachigen Zusammenfassung ergänzt.

Qualität

Herausgeber, Beiräte und Redaktoren repräsentieren die von der Zeitschrift erfassten Fachgebiete und sind Garanten für die inhaltliche Qualität der Beiträge.

www.dike.ch

11. Verkehr | Transport | Reise

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Das Kfz im Steuerrecht: national und international

02.04.2011, München
07.05.2011, Hamburg
20.05.2011, Leipzig
27.05.2011, Stuttgart
17.06.2011, Düsseldorf

Uhrzeit: 9.00 bis ca. 16.45 Uhr
Teilnahmegebühr: 355 € zzgl. USt.

Ziele des Seminars

In der Beratungspraxis spielt die Besteuerung des Kfz eine große Rolle. Das Thema betrifft nahezu alle Mandanten: Unternehmer, Gewerbetreibende, Freiberufler und Arbeitnehmer. Gleichzeitig gibt es kaum ein Wirtschaftsgut, das so kasuistisch behandelt wird. Aktuelle Problemfelder sind z. B. die Jahreswagenbesteuerung, die Privatnutzung von Firmen- und Geschäftswagen, die Anerkennung von Fahrtenbüchern sowie die Ausgleichszahlungen bei Beendigung von

Leasingverträgen. Das Seminar stellt „das Kfz im Steuerrecht“ in kompakter Weise dar und informiert Sie über die aktuelle Rechtslage, die Steuergestaltungsmöglichkeiten und die Fallstricke auf dem Gebiet der deutschen Ertragsteuern, der Lohnsteuer, der Umsatzsteuer und des internationalen Steuerrechts.

Inhalte:

Geschäfts- und Firmenwagen

- Preisnachlässe in der Automobilbranche
- Fahrtenbuch: Steuerliche Anerkennung trotz fehlender Aufzeichnungen?
- Privatnutzung und Anscheinsbeweis
- Privatnutzung durch Gesellschafter-GF: verdeckte Gewinnausschüttung oder Arbeitslohn?
- 1%-Regelung bei Kfz-Umrüstkosten
- Aktuelles zu Reisekosten, Unfallkosten und Entfernungspauschale

- Steueroptimierung: Leasing oder Kreditkauf – was ist günstiger?

Kfz-Branche

- Differenzbesteuerung bei gelegentlicher Veräußerung von Kfz des Anlagevermögens?
- Kfz-Leasing: Abrechnung von Ausgleichszahlungen bei Beendigung von Leasingverträgen brutto oder netto?
- Gewährleistungen und Garantiezusagen im Kfz-Handel
- Kfz-Tower: Gebäude oder Betriebsvorrichtung?

Internationales Steuerrecht

- Geschäfts- und Dienstreisen im Ausland
- Grenzüberschreitender Kfz-Handel
- Umsatzsteuerkarussell im Kfz-Handel

www.iww.de

ASR	Auto Steuern Recht - Der aktuelle Informationsdienst für das Kfz-Gewerbe	3/2011
DAR	Deutsches Autorecht	3/2011
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht Haftungs- und Versicherungsrecht, Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht, Verwaltungsrecht	3/2011
RRa	ReiseRecht aktuell - Zeitschrift für Tourismusrecht	1/2011
SRTour	Steuer- und RechtsBrief Touristik Der aktuelle Informationsdienst für Touristik, Business Travel und Hotellerie	3/2011
SVR	Straßenverkehrsrecht - Zeitschrift für die Praxis des Verkehrsjuristen - Verkehrszivilrecht / Ordnungswidrigkeiten / Strafrecht / Versicherungsrecht / Verkehrsverwaltungsrecht	2/2011
TranspR	Transportrecht - Zeitschrift für das gesamte Recht der Güterbeförderung, der Spedition, der Versicherungen, des Transports, der Personenbeförderung und der Reiseveranstaltung	2/2011
V+T	Verkehr und Technik - Organ für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Verkehrsrecht Verkehrswirtschaft Verkehrspolitik	3/2011
VRA	Verkehrsrecht aktuell - Informationsdienst für die Rechtsanwaltskanzlei	3/2011
VRR	VerkehrsRechtsReport - Arbeitszeitschrift für das gesamte Straßenverkehrsrecht	2/2011
VRS	Verkehrsrechts-Sammlung	Bd. 120 2/2011
ZLW	Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht German Journal for Air and Space Law - Revue Allemande de Droit Aérien et Spatial	1/2011

12. Strafrecht und Nebengebiete

Hans-Ludwig Günther | Knut Amelung
Hans Heiner Kühne

Festschrift für Volker Krey zum 70. Geburtstag

Berlin 2010
544 S., 168.00 €
978-3-17-021511-5

Knut **Amelung**

Der Zweifel als Irrtum – ein Irrtum zum
Verzweifeln

1

Martin **Böse**

Verweisungen auf das Gemeinschafts-
recht und das Bestimmtheitsgebot (Art.
103 Abs. 2 GG)

7

Alfred **Dierlamm**

Zur Verfassungsmäßigkeit des § 393 Abs.
2 S. 2 AO unter besonderer Berücksichti-
gung des Nemo-tenetur-Prinzips

27

Gunnar **Duttge**

Gesetzesuntreue unter der Maske strafge-
richtlicher Auslegung

39

Armin **Engländer**

Die Teilnahme an der Tötung auf Verlan-
gen. Zugleich eine Kritik der Rspr. zur
Systematik der Tötungsdelikte

71

Robert **Esser**

Opferverhalten als Zurechnungskriterium

81

Hans-Ludwig **Günther**

Offene Fragen des Embryonenschutzge-
setzes

105

Volker **Haas**

Die Zurechnung zur Schuld bei Affekttä-
ten. Zugleich eine Anmerkung zum Urteil
des BGH vom 29.10.08, 2. StR

117



Manfred **Heinrich**

Zur Frage der mittelbaren Täterschaft kraft
Ausnutzung hierarchischer Organisations-
strukturen bei Wirtschaftsunternehmen

147

Uwe **Hellmann**

Vom desolaten Zustand des deutschen
(Wirtschafts-) Strafrechts

169

Christian **Jäger**

Die Grenzen strafbarer Nötigung bei
Drohungen mit einem Unterlassen

193

Günther **Jakobs**

Kaschierte Ausnahme: übergesetzlicher
entschuldigender Notstand

207

Brigitte **Kelker**

Die Strafbarkeit juristischer Personen
unter europäischem Konvergenzdruck

221

Urs **Kindhäuser**

Rechtsgüterschutz durch Gefährdungsde-
likte

249

Kristian **Kühl**

Der Lehrbuchautor und seine Themen

269

Hans-Heiner **Kühne**

Menschenrechte und das Interesse an
einer effizienten Strafverfolgung

299

Wilfried **Küper**

Antreffen, Begegnen, Bemerken, Ertappen,
Wahrnehmen, Zusammentreffen. Sprache
und Recht beim „Betreffen“ auffrischer Tat
in § 252 StGB

313

Georg **Küpper**

Zum Verhältnis von Verfassungs- und
Strafgerichtsbarkeit

335

Wolfgang **Mitsch**

Verdeckungsmord mit Auslandsberührung

351

Harro **Otto**

Ethik, rechtlicher Rahmen und strafrechtli-
che Sanktionen beim unternehmerischen
Handeln

375

Joachim **Renzikowski**

Mala per se et delicta mere prohibita –
rechtsphilosophische Bemerkungen zum
Rückwirkungsverbot (Art. 7 EMRK)

407

Ruth **Rissing-van Saan**

Die Besetzungsreduktion der großen Straf-
kammern nach § 76 Abs. 2 GVG, § 33b
Abs. 2 JGG - als Dauerlösung tauglich?

431

Claus **Roxin**

Organisationssteuerung als Erscheinungs-
form mittelbarer Täterschaft

449

Hans-Dieter **Schwind**

Jugendliche Gewalttäter - Entwarnung
oder Warnsignale?

465

Rainer **Zaczyk**

Der Versuchsbeginn beim Prozessbetrug

485

Mark A. **Zöller**

Die transnationale Geltung des Grundsatzes
"ne bis in idem" nach dem Vertrag von
Lissabon

501

12. Strafrecht und Nebengebiete

REZENSION

Manfred Wernert

Internetkriminalität

Grundlagenwissen, erste Maßnahmen
und polizeiliche Ermittlungen

Stuttgart 2011

120 S., 16,80 €

ISBN 978-3-415-04652-8



Phishing, eBay-Betrug, Abofallen: Die Tricks der Online-Straftäter werden immer raffinierter und die Opferzahlen steigen rapide. Das Deliktsfeld der Internetkriminalität boomt. Dies belegt die aktuelle Polizeistatistik eindrucksvoll. Im Unterschied zum Trend bei der allgemeinen Kriminalitätsentwicklung weist der Bereich der Cyber-Kriminalität in der aktuellen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS 2009) steigende Fallzahlen auf. 206.909 verzeichnete Delikte im Internetbereich, dies entspricht einem Zuwachs von 23,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr, wobei von einem deutlich höheren Dunkelfeld in diesem Bereich der Kriminalität auszugehen ist, weil längst nicht alle Delikte zur Anzeige gebracht werden.

„Ubiquitous Computing“ heißt die Erklärung; beschrieben wird damit die Allgegenwärtigkeit der rechnergestützten Informationsverarbeitung. Mit dem Einzug von Computern, Laptops, internetfähigen Smartphones und Tablets in nahezu alle gesellschaftlichen Lebensbereiche, der steigenden Anzahl an Internetnutzern und der damit verbundenen aktuellen Kriminalitätsentwicklung, geht nicht zuletzt auch eine Veränderung der polizeilichen Aufgaben einher.

Mit der Anzeigenaufnahme und der Durchführung des „Ersten Angriffs“ sind regelmäßig die Polizeibeamten des Streifen dienstes befasst. Das Werk hat sich zum Ziel gesetzt, dem mit diesen Aufgaben konfrontierten Polizeibeamtenkreis strukturiert die hierfür erforderlichen Informationen und Kenntnisse zu vermitteln, insbesondere ein allgemeines Verständnis dieses Kriminalitätsphänomens, die rechtlichen Grundlagen, die Vornahme der

relevanten Feststellungen und die sachgerechte Sicherung digitaler Spuren und elektronischer Beweismittel.

Der Autor erläutert zunächst das Missbrauchspotenzial des Internets sowie den Begriff der IuK-Kriminalität im engeren und im weiteren Sinne. Er stellt die Polizeiorganisation und die -strategie dar, wobei er u.a. auf Internetwachen, die Internetrecherche, das Kompetenzzentrum Internetkriminalität (KIK) und vor allem auf die rechtlichen Grundlagen eingeht. Ferner vermittelt der Verfasser die Basics der IT-Technik hinsichtlich Hard- und Software sowie Begriff und Funktionsweise des Internets. Anschließend bespricht er die Gefährdungspotenziale von WLAN-Anschlüssen und das Tatmittel E-Mail. Nach Darstellung der Ermittlungsmethoden zur IP-Adresse und zur Domain geht der Autor im umfangreichsten Kapitel des Werkes auf die besonderen Aspekte der Sicherstellung elektronischer Beweismittel ein. Er handelt die gängigsten Datenträger (PC, Scanner/Drucker/Kombigeräte, Smartphones, usw.) ab und stellt jeweils dezidiert dar, was bei den verschiedenen Speichermedien zu beachten ist. In den Kapiteln 11-17 stellt er schließlich einzelne, typische Deliktsbereiche der Cyberkriminalität näher vor, z.B. das Verbreiten von Happy-Slapping-Videos oder kinderpornographischer Schriften, den Betrug bei Internetauktionen und die Phishingkriminalität. Dabei führt der Autor mögliche Straftatbestände an, die je nach Tatbegehung bei den einzelnen Deliktsfeldern in Betracht kommen und empfiehlt jeweils Maßnahmen, die von den ermittelnden Polizeibeamten zu treffen sind. Abschließend gibt er in Kapitel 18 einen kurzen Überblick darüber, wie

das Internet als Ermittlungshilfe eingesetzt werden kann. Ein Anhang mit den für die Bekämpfung der IuK-Kriminalität wichtigsten Gesetzesauszügen und Hinweisen auf Online-Angebote rundet das Werk ab.

Die Prägnanz der Erläuterungen, die verständliche Formulierung und die bebilderte Darstellungsweise belegen, dass das Werk in hohem Maße praxistauglich und praxistauglich ist. Der Autor gibt den mit Internetkriminalität konfrontierten, aber nicht darauf spezialisierten Polizeibeamten ein übersichtliches und für ein erstes Befassen mit dieser Thematik gut geeignetes Werk an die Hand, das Dank seiner Struktur auch als Nachschlagewerk fungieren kann. Es werden vor allem die Probleme behandelt, die die polizeiliche Praxis bestimmen. Leider fehlen jedoch ausreichende Vertiefungshinweise, die dem Leser - bei Bedarf - den Weg zu Urteilen oder Fachaufsätzen weisen könnten und die damit die Publikation sicherlich bereichern würden. Dennoch kann das Werk dem von ihm beabsichtigten Leserkreis mit Nachdruck empfohlen werden.

Ass. iur. Alexander Seidl, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Mediator (CVM), Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Sicherheitsrecht und Internetrecht (Prof. Dr. Heckmann), Universität Passau

12. Strafrecht und Nebengebiete

Henning Rosenau | Sangyun Kim

Straftheorie und Strafgerechtigkeit Deutsch-Japanischer Strafrechtsdialog

Frankfurt am Main 2010
240 S., 47.80 €
ISBN 978-3-631-61000-8



Toshikuni **Murai**

Lay Judges System in Japan
3

Arnd **Koch**

Laienbeteiligung im deutschen Strafverfahren Historische, dogmatische und vergleichende Perspektiven
15

Katsuyoshi **Kato**

Konsensuales Strafverfahren - insbesondere Opportunitätseinstellungen und Absprachen in Japan
31

Henning **Rosenau**

Die Absprachen im deutschen Strafverfahren
45

Makoto **Tadaki**

Zum Einfluss des Opferschutzes auf die Strafgesetzgebung (Strafrecht und Strafprozessrecht)
75

Joachim **Herrmann**

Die Entwicklung des Opferschutzes im deutschen Strafrecht und Strafprozessrecht - Eine unendliche Geschichte
89

Kazushige **Asada**

Funktion der Strafe und Maßregelbehandlung - Alternativen für die Gesellschaft im Gefühl der Unsicherheit in Japan
111

Arndt **Sinn**

Funktion von Strafen und Maßregeln - Alternativen vor dem Hintergrund eines wachsenden gesellschaftlichen Unsicherheitsgefühls in Deutschland und in Japan
121

Shinichi **Ishizuka**

Das neue Strafvollzugsgesetz in Japan - die Resozialisierungsfunktion der Strafe
137

Hans-Ludwig **Schreiber**

Die Resozialisierungsfunktion der Strafe
151

Sudo **Hyon**

Sicherheitsstrafrecht und Feindstrafrecht als strafrechtstheoretische Modelle in Deutschland und in Japan
155

Günther **Jakobs**

Zur Theorie des Feindstrafrechts
167

Yu **Kamon**

Strafrecht als ultima ratio - Neuere Gesetzgebung in Japan
183

Sangyun **Kim**

Anti-soziales Verhalten (anti-social behaviour) und die Funktion von Strafe
193

Tatjana **Hörnle**

Strafe als Reaktion auf grob anstößiges Verhalten am Beispiel von Bekenntnisschimpfungen und Holocaust-Leugnen
215

www.peterlang.com

BewHi	Bewährungshilfe - Fachzeitschrift für Bewährungs-, Gerichts- und Straffälligenhilfe	1/2011
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen	4/2011
GA	Goldammers Archiv für Strafrecht	2/2011
Kriminalistik	Kriminalistik - Zeitschrift für die gesamte kriminalistische Wissenschaft und Praxis	2/2011
MschrKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform	1/2011
NKP	Neue Kriminalpolitik - Forum für Praxis, Recht und Kriminalwissenschaft	1/2011
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht - Rechtsprechungsübersichten und neue Entscheidungen	3/2011
NStZ-RR	NStZ-Rechtsprechungsreport	3/2011
PStR	Praxis Steuerstrafrecht - Steuerverkürzung - Steuerfahndung - Steuerberatung - Strafverteidigung	3/2011
StraFo	Strafverteidiger-Forum	2-3/2011
StRR	StrafRechtsReport - Arbeitszeitschrift für das gesamte Strafrecht	2/2011
StV	Strafverteidiger	3/2011
SZK	Schweizerische Zeitschrift für Kriminologie - Revue Suisse de Criminologie (RSC)	1/2011
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht	3/2011
ZfStrVo	Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe - bis 1973: Zeitschrift für Strafvollzug	1/2011
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik - Online-Zeitschrift: www.zis-online.com	2/2011

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

REZENSION

Franziska Oberhardt

Die Aufsichtspflicht öffentlicher Einrichtungen nach § 832 BGB - im Spannungsfeld zur Amtshaftung.

Schriften zum Bürgerlichen Recht - BR 407

Berlin 2010

351 S., 92.00 €

ISBN 978-3-428-13364-2

Dr. Axel Schwarz, Moritzburg¹



„Schreckgespenst“²

Stellen Sie sich vor, Sie leiten einen Kindergarten und eines der Kinder wird von einem betrunkenen Elternteil abgeholt. Schlecht für Sie, denn damit tragen Sie die Verantwortung für eine möglicherweise haftungsschwangere Entscheidung. In einem solchen Fall können Sie auch nicht, was bisweilen fälschlicherweise besonders in Politik und Verwaltung als Führungsstärke verstanden wird, die Verantwortung auf eine subalterne Person abwälzen. Ähnliche Probleme können in zahlreichen öffentlichen Einrichtungen, besonders aus dem Bereich der Leistungsverwaltung auftauchen.

Dabei ist der Begriff der (öffentlichen) Einrichtung keineswegs auch nur einigermaßen klar definiert. Dieser Begriff entspringt der Alltagssprache und bezeichnet im Kern einen Punkt der Zurechnung. Die Einrichtung (ganz ähnlich wie der Begriff des Trägers, z.B. Heimträger: S. 206 ff) ist also etwas, das berechtigt und verantwortlich für die Ausführung einer Aufgabe ist, mehr nicht. Aus dem Begriff allein lassen sich keinerlei juristischen Rückschlüsse, z.B. auf Haftung oder Organisation oder der für diese Handelnden, ableiten. Dafür kommt es immer auf den

Bewertung	Ausgezeichnete Leistung
Inhalt	Praxis und Recht der Aufsicht öffentlicher Einrichtungen
Zielgruppe	Verantwortliche im Bereich von Kindertageseinrichtungen, Kinderheimen, öffentlichen Schulen und psychiatrischen Krankenhäusern, Rechtsanwälte, Richter, Verwaltungsjuristen und Wissenschaftler
Was kann man lernen?	Grundlagen und Details der Aufsichtspflicht in öffentlichen Einrichtungen, einschließlich Haftung und deren Vermeidung
Autor	Rechtsanwältin Dr. Franziska Oberhardt, Köln

konkreten Zusammenhang an, z.B. ob das konkrete Benutzungsverhältnis öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich ausgestaltet ist. Franziska Oberhardt stellt den Gebrauch des Begriffes im kommunalrechtlichen Kontext dar (S. 32) einschließlich aller möglichen Organisationsformen wie Anstalt des öffentlichen Rechts (S. 33), Regiebetrieb (S. 34), Eigenbetrieb (S. 35) sowie verschiedene Privatisierungsformen. Die Letzteren geraten in neuerer Zeit zunehmend unter Druck. Dazu gehören auch Privatisierungen von Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten können³, z.B. im Bereich der Daseinsvorsorge. Die Kritik des „Privatisierungswahns“⁴ wird leider nicht angesprochen, dafür aber die verschiedenen Formen der Privatisierung: Die Organisationsprivatisierung (S. 35) findet sich im Bereich der Daseinsvorsorge u.a. bei kommunalen Eigengesellschaften. Die funktionelle Privatisierung (S. 35) verschafft einem unabhängigen privaten Dritunternehmer einen Gewinn. In diesen

Fällen behält die Kommune ihre Verantwortung. Das soll wohl nach Oberhardt anders sein in den Fällen der materiellen Privatisierung (S. 36), weil hier „bereits keine öffentliche Einrichtung mehr“ vorliege. Vielleicht greift diese Sichtweise aus folgenden Gründen etwas zu kurz:

Da es – auch nach und trotz des neoliberalen Finanzcrashes – ganz munter mit dem finanziellen Aderlass des Staates und vor allem der Kommunen weitergeht⁵, z.B. mit Hilfe von Privatisierungen und Öffentlich-Privaten-Partnerschaften, liegt die Gefahr nahe, dass die verbleibenden Ressourcen rein tatsächlich nicht mehr zulassen, bestehenden Pflichten, einschließlich der Aufsicht, nachzukommen. Sollten dann nicht auch diejenigen, die diesen Zustand (z.B. personelle Unterbesetzung) zu verantworten haben, zur Rechenschaft zu ziehen sein? Darauf ist vor kurzem recht überzeugend Uwe Schultze-Sasse⁶ eingegangen.⁷ Diese Problematik geht über die Fragen des üblichen Organisationsverschuldens, das Oberhardt für die von ihr behandelten Bereiche analysiert, hinaus (im Bereich der Heime S. 208, 213 ff, der Schulen S. 223 f und der Krankenhäuser S. 238 ff). Jedenfalls lassen Oberhardts Ausführungen darauf schließen, dass organisatorische Unzulänglichkeiten nicht zu Lasten des Geschädigten führen sollten und nicht einmal haftungsmildernd

³ Näheres dazu in „Nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (0417 KRITIS-Strategie)“, <http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/544770/publicationFile/27031/kritis.pdf>.

⁴ Dieser Begriff findet sich z.B. unter <http://www.spiegel.de/video/video-1082550.html> im Zusammenhang mit Autobahnen.

⁵ Siehe die Kuselit-Rezension „Zombies“ zu: „Postneoliberale Rechtsordnung“, Schwerpunktthema im Rahmen einer grenzüberschreitenden Kooperation, Juridikum 4/2010 und Kritische Justiz 4/2010, ZID 2/2011 unter Nr. 27 (Politik – Geschichte – Philosophie – Soziologie), <http://www.kuselit.de/zid/pdf/201102.pdf>.

⁶ in seinem Aufsatz „Der Täter hinter dem Täter. Persönliche Verantwortung der ‚patientenfernen‘ Entscheider bei der gerichtlichen Würdigung von medizinischen Katastrophen in Zivil- und Strafprozessen“ Arztrecht (ArztR) 8/2010, 200 – 208.

⁷ Siehe die Kuselit-Rezension „Wächteramt“, zu: Winfried Kiewel / Peter Knösel / Ansgar Marx, Recht für soziale Berufe. Basiswissen kompakt, 6. erweiterte und aktualisierte Auflage 2010, Köln, Luchterhand, 568 Seiten, kartoniert, ISBN 978-3-472-07715-2, EUR 32,00, <http://www.kuselit.de/rezension/15984/Recht-fuer-soziale-Berufe.html> und ZID 46 / 2010 unter Nr. 14 Sozialrecht, <http://www.kuselit.de/zid/pdf/201046.pdf>

¹ <http://www.kulturlandschaft-moritzburg.de/Sehenswuerdigkeiten.1.html>. Die Internetadressen dieser Rezension wurden am 11.3.2011 abgerufen.

² Entlehnt von Alfons Hölzl, „Ich kann doch nicht überall sein!“ - was jede/r über Aufsichtspflicht wissen sollte“, in „Das Familienhandbuch des Staatsinstituts für Frühpädagogik (IFP)“, http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Fachbeitrag_a_Rechtsfragen/s_1012.html.

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

zu berücksichtigen sind (S. 171 ff). Gleichzeitig ergibt sich damit eine ganze Fülle schwieriger Rechtsfragen nicht nur im Bereich der Kindergärten und Kinderheime, sondern auch der öffentlichen Schulen und der psychiatrischen Krankenhäuser. Und das genau sind die vier Bereiche, die Oberhardt einer näheren Prüfung unterzieht. Ihre Studie ist wohl die erste, die diesen Fragen subtil und systematisch nachgeht. Dabei beschränkt sich die Autorin nicht auf die wissenschaftliche Auswertung der praxisrelevanten Rechtsprechung. Allein dies wäre schon anzuerkennen gewesen. Nein, Oberhardt betreibt gleichzeitig und stichprobenartig Feldforschung, sodass eine ständige Rückkopplung zwischen Theorie und Praxis für die höchstmögliche Richtigkeit der gefundenen Ergebnisse sorgt. Rechtsgrundlagen, Beweislast- und Haftungsverteilung werden ebenso gesichtet und analysiert wie die Maßstäbe, an denen sich eine ordentliche Erfüllung der Aufsichtspflicht orientieren kann und muss, entwickelt werden. Dabei bleibt die Abgrenzung zu vergleichbaren Rechtsinstituten, etwa die Elternhaftung nach § 832 BGB oder die Amtshaftung nach § 839 BGB, stets im Blickfeld der Autorin. Für alle vier untersuchten Bereiche (Kindergärten, Kinderheime, öffentliche Schulen und psychiatrische Krankenhäuser) lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen, von denen sich einige thesenartig und in zugespitzter Weise wie folgt festhalten lassen:

1. Es gibt praktisch keine „pflichtenreduzierende Übertragung der Aufsichtspflicht“ (S. 53 ff, 68)!
2. Für durch Aufsichtspersonal fahrlässig verursachte Schäden kann weder die deliktische noch die vertragliche Haftung ausgeschlossen werden (S. 251

ff, 270), auch nicht durch Allgemeine Geschäftsbedingungen (S. 285).

3. Die öffentliche Einrichtung unterliegt einer doppelten Beweislastumkehr: Verschuldensvermutung und Exkulpationsmöglichkeit (S. 271 ff, 284).

Noch interessanter sind natürlich die feinen Unterschiede innerhalb der untersuchten Bereiche. Wir beschränken uns hier auf die Aufsicht über Kinder:

Die Aufsichtspflicht des Kindergartens ist doppelter Natur. Zum einen erfolgt eine zivilrechtliche Ermächtigung, d.h. Teile des Personensorgerechts werden auf die Einrichtung übertragen (S. 70). Gleichzeitig existiert daneben die eigenständige, nicht übertragene Aufsichtspflicht (S. 71), die nicht so ohne weiteres als öffentlich- oder privatrechtlich zu qualifizieren ist. Oberhardt geht dieser Frage am Beispiel der Stadt Köln⁸ nach (S. 90, 99 ff), für die sie eine öffentlich-rechtliche Aufsichtspflicht annimmt. Man kann jedoch nicht sicher sein, ob das Ergebnis im Falle eines anderen Bundeslandes das gleiche wäre. Im Mengerverhältnis von elterlichem und öffentlichem Erziehungsauftrag wiederum dürfte das Elternrecht vorgehen (S. 79). Noch verwirrender und letztlich nicht geklärt ist der Rechtszustand im Bereich der Heimerziehung (S. 80 ff). Jedenfalls dürfte bei öffentlicher Unterbringung die Amtshaftung (§ 839 BGB) greifen, bei privatrechtlicher hingegen nicht (§ 832 BGB). Dass für den Weg von und zum Kindergarten immer die Personensorgeberechtigten die Verantwortung tragen entnimmt Oberhardt der Benutzungsordnung der Stadt Köln (S. 72). Aber das scheint nicht ganz so sicher zu sein, wie die am Anfang dieser Rezension geschilderte Fallgestaltung wohl nahelegen dürfte.

Einen breiten Raum nimmt die Darstellung des Umfangs der Aufsichtspflicht (S. 133 ff) ein. Für die Kindertageseinrichtungen allein sind es an die 180 Seiten! Da bleibt wohl kaum ein Aspekt unbeachtet, sei es zeitlich oder räumlich, das Alter und den Entwicklungsstand des Kindes betreffend und unter Einbeziehung (etwaig) gefährlicher Spielgeräte oder Aktivitäten (z.B. Schwimmen). Rund weitere 10 Seiten befassen sich speziell mit dem Umfang der Aufsichtspflicht in Kinderheimen (S. 200 ff), weitere 15 Seiten mit dem Umfang der Aufsichtspflicht in öffentlichen Schulen (S. 216 ff), während alle nur denkbaren Einflussgrößen auf psychiatrische Krankenhäuser auf zusätzlich 25 Seiten abgehandelt werden. Der Teil des Werkes, der sich detailliert und systematisch mit praktischen Einzelfragen der Aufsichtspflicht auseinandersetzt ist wichtig und nützlich für alle, die in öffentlichen Einrichtungen Verantwortung tragen. Aber auch der juristische Experte kommt auf seine Kosten:

Etwa das letzte Drittel des Werkes behandelt die juristischen Fragen der Haftung öffentlicher Einrichtungen (S. 251 ff), die Beweislastregel des 832 Abs. 1 Satz 2 BGB (S. 271 ff) und das Konkurrenzverhältnis zwischen privatrechtlicher Haftung und Amtshaftung (S. 286 ff) fundiert, systematisch und verständlich. Zum Schluss werden die wichtigsten Untersuchungsergebnisse zusammengefasst (S. 325 ff). Literatur- und Sachwortverzeichnis runden das Werk ab.

Im Ganzen: Eine feine Sache!

Dr. Axel Schwarz, Moritzburg

⁸ Zur Lage in Bayern siehe die Kuselit-Rezension „**Volksfrömmigkeitsformierung**“ zu Heike Jung und Simon Lehner, Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG). Praxishandbuch für Träger, pädagogisches Personal und Eltern, 2009, 2. Auflage, Boorberg Verlag, Stuttgart-München-Hannover-Berlin-Weimar-Dresden, 416 Seiten, ISBN 978-3-415-04304-6, <http://www.kuselit.de/rezension/15896/Bayerisches-Kinderbildungs-und-betreuungsgesetz-%28BayKiBiG%29.html> und ZID 39 / 2010 unter Nummer 5 (Landesrecht / Kommunalrecht), <http://www.kuselit.de/zid/pdf/201039.pdf>.

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

REZENSION

Anno Hamacher (Hrsg.)

Antragslexikon Arbeitsrecht

München 2010

ISBN 978-3-406-59381-9

329 S., 42,00 €



Schon der Titel des Buches legt nahe, dass es sich um ein Buch von und für Spezialisten handelt. Fünf Düsseldorf Arbeitsrichter zeigen auf rund 330 Seiten, welche Anträge die Prozesspartei oder der Rechtsanwalt oder Gewerkschafts- oder Verbandsvertreter (vgl. § 11 ArbGG) stellen muss, um zum gewünschten Ziel zu gelangen – und welche untunlich sind.

Auf den ersten Blick mag man sich fragen, ob es sich lohnt, einen solchen intellektuellen Aufwand für ein Sonderproblem des Arbeitsgerichtsprozesses zu betreiben. Die Autoren weisen aber zu Recht darauf hin, dass die richtige Formulierung des Antrags von zentraler Bedeutung für den Prozess ist – erweist sich etwa ein Urteilstenor erst in der Zwangsvollstreckung als zu unbestimmt, und deshalb nicht vollstreckbar, war der ganze Prozess sinnlos. Freilich: wird der Prozess durch den Arbeitsrichter verfahrensrechtlich zutreffend geführt, hat er gemäß § 139 Abs. 1 Satz 2 ZPO „dahin zu wirken“, dass die Parteien die „sachdienlichen Anträge stellen“. Was für die Partei der Sache dienlich ist, weiß allerdings in erster Linie die Partei oder ihr Prozessvertreter. So gesehen ergibt sich die richtige Antragstellung aus einem Zusammenwirken von Richter und Prozessvertreter – folglich sind diese die Hauptadressaten des Buches. Diese werden von den Autoren sachkundig und präzise durch den Dschungel der Antragstellung gelenkt.

Das Buch hat drei große Teile: Urteilsverfahren, Beschlussverfahren, Rechtsmittelverfahren. Im Teil 1 (Urteilsverfahren) beginnt das Buch mit einer systematischen Einleitung zu den Themen „Streitgegenstand“, „Klagearten“ und „Antragstellung“ und einem ABC der Anträge (von A

wie „Abmahnung“ bis Z wie „Zutritt zum Betrieb“). Es folgt im Teil 2 (Beschlussverfahren) ebenfalls eine systematische Einleitung und ein ABC der Anträge (von A wie AGG bis Z wie „Zuständigkeit Betriebsrat/Gesamtbetriebsrat/Konzernbetriebsrat“). Der Teil 3 (Rechtsmittelverfahren) beschränkt sich auf 22 Seiten. In diesem werden knapp die Berufung, die Revision, die Nichtzulassungsbeschwerde, die Revisionsbeschwerde, die Sofortige Beschwerde, die Anhörungsrüge und die Rechtsmittel im Beschlussverfahren dargestellt und hierbei die jeweils spezifischen Anträge integriert. Der umfangreichste Teil ist entsprechend der Bedeutung in der Praxis der Teil 1 zum Urteilsverfahren (217 Seiten). Die systematische Einleitung ist sehr anschaulich und praxisbezogen. Präzise wird der zweigliedrige Streitgegenstandsbegriff herausgearbeitet (Antrag plus Lebenssachverhalt). Trotz eines einheitlichen Zahlungsantrages können mehr Streitgegenstände vorliegen, so etwa, wenn in einem Antrag die Arbeitsvergütung für mehrere Monate eingeklagt wird, der Arbeitnehmer in dieser Zeit zeitweise gearbeitet hat, Urlaub hatte, arbeitsunfähig war und schließlich eine (rechtlich unwirksame) fristlose Kündigung ausgesprochen worden ist. In Wahrheit liegen dann (mindestens) vier verschiedene Streitgegenstände vor, was auch für die Zulässigkeit des Antrags (oder der Anträge) von Bedeutung ist, weil gemäß § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO zum notwendigen Inhalt der Klageschrift auch die Darlegung „des Grundes des erhobenen Anspruchs“ gehört (das meint den Lebenssachverhalt, nicht die rechtliche Subsumtion).

In dem „ABC der Anträge“ finden sich durchweg Hinweise auf die „richtigen“

Anträge mit konkreten Formulierungen vorschlagen, aber auch auf Anträge, die in der Praxis immer wieder vorkommen, aber unzulässig oder nicht zielführend sind (Negativbeispiele). Hier bleibt im Grunde keine Frage offen. Es finden sich auch Hinweise auf Anträge, die vielleicht naheliegender scheinen, wie etwa der Antrag, den Arbeitnehmer bei der Krankenkasse anzumelden, für die aber der Rechtsweg zu den Arbeitsgerichten nicht gegeben ist, wobei die Autoren eher zu der Auffassung neigen, dass ein solcher Antrag unzulässig sei, aber auf die Alternative hinweisen, einen Feststellungsantrag zu stellen („Es wird festgestellt, dass zwischen den Parteien seit dem ... ein Arbeitsverhältnis besteht.“).

Manchmal, aber nicht durchgehend, finden sich Hinweise zu speziellen Antragstellungen im Wege der einstweiligen Verfügung und zu Problemen bei der Bewilligung von Prozesskostenhilfe. Sehr restriktiv ist die in diesem Zusammenhang geäußerte Auffassung, dass bei Vergütungsansprüchen, die vom Arbeitgeber abgerechnet, aber nicht ausgezahlt sind, „regelmäßig“ die Beiordnung eines Rechtsanwalts nicht im Sinne des § 121 Abs. 2 ZPO erforderlich sei (S. 189). Das kann man mit guten Gründen anders sehen.

Ein Grundproblem des Konzepts des Antragslexikons muss jedoch angesprochen werden - das Verfahrensrecht ist kein Selbstzweck. Es dient vielmehr der Durchsetzung des materiellen Rechts. So gesehen scheint der Ansatz des Antragslexikons in seiner Fixierung auf die richtige Antragstellung und der Vernachlässigung des materiellen Rechts ein wenig eng. Noch eines Handbuches zum materiellen Arbeitsrecht, derer es schon viele gibt, aufgepeppt

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

um Antragsformulierungen bedarf es aber sicherlich nicht. Tunlich wäre es jedoch, bei einer Neuauflage des (dann erweiterten) Antragslexikons ausdrücklich und umfassend die Fragen der Darlegungs- und Beweislast mit einzubeziehen – jeder noch so wohlfeil formulierte Antrag geht ins Leere, wenn der Kläger nicht die maßgeblichen Tatsachen umfassend und schlüssig darlegt, die sein Klagebegehren stützen, möglicherweise in Verkennung dessen, was er vorzutragen hat. An der einen oder anderen Stelle wird das Problem im Antragslexikon erkannt und angesprochen, so etwa – wenn auch recht knapp - beim Stichwort „Überstunden“. Das sollte systematisch und durchgehend ausgebaut werden.

Vielleicht ist es auch „Geschmackssache“, ob man eine solche Ausweitung des Antragslexikons zu einem „Lexikon der Darlegungs- und Beweislast und richtigen Antragstellung“ möchte. Bezogen auf das Werk in seiner vorliegenden Version ist jedenfalls hervorzuheben, dass es den Autoren gelingt, die Probleme der Antragstellung im arbeitsgerichtlichen Verfahren durch die konkrete Darstellung von Positiv- und Negativbeispielen anschaulich zu machen. Die lexikalische Darstellung kommt gerade dem eiligen Leser entgegen, der – etwa beim Verfassen einer Klageschrift – nach schneller und zuverlässiger Hilfe sucht. Der Prozessvertreter, insbesondere der Anwalt erhält wertvolle Anregungen, aber auch

der Richter, der wegen seiner Hinweispflicht gemäß § 139 ZPO eine besondere Verantwortung für die richtige Antragstellung trägt und deshalb gerne auf das Antragslexikon zurückgreifen wird. Er kann sich darauf verlassen, zuverlässige und präzise Hinweise zu bekommen.

Thomas Lakies
Richter am Arbeitsgericht, Berlin

AA	Arbeitsrecht aktiv - Arbeitsrecht optimal gestalten und erfolgreich anwenden	3/2011
AP	Arbeitsrechtliche Praxis - Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts. Die Rechtsprechung des BAG und die arbeitsrechtlich bedeutsamen Entscheidungen anderer Gerichte mit erläuternden Anmerkungen (Neuserie IV)	3/2011
ArbR	Arbeitsrecht Aktuell - Informationen für die arbeitsrechtliche Praxis	4-6/2011
ArbRB	Der Arbeits-Rechts-Berater - Der Informationsdienst für die Beratungspraxis	2/2011
AuA	Arbeit und Arbeitsrecht - Die Zeitschrift für den Personal-Profi	3/2011
AuR	Arbeit und Recht - Zeitschrift für Arbeitsrechtspraxis, hrsg. vom DGB	3/2011
die BG	Die Berufsgenossenschaft Zeitschrift für Unfallversicherung in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik	2-3/2011
DÖD	Der öffentliche Dienst - Personalmanagement und Recht	2/2011
EBE/BAG	Eildienst Bundesgerichtliche Entscheidungen - BAG	5-6/2011
EzA-SD	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht Schnelldienst - Arbeitsrechtliche Sofortinformation	4-6/2011
FA	Fachanwalt Arbeitsrecht - Zeitschrift für die beratende und gerichtliche Praxis	3/2011
LGP	Löhne und Gehälter professionell Aktuelle Informationen und Praxisempfehlungen zu Lohnsteuer und Sozialversicherung	3/2011
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht - Zweiwochenschrift für die betriebliche Praxis	4-5/2011
NZA-RR	Rechtsprechungsreport Arbeitsrecht	3/2011
öAT	Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht	3/2011
PERSONAL	PERSONAL - Zeitschrift für Human Resource Management	3/2011
PERSONAL- magazin	PERSONALmagazin - Management, Recht und Praxis	3/2011
PersV	Die Personalvertretung Fachzeitschrift des gesamten Personalwesens für Personalvertretungen und Dienststellen	3/2011
RdA	Recht der Arbeit	1/2011
RiA	Recht im Amt - Zeitschrift für den öffentlichen Dienst	1/2011

13. Arbeitswelt | Arbeitsrecht

SAE	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen	1/2011
sis	Arbeitsschutz aktuell (sicher ist sicher) - Fachzeitschrift für Sicherheitstechnik, Gesundheitsschutz und menschengerechte Arbeitsgestaltung	3/2011
SPA	Schnellbrief für Personalwirtschaft und Arbeitsrecht Aktuelle Gesetzgebung, neue Rechtsprechung und alle wichtigen Trends für die Personalarbeit	5-6/2011
Weiterbildung	Zeitschrift für Grundlagen, Praxis und Trends	1/2011
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht	3/2011
ZTR	Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes	2-3/2011

14. Sozialrecht

Heinz Barta | Thomas Radner
Linda Rainer

Analyse und Fortentwicklung im Arbeits-, Sozial- und Zivilrecht

Festschrift für Martin Binder

Wien 2010
904 S., 124.50 €
ISBN 978-3-7073-1477-9

Peter Apathy
Die Sachverständigenhaftung nach dem
BTVG

Heinz Barta
De mortuis nihil nisi bene – Postmortaler
Persönlichkeitsschutz in
der Antike

Christine Baur
Die Anwältin für Gleichbehandlung

Bernhard Eccher
Vererblichkeit des Anerbenrechts?

Constanze Fischer-Czermak
Vermächtnisvertrag und Schenkung auf
den Todesfall

Ferdinand Kerschner
Haftungsminderung für Vereinsfunk-
tionäre? – Im Spannungsfeld zwischen
VereinsG 2002, DHG und Gesellschaftsre-
cht

Dominik Kocholl
Zur Makrodogmatik der Verschuldenshaf-
tung

Peter Pernthaler
Das Zivilrecht als „Mutter des Re-
chtsstaates“

Raimund Pittl | Nicolaus Niedrist
Interessenwahrungspflicht und Wei-
sungsgebundenheit des Wohnungseigen-
tums-Verwalters

Alexander Reidingner
Die dinglich wirkende Einrede

Hubertus Schumacher
Die „Berufung auf die erteilte Vollmacht“



Martin Schauer
§ 786 Satz 2 ABGB zwischen Schuldver-
hältnis und Gemeinschaft

Andreas Schwartze
Der Anspruch des Gläubigers auf Verzin-
sung gegenüber säumigen Geldschul-
dern in einem entstehenden Europäischen
Privatrecht – Probleme eines zweispurigen
Regelungssystems im Draft Common
Frame of Reference

Rudolf Welser
Der „nicht geringfügige Mangel“ in der
Judikatur des OGH

Florian Burger
Urlaubsvergriff und Rückforderung

Johann Egger
Die (erweiterte) Gleichbehand-
lungsrichtlinie 2004/113/EG der EU und
ihre Umsetzung im österreichischen Recht

Julia Eichinger
Ausgewähltes zum Arbeitszeugnis

Konrad Grillberger
Zum Konkurrenzverbot für Spitalsärzte

Günther Löschnigg
Die arbeitsrechtliche Stellung der Univer-
sitätslektoren nach dem
Universitätsrechts-Änderungsgesetz 2009

Peter Mayr
Die Zwangsmediation im Berufsausbil-
dungsrecht

Teresa Neumayr | Matthias Neumayr
Freiwilliges Engagement und Arbeitsrecht

Luca Nogler
Die typologisch-funktionale Methode am
Beispiel des Arbeitnehmerbegriffs

Walter J. Pfeil
Befristete Arbeitsverhältnisse an Univer-
sitäten

Thomas Radner
Der Entgeltrückersatz bei Ausbildungskos-
ten – Rückerstattungsvereinbarungen

Gert-Peter Reissner
Das Widerspruchsrecht bei Betriebsüber-
gang

Reinhard Resch
Wochenruhe bei Springerdienst und Ruf-
bereitschaft an Sonntagen

Martin Risak
Die Interessenabwägung bei der Elternteil-
zeit mit Rechtsanspruch

Werner Wagnest
Die Kündigungsanfechtungstatbestände
außerhalb des ArbVG

Jürgen Berger
Betriebsratsfonds und Arbeiterkammern

Wolfgang Däubler
Der Transfersozialplan und seine Finan-
zierung

Monika Drs
Die freie Betriebsvereinbarung

Helmut Engelbrecht
Der sachliche Geltungsbereich des § 96 a
Abs 1 Z 2 ArbVG – Eine rechtliche Ana-
lyse mit Blick auf die Praxis

Mehr zum Inhalt finden Sie auf:

www.lindeverlag.at

14. Sozialrecht

br	Behindertenrecht - Fachzeitschrift für Fragen der Rehabilitation. Erscheint unter Mitwirkung der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Hauptfürsorgestellen mit besonderer Berücksichtigung der Gebiete Schwerbehindertenrecht - Kriegsopferversorgung - Kriegsopferfürsorge	1/2011
Breith.	Breithaupt (Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht) Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht	2/2011
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts	Bd. 106 1-2/2011
BtPrax	Betreuungsrechtliche Praxis - Zeitschrift für soziale Arbeit, gutachterliche Tätigkeit und Rechtsanwendung in der Betreuung, hrsg. i.V.m. dem Vormundschaftsgerichtstag e.V. (Hamburg)	1/2011
FEVS	Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte	3/2011
info-also	Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht Arbeitsförderung Grundsicherung Sozialhilfe Rechtsentwicklung Rechtsschutz	1/2011
JAmT	Das Jugendamt - Zeitschrift für Jugendhilfe und Familienrecht (Mitgliederzeitschrift des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJuF))	1-2/2011
JMSR	Jugend-Medien-Schutz-Report Fachzeitschrift zum Jugendmedienschutz mit Newsletter - vormals BPS-Report	1/2011
Jugendhilfe	Jugendhilfe	1/2011
KrV	Die Krankenversicherung - hrsg. vom IKK-Bundesverband	2-3/2011
NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge	2-3/2011
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht Monatsschrift für die betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis	4-6/2011
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens Zeitschrift für Schule, Berufsbildung und Jugendernziehung	2010
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit	3/2011
SOZIALwirtschaft	Zeitschrift für Sozialmanagement	2/2011
SOZIALwirtschaft aktuell	Infodienst für das Management in der Sozialwirtschaft	3-5/2011
SozPr	Soziale Probleme	2/2010
SRA	SozialRecht aktuell - Materialien zur Sozialberatung, hrsg. vom Caritasverband Diözese Münster	1/2011
VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht	5/2010
ZESAR	Zeitschrift für Europäisches Sozial- und Arbeitsrecht	3/2011
ZfF	Zeitschrift für das Fürsorgewesen	2/2011
ZfSH/SGB	Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch - Sozialrecht in Deutschland und Europa	3/2011
ZKJ	Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe - Rechtsanwendung in der Praxis - Beratung Mediation - gutachterliche Tätigkeit interdisziplinär aktuell verständlich	2/2011
ZSR	Zeitschrift für Sozialreform	1/2011

15. Wirtschaftsrecht

AG	Die Aktiengesellschaft - Zeitschrift für das gesamte Aktienwesen, für deutsches, europäisches und internationales Unternehmens- und Kapitalmarktrecht	5-6/2011
AR	Der Aufsichtsrat Fachinformationen für verantwortungsvolle Überwachung und Beratung von Unternehmen	3/2011
AW-Prax	Außenwirtschaftliche Praxis - Zeitschrift für Außenwirtschaft in Recht und Praxis	2/2011
BB	Betriebs-Berater - Zeitschrift für Recht und Wirtschaft	9-13/2011
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift - Zeitschrift der Haftungsvermeidung im Unternehmen	2/2011
DB	DER BETRIEB - Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht	8-11/2011
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht	3/2011
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht	4-6/2011
GeS	Zeitschrift für Gesellschaftsrecht und angrenzendes Steuerrecht (Österreich)	1/2011
GewArch	Gewerbearchiv - Zeitschrift für Gewerbe- und Wirtschaftsverwaltungsrecht	3/2011
GmbH-StB	GmbH-Steuerberater - Informationsdienst für die Beratungspraxis von GmbH und GmbH & Co.	3/2011
GmbHHR	GmbH-Rundschau - Gesellschafts- und Steuerrecht der GmbH und GmbH & Co.	5-6/2011
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht - Handels- und Gesellschaftsrecht, Kapitalmarktrecht,	4-5/2011
IHR	Internationales Handelsrecht - Zeitschrift für das Recht des internationalen Warenkaufs- und vertriebs	1/2011
InsbürO	Zeitschrift für das Insolvenzbüro - Personalwesen Organisation Tabellenführung, Treuhandschaft, Verbraucherinsolvenz, Vergütung, Rechnungswesen Verwertung	3/2011
IWB	Internationale Wirtschafts-Briefe - Zeitschrift für internationales Steuer- und Wirtschaftsrecht	4-5/2011
Konzern	Der Konzern - Zeitschrift für Gesellschaftsrecht, Steuerrecht, Bilanzrecht und Rechnungslegung der verbundenen Unternehmen	1-2/2011
KSI	Krisen-, Sanierungs- und Insolvenzberatung - Wirtschaft Recht Steuern	2/2011
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrech - Das gesamte Recht der Kapital- und Personengesellschaften	6-8/2011
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenzrecht und Sanierung Das gesamte Recht der Unternehmens- und Verbraucherinsolvenz	4-5/2011
OstEurW	Osteuropa - Wirtschaft - hrg. im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.	4/2011
PU	Praxis Unternehmensrecht - Gestalten, beraten, Prozesse führen	3/2011
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft - Betriebsberater-International	3/2011
SWI	Steuer & Wirtschaft International (Österreich) - Tax and Business Review	3/2011
SWK	Steuer- und Wirtschaftskartei (Österreich)	6-9/2011
US-Export- bestimmungen	Informationsdienst US-Exportbestimmungen	3/2011
VIA	Verbraucherinsolvenz aktuell	2/2011
VuR	Verbraucher und Recht - Zeitschrift für Wirtschafts- und Verbraucherrecht	2-3/2011
wbl	Wirtschaftsrechtliche Blätter - Zeitschrift für österreichisches und europäisches Wirtschaftsrecht	2-3/2011
WiRO	Wirtschaft und Recht in Osteuropa Zeitschrift zur Rechts- und Wirtschaftsentwicklung in den Staaten Mittel- und Osteuropas	3/2011
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht	1/2011
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht	1/2011
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht - mit Beihefter: Insolvenzreport	9-13/2011
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis - (bis 1980: Insolvenzrecht)	8-12/2011

16. Wettbewerbsrecht | Kartellrecht

WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis - Offizielles Organ der Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e.V.	3/2011	16
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb - Zeitschrift für deutsches und europäisches Wettbewerbsrecht - Journal of German and European Competition Law - Journal du Droit Allemand et Européen de la Concurrence	3/2011	16
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht - Journal of Competition Law	1/2011	16

Andreas Bombien

Der Wettbewerbliche Dialog

Rechtliche Analyse und Vergleich mit dem Verhandlungsverfahren

Hamburg 2011
346 S., 95.00 €
ISBN 978-3-8300-5522-8



Das Vergaberecht zwingt die öffentliche Hand dazu, ihre Beschaffungsmaßnahmen in bestimmten förmlichen Vergabeverfahren durchzuführen. Den öffentlichen Auftraggebern stehen dabei für die oberhalb der Schwellenwerte liegenden Aufträge traditionell das Offene Verfahren, Nichtoffene Verfahren und das Verhandlungsverfahren zur Verfügung. Durch Erlass der Vergabekoordinierungsrichtlinie 2004/18 hat der Gemeinschaftsgesetzgeber mit dem Wettbewerblichen Dialog eine weitere Möglichkeit, öffentliche Aufträge oberhalb der festgelegten Schwellenwerte zu vergeben, geschaffen. Der deutsche Gesetzgeber ist dem mit Erlass des ÖPP-Beschleunigungsgesetzes im Jahr 2005 gefolgt. Es handelt sich beim Wettbewerblichen Dialog um ein Verfahren, das für die Vergabe besonders komplexer Aufträge konzipiert ist. Im Gegensatz zu den anderen Verfahrensarten bietet der Wettbewerbliche Dialog den praktischen Vorteil, mit den Verfahrensbeteiligten Verhandlungen über den Auftragsgegenstand bereits vor Abgabe der Angebote führen zu können. Nach einer Einführung in das europäische und nationale Vergaberecht, die bereits das Vergabemodernisierungsgesetz und die Novellierungen der Vergabeverordnung sowie der Verdingungsordnungen beinhaltet, widmet sich der Verfasser eingehend dem Wettbewerblichen Dialog.

Unter Berücksichtigung der Entstehungsgeschichte und dem Sinn und Zweck des Verfahrens untersucht der Verfasser den Anwendungsbereich des Wettbewerblichen Dialogs und den Verfahrensablauf. Besondere Beachtung finden in der Untersuchung die Abgrenzung des Wettbewerblichen Dialogs zum bereits etablierten Verhandlungsverfahren, die Auslegung und Konkretisierung des Merkmals „besonders komplexer Auftrag“, der Schutz der eingereichten Lösungsvorschläge sowie die Frage, ob bei der Durchführung mehrerer Dialogrunden bereits ausgeschiedene Lösungsvorschläge in einer späteren Phase wieder ins Verfahren einbezogen werden dürfen.

Im weiteren Verlauf der Studie geht der Verfasser auf das traditionelle Verhandlungsverfahren ein und stellt den Anwendungsbereich und Verfahrensablauf kurz dar, um es sodann dem Wettbewerblichen Dialog gegenüberzustellen und die jeweiligen Vor-/Nachteile herauszuarbeiten. Der Verfasser kommt schließlich zum Ergebnis, dass der Wettbewerbliche Dialog aufgrund der frühzeitigen Einbindung der Unternehmen ein flexibles und notwendiges Verfahren darstellt, um besonders komplexe Aufträge vergeben zu können.

www.verlagdrkovac.de

Beatrice Brunner

Wettbewerb im Stromnetz

Der Netzanspruchsanspruch nach § 17 EnWG

Baden-Baden 2011
612 S., 119.00 €
ISBN 978-3-8329-6027-8



Das Werk bietet die erste ausführliche Kommentierung zum Netzanschluss nach § 17 EnWG: Detailliert werden die Kernpunkte des Anschlusses der verschiedenen Berechtigten an das Stromnetz erläutert. Zahlreiche Fallgruppen werden dargestellt, um anschaulich die Verweigerung eines Anschlusses zu erörtern. Die Autorin verarbeitet auch die relevanten Entscheidungen der Bundesnetzagentur und der Oberinstanzgerichte.

Die Publikation ist eine praxisnahe Einführung in das wettbewerbsrechtliche Thema des Netzanschlusses an das Stromnetz. Die Nebengesetze (EEG, KraftNAV) und die europarechtlichen Bezüge werden zugänglich gemacht, z.B. Art. 102 AEUV oder die Europarechtskonformität der Objektnetz Ausnahme sowie das Ownership Unbundling (eigentumsrechtliche Entflechtung). Die Autorin erläutert auch umfassend die Verweigerungsgründe, die der Netzbetreiber gegen einen Anschluss vorbringen kann. Die Bedingungen des Anschlusses und der Anschlussanspruch in seiner Rechtsnatur werden ebenso betrachtet.

www.nomos-shop.de

17. Gewerblicher Rechtsschutz

Jürgen Basedow

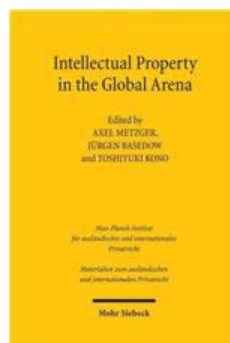
Intellectual property in the global arena

jurisdiction, applicable law,
and the recognition of judgments
in Europe, Japan and the US

Tübingen 2010

404 S., 84.00 €

ISBN 978-3-16-150444-0



Jürgen **Basedow**

Foundations of Private International Law
in Intellectual Property

François **Dessemontet**

The ALI Principles: Intellectual Property in
Transborder Litigation

Paulius **Jurcys** | Simon **Vande Walle**

Summary of Discussion on Foundations

Christian **Heinze**

A Framework for International Enforce-
ment of Territorial Rights: The CLIP Prin-
ciples on Jurisdiction

Shigeki **Chaen** | Toshiyuki **Kono**

Dai **Yokomizo**

Jurisdiction in Intellectual Property Cases:
The Transparency Proposal

Paulius **Jurcys** | Yuko **Nishitani**

Simon Vande **Walle**

Summary of Comments and Discussion
on International
Jurisdiction

Axel **Metzger**

Applicable Law under the CLIP Principles:
A Pragmatic Reevaluation of Territoriality

Ryu **Kojima** | Ryo **Shimanami**

Mari **Nagata**

Applicable Law to Exploitation of Intellec-
tual Property Rights in the Transparency
Proposal

Paulius **Jurcys** | Simon **Vande Walle**

Summary of Comments and Discussion
on Applicable Law

Pedro A. **de Miguel Asensio**

Recognition and Enforcement of Judg-
ments in Intellectual Property Litigation:
The CLIP Principles

Toshiyuki **Kono** | Nozomi **Tada**

Miho **Shin**

Recognition and Enforcement of Foreign
Judgments Relating to IP Rights and Unfair
Competition

Paulius **Jurcys**/Simon **Vande Walle**

Summary of Comments and Discussion on
Recognition and Enforcement

www.mohr.de

BIPMZ	Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen - Hrsg. v. Deutschen Patent- und Markenamt	3/2011
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht	3/2011
GRUR-Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht - Internationaler Teil	3/2011
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht - Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht	4-6/2011
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Rechtsprechungsreport - vereinigt mit NJW-WettbR	3/2011
IP kompakt	Informationsdienst IPkompakt Gewerblicher Rechtsschutz für die patent- und rechtsanwaltliche Praxis	3/2011
MarkenR	Zeitschrift für deutsches, europäisches und internationales Markenrecht	2/2011
Mitt.	Mitteilungen der deutschen Patentanwälte - Hrsg. vom Vorstand der Patentanwaltskammer	2/2011
ZGE	Zeitschrift für Geistiges Eigentum - Intellectual Property Journal	4/2010
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht - Urheberrecht Verlagsrecht Rundfunkrecht Presserecht Mediendiensterecht Telediensterecht Telekommunikationsrecht	2-3/2011
ZUM-RD	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht - Rechtsprechungsdienst	2/2011

18. Steuerrecht

AFS	Zeitschrift für Abgaben-, Finanz- und Steuerrecht - Berufungsentscheidungen	1-2/2011
AO-StB	Der AO-Steuer-Berater Strategien für Steuerverfahren Betriebsprüfung Rechtsschutz Steuerstrafrecht	2-3/2011
AStW	Aktuelles aus dem Steuer- und Wirtschaftsrecht	3/2011
BFH/NV	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs Mit allen amtlich veröffentlichten und den nicht amtlich veröffentlichten Entscheidungen	3/2011
BFH/PR	BFH-Richter kommentieren für die Praxis	3/2011
BFHE	Entscheidungen des BFH	Bd. 230 / 2010
BiB	Beraterpraxis im Blickpunkt - Aktuelle Informationen für die steuerliche Beratung	2/2011
DStR	Deutsches Steuerrecht - Wochenschrift für Steuerrecht, Wirtschaftsrecht und Betriebswirtschaft / Organ der Bundessteuerberaterkammer	8-11/2011
DStRE	DStR-Entscheidungsdienst Die Steuer-Rechtsprechung von EuGH, BVerfG, BFH (mit NV-Urteilen) und FG	4-5/2011
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung In Zusammenarbeit mit: Arbeitsgemeinschaft der Fachanwälte für Steuerrecht e.V.	5-6/2011
EC TAX REVIEW	EC Tax Review	6/2010
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte	4-6/2011
ErbBstg	Erbfolgebesteuerung Informationsdienst für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte und Notare	3/2011
ErbStB	Der Erbschaft-Steuer-Berater Steuroptimierung bei Vermögensaufbau, Altersvorsorge, Vermögensnachfolge, Erbfallgestaltung	3/2011
EStB	Der Ertrag-Steuer-Berater - Informationsdienst für ESt - KSt - GewSt - UmwSt - ErbSt	2/2011
finanzen.steuern kompakt	finanzen.steuern kompakt - Fachmagazin für die betriebliche Praxis	3/2011
FR	Finanz-Rundschau Ertragsteuerrecht - ESt - KSt - GewSt - UmwSt - ErbSt	5-6/2011
FStR	IFF Forum für Steuerrecht - Institut für Finanzwissenschaft und Finanzrecht, Universität St. Gallen	1/2011
FStR	IFF Forum für Steuerrecht - Institut für Finanzwissenschaft und Finanzrecht, Universität St. Gallen	1/2011
GmbH-Stpr	GmbH-Steuerpraxis Gestaltungsempfehlungen für die GmbH-Praxis - Steuern, Vergütung, Haftung	3/2011
GStB	Gestaltende Steuerberatung Informationsdienst für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte	3/2011
HFR	Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung	2-3/2011
Intertax	Intertax	12/2010
Intertax	Intertax	1/2011
IStR	Internationales Steuerrecht Monatsschrift für europäische und internationale Steuer- und Wirtschaftsberatung	5-6/2011
KÖSDI	Kölner Steuerdialog - Fortsetzung der Kölner Steuerinformation	3/2011
KSR direkt	Kommentiertes Steuerrecht >> direkt Der monatliche Infodienst zu Rechtsprechung und Verwaltungsanweisungen	3/2011
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe - Zeitschrift für Steuer- und Wirtschaftsrecht	9-12/2011
NWB direkt	Neue Wirtschafts-Briefe - direkt - Der wöchentliche Infodienst für Steuerberater	8-12/2011

18. Steuerrecht

PIStB	Praxis Internationale Steuerberatung Auslandsinvestitionen - Auslandsentsendung - Inbound-Aktivitäten	3/2011
RdW	Das Recht der Wirtschaft - Kurzreport aus Steuern und Recht	4-6/2011
stak	Steuer aktuell - Das Eil-Info im Steuerrecht	5-6/2011
StB	Der Steuerberater - Zeitschrift für Beruf und Praxis / Organ der Bundessteuerberaterkammer	3/2011
StBMag	Steuerberater Magazin - Branche - Kanzlei - Mensch	3/2011
StBp	Die steuerliche Betriebsprüfung - Fachorgan für die Wirtschafts- und Prüfungspraxis	3/2011
StBW	Die Steuerberater-Woche - Gesetze - Urteile - Erlasse - Literatur - Überblick	5-6/2011
StC	SteuerConsultant - Die kompakte Information für steuer- und wirtschaftsberatende Berufe	3/2011
steueranwalts- magazin	Steueranwaltsmagazin - Arbeitsgemeinschaft Steuerrecht im Deutschen Anwaltverein	1/2011
SteuerStud	Steuer & Studium - Zeitschrift für die Aus- und Fortbildung im Steuerrecht	3/2011
Steufa-Z	Zeitschrift für Steuerfachangestellte	66/2011
SteuK	Steuerrecht kurzgefaßt - Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung im Fokus der Praxis	4-5/2011
STFA	Die Steuerfachangestellten - Zeitschrift für Aus- und Weiterbildung	3/2011
StSem	Steuer-Seminar - Praktische Fälle des Steuerrecht	3/2011
StuB	Steuern und Bilanzen - Zeitschrift für das Steuerrecht und die Rechnungslegung der Unternehmen	4-5/2011
StuW	Steuer und Wirtschaft - Zeitschrift für die gesamten Steuerwissenschaften	1/2011
StX	Steuer-Telex - Kommentiertes Steuerrecht im Überblick	8-12/2011
Ubg	Die Unternehmensbesteuerung	2/2011
UR	Umsatzsteuer-Rundschau - Hrsg. in Verbindung mit dem UmsatzsteuerForum e.V.	5-6/2011
UStB	Der Umsatz-Steuerberater - Der Informationsdienst für die umsatzsteuerliche Beratungspraxis	3/2011
UVR	Umsatzsteuer- und Verkehrsteuer-Recht	2-3/2011
WISO-Steuer- Brief	WISO-SteuerBrief	3/2011
ZfZ	Zeitschrift für Zölle und Verbrauchssteuern - Außenwirtschaft - Finanzpolitik - Marktordnung	2-3/2011
Zoll-Profi	Der Zoll-Profi - Export, Import und Steuern. Kompakt für den Praktiker	3/2011

19. Umwelt | Agrar | Energie

ZEITSCHRIFTENPORTRAIT



I+E Zeitschrift für Immissionsschutzrecht und Emissionshandel

Die neue Zeitschrift I+E beleuchtet zweimonatlich die aktuellen Entwicklungen des Immissionsschutzrechts, des technischen Immissionsschutzes sowie des Emissionshandels. Neben der Ausweitung des Emissionshandels werden insbesondere die Zusammenhänge zwischen der Handelspflicht und der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung betrachtet.

Testen Sie die I+E und lesen Sie die erste Ausgabe kostenfrei.

Inhaltsübersicht Heft 1

- Christian **Zimmermann**
Gernot-Rüdiger **Engel**
Emissionshandelspflicht und Biomasse –
Die Ausnahmevorschrift des § 2 Abs.5
Alt.2 TEHG
- Dr. Gernot **Schiller**
Der Schutz von Anlagenbetreibern vor
Informationsansprüchen nach dem UIG
- Achim **Halmschlag**
Zukünftige Überwachung von Industrie-
anlagen nach der Industrie-Emissionsricht-
linie (IED)

Hans-Jürgen **Müggenborg**
Schutzansprüche der gewerblichen Nach-
barn im Industriepark

Jürgen **Millat**
Der Projektmanager nach §2(2) Ziffer 5
9.BImSchV – Erfahrungen aus der Praxis
von Genehmigungsverfahren

Stefan **Birkner**
Ausbau der Erneuerbaren Energien und
der Netze in Niedersachsen

www.lexxion.de

AbfallR	Recht der Abfallwirtschaft - Zeitschrift für Recht und Praxis der Abfallentsorger	1/2011
altlasten spektrum	altlasten spektrum - Organ des ITVA	1/2011
AuUR	Agrar- und Umweltrecht - Zeitschrift für das gesamte Recht der Landwirtschaft, der Agrarmärkte und des ländlichen Raumes	2/2011
Bodenschutz	Erhaltung, Nutzung und Wiederherstellung von Böden - Organ des BVB	1/2011
EPL	Environmental Policy and Law - The Journal for the Decision-Maker	6/2010
I+E	Zeitschrift für Immissionsschutzrecht und Emissionshandel	1/2011
Immissionsschutz	Zeitschrift für Luftreinhaltung, Lärmschutz, Anlagensicherheit, Abfallverwertung und Energienutzung	1/2011
IR	InfrastrukturRecht - Energie Verkehr Abfall Wasser	3/2011
J.P.L.	Journal of Planning & Environment Law	1-3/2011
N&R	Netzwirtschaften & Recht - Energie, Telekommunikation, Verkehr und andere Netzwirtschaften	1/2011
RdE	Recht der Energiewirtschaft - 1979-1991: Recht der Elektrizitätswirtschaft	3/2011
REACH NAVIGATOR	Informationsdienst für den Umgang mit Chemikalien in der Unternehmenspraxis	2-3/2011
UPR	Umwelt- und Planungsrecht - Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis	3/2011
UVP-report	UVP-report - Informationen zu Umweltverträglichkeitsprüfung, Umweltmanagement und nachhaltiger Entwicklung	5/2010
ZfU	Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht Beiträge zur rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Umweltforschung	1/2011
ZfW	Zeitschrift für Wasserrecht Deutsches und internationales Umweltschutzrecht in den Bereichen Wasser und Abfall	2/2011
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht - Das Forum für Umwelt und Recht	3/2011

Für die Fachpresse

Hans D. Jarass (Hrsg.)

Einzelhandel und Planungsrecht

DER JURISTISCHE VERLAG
lexxion
BERLIN

Lexxion Verlagsgesellschaft mbH
Güntzelstr. 63
10717 Berlin

Telefon +49 - 30 - 81 45 06 - 26
Fax +49 - 30 - 81 45 06 - 22
Email suck@lexxion.de
www.lexxion.de



Lexxion Verlag

Auflage: 1. Auflage
Erschienen: 2011
Preis: 28,00 EUR
Seiten: 124

Sachgebiete: Bauleitplanung, Raumordnung, Planungsrecht
Reihe: Beiträge zum Raumplanungsrecht, Band 242

ISBN 978-3-86965-162-0

Inhalt

Die Ansiedlung von Einzelhandel ist in den Kommunen in den vergangenen Jahren zunehmend eingeschränkt worden. Ihre Steuerung durch Raumordnung und Bauleitplanung soll der Verödung der Innenstädte und dem Flächenverbrauch auf der „grünen Wiese“ entgegenwirken. Das Zentralinstitut für Raumplanung setzte sich in seinen Veranstaltungen im Sommer 2010 mit Möglichkeiten und Grenzen des Planungsrechts bei der Einzelhandelssteuerung auseinander. Dabei wurden die baurechtlichen Regelungen über die Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche und deren Praxistauglichkeit untersucht, die Festlegung von Verkaufsflächenobergrenzen im Bebauungsplan umfassend beleuchtet sowie die Steuerungsmöglichkeiten der Raumordnung hinterfragt. Zudem stand die Frage der Vereinbarkeit von raumplanerischen Festlegungen zur Einzelhandelssteuerung mit der unionsrechtlichen Niederlassungsfreiheit im Blickfeld.

Das Zentralinstitut für Raumplanung macht traditionsgemäß mit dem vorliegenden Tagungsband sämtliche Vorträge und die Zusammenfassungen der Diskussionen sowohl der Veranstaltung am 22. Juni 2010 als auch der am 31. August 2010 der interessierten Öffentlichkeit zugänglich.



Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster Beiträge zum Raumplanungsrecht



Näheres zur Reihe "Beiträge zum Raumplanungsrecht" und weitere Beiträge finden Sie unter www.lexion.de.

Band 240

Hendrik Schoen

Interkommunale Abstimmung in der Bauleitplanung

Das vorliegende Gutachten beleuchtet zum einen das traditionelle Verständnis des Gebotes interkommunaler Abstimmung in § 2 Abs. 2 BauGB auf der Grundlage der so genannten „Krabbenkamp“-Formel des Bundesverwaltungsgerichts. Zum anderen werden die Implementierung der Ziele der Raumordnung sowie der Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche in § 2 Abs. 2 S. 2 BauGB in das Blickfeld genommen. Das Ergebnis ist eine konturenscharfe Einordnung der interkommunalen Abstimmung in das System der Bauleitplanung und – damit verwoben – der überörtlichen Gesamtplanung.

Band 241

Johannes Grüner

Planerischer Störfallschutz

Die vorliegende Untersuchung setzt sich umfassend mit den europäischen und deutschen Vorgaben für den planerischen Störfallschutz auseinander. Neben Anwendungsbereich und Regelungsinhalt der Vorschriften wird insbesondere untersucht, inwiefern das hergebrachte Verständnis von § 50 S. 1 BImSchG noch zutreffend ist. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Erarbeitung der Mittel für die Umsetzung der recht detaillierten Vorgaben, getrennt nach Gesamt- und Fachplanung. Schließlich wird auch dem Rechtsschutz im Falle eines Verstoßes gegen den planerischen Störfallschutz breite Aufmerksamkeit gewidmet.

Band 242

Hans D. Jarass (Hrsg.)

Einzelhandel und Planungsrecht

Die Ansiedlung von Einzelhandel ist in den Kommunen in den vergangenen Jahren zunehmend eingeschränkt worden. Ihre Steuerung durch Raumordnung und Bauleitplanung soll der Verödung der Innenstädte und dem Flächenverbrauch auf der „grünen Wiese“ entgegenwirken. Das Zentralinstitut für Raumplanung setzte sich in seinen Veranstaltungen im Sommer 2010 mit Möglichkeiten und Grenzen des Planungsrechts bei der Einzelhandelssteuerung auseinander. Dabei wurden die baurechtlichen Regelungen über die Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche und deren Praxistauglichkeit untersucht, die Festlegung von Verkaufsflächenobergrenzen im Bebauungsplan umfassend beleuchtet sowie die Steuerungsmöglichkeiten der Raumordnung hinterfragt. Zudem stand die Frage der Vereinbarkeit von raumplanerischen Festlegungen zur Einzelhandelssteuerung mit der unionsrechtlichen Niederlassungsfreiheit im Blickfeld.

Band 230	<i>Beatrix Real</i> Die Landesplanungsgesetze im Vergleich
Band 231	<i>Hans D. Jarass (Hrsg.)</i> Bestandsschutz bei Gewerbebetrieben
Band 232	<i>Carsten Heemeyer</i> Auswirkungen des Hochwasserschutzgesetzes auf Raumordnungs- und Bauleitpläne
Band 233	<i>Tim Uschkerei</i> Der Bestandsschutz im Bau- und Immissionsschutzrecht
Band 234	<i>Hans D. Jarass (Hrsg.)</i> Neue Entwicklungen des Bauplanungsrechts
Band 235	<i>Kerstin Lahme</i> Der regionale Flächennutzungsplan
Band 236	<i>Christina Kamp</i> Kommunale Steuerung der Bebaubarkeit durch Verträge und dingliche Rechte
Band 237	<i>Hans D. Jarass (Hrsg.)</i> Wechselwirkungen zwischen Raumplanung und Wasserwirtschaft
Band 238	<i>Cornelia Wellens</i> Rechtsfragen zu Business Improvement Districts
Band 236	<i>Christina Kamp</i> Kommunale Steuerung der Bebaubarkeit durch Verträge und dingliche Rechte
Band 237	<i>Hans D. Jarass (Hrsg.)</i> Wechselwirkungen zwischen Raumplanung und Wasserwirtschaft
Band 238	<i>Cornelia Wellens</i> Rechtsfragen zu Business Improvement Districts
Band 239	<i>Hans D. Jarass (Hrsg.)</i> Städtebauliche Verträge und Vergaberecht
Band 240	<i>Hendrik Schoen</i> Interkommunale Abstimmung in der Bauleitplanung
Band 241	<i>Johannes Grüner</i> Planerischer Störfallschutz
Band 242	<i>Hans D. Jarass (Hrsg.)</i> Einzelhandel und Planungsrecht

20. Bauen | Wohnen | Immobilien

Bauen + Energie	Informationsdienst für Planer, Baugewerbe und Energieberater	2/2011
BauR	Baurecht - Zeitschrift für das gesamte öffentliche und zivile Baurecht (in Verbindung mit der ARGE BAURECHT im Deutschen Anwaltverein)	3/2011
BauSV	Der Bausachverständige Zeitschrift für Bauschäden, Grundstückswert und gutachterliche Tätigkeit	1/2011
BBB	BundesBauBlatt - hrsg. vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	3-4/2011
DWW	Deutsche Wohnungswirtschaft - Fachzeitschrift für die gesamte Haus- und Grundstückswesen	1-2/2011
FuB	Flächenmanagement und Bodenordnung - Zeitschrift für Liegenschaftswesen, Planung und Vermessung (vormals: Vermessungswesen und Raumordnung)	1/2011
GuG	Grundstücksmarkt und Grundstückswert - Zeitschrift für Immobilienwirtschaft, Bodenpolitik und Wertermittlung (Verbandszeitschrift des Bundesverbandes Deutscher Grundstückssachverständiger (BDGS))	2/2011
GuT	Gewerbemiete und Teileigentum	10-12/2010
I&F	Immobilien & Finanzierung - Der Langfristige Kredit	5-6/2011
IBR	Immobilien- & Baurecht	3/2011
ImmWert	Der Immobilienbewerter - Informationsdienst für Sachverständige	1/2011
Info M	Mietrecht und Immobilien Offizielles Organ der ARGE MIETRECHT und WEG im Deutschen Anwaltverein	1/2011
IWR	Immobilienwirtschaft - Das Fachmagazin für Management, Recht und Praxis	3/2011
MietRB	Der Miet-Rechts-Berater - Miete - Immobilienwirtschaft - Wohnungseigentum	3/2011
MK	Mietrecht kompakt - Aktueller Informationsdienst zum Miet- und WEG-Recht	3/2011
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht - Privates Baurecht, Recht der Architekten, Ingenieure, Projektbetreuer, Vergabewesen	3/2011
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht - Miete, Wohnungseigentum, Pacht, Makler- und Bauträgerrecht, Steuern, Wohnungswirtschaft, Versicherung, Immobilienleasing, Time-Sharing, (vereint mit NJWE-MietR),	4-5/2011
UBB	UnternehmerBrief Bauwirtschaft - Steuern - Bilanz - Werkvertrag / VOB - Liquidität - Finanzierung Unternehmensführung	2-3/2011
WoM	Wohnungswirtschaft & Mietrecht - Herausgeber: Deutscher Mieterbund e.V.	2-3/2011
ZfIR	Zeitschrift für Immobilienrecht	4-6/2011
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht - Miete, Pacht, Leasing, Maklerrecht, Wohnungseigentum, Wohngeld, Erschließungsbeitragsrecht	3/2011
ZWE	Zeitschrift für Wohnungseigentumsrecht - Begründung - Verwaltung - Vermietung - Steuern - Verfahren	3/2011

21. Gesundheit | Medizin | Lebensmittel

AB	Apotheker Berater - Apothekenführung Recht Steuern Finanzen	3/2011
AMK	Arzt- und Medizinrecht kompakt - Der aktuelle Report für Berater und Entscheider	3/2011
ArztR	Arztrecht - Kompendium des gesamten Rechts der Medizin. Offizielles Organ der Arbeitsgemeinschaft für Arztrecht	3/2011
GesR	GesundheitsRecht - Zeitschrift für Arztrecht, Krankenhausrecht, Apotheken- und Arzneimittelrecht	2/2011
GuS	Gesundheits- und Sozialpolitik - (bis 2002: AuS)	6/2010
LMuR	Lebensmittel & Recht - Offizielles Organ des Deutschen Symposium Lebensmittel und Recht	1/2011
MedR	Medizinrecht	2/2011
MPR	MedizinProdukte-Recht - Technologie - Ökonomie - Innovation	1/2011
PfIR	PflegeRecht - Zeitschrift für Rechtsfragen in der stationären und ambulanten Pflege	1/2011
PharmaR	Pharmarecht - Offizielles Organ des Deutschen Pharma Recht Tages	2/2011
Sucht	Sucht - Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis	1/2011
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht - vereinigt mit EFLR (European Food Law Review)	1/2011
ZMGR	Zeitschrift für das gesamte Medizin- und Gesundheitsrecht hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Medizinrecht im DAV	1/2011
ZWD	Zahnärzte Wirtschaftsdienst - Praxisführung - Recht - Steuern - Finanzen	2-3/2011

Wichtige Rechtstexte des Gesundheitswesens

Herne 2011
1250 S., 14.90 €
ISBN 978-3-482-63531-1

Alle aktuellen Gesetzestexte nach der großen Gesundheitsreform in einem Band

Diese Textausgabe bietet alle in Praxis und Studium relevanten Vorschriften zum Gesundheitsrecht. Enthalten sind neben den für das Gesundheitswesen zentralen Bestimmungen des Sozialversicherungsrechtes – dem Recht der Gesetzlichen Krankenversicherung (SGB V) und der Sozialen Pflegeversicherung (SGB XI) - die wesentlichen Vorschriften des öffentlichen Gesundheitsrechts, des Krankenhausrechtes sowie des Rechtes der Heilberufe im Gesundheitswesen.

Die Textsammlung führt sämtliche Rechtstexte auf aktuellem Stand in einem Band zusammen. Benötigt wird sie von allen im Gesundheitswesen Tätigen, dazu



gehören insbesondere Mitarbeiter von Kostenträgern, Krankenhausverwaltungen, Verbänden und Körperschaften sowie deren Berater ebenso wie Studierende medizinischer, rechtlicher und gesundheitsökonomischer Studiengänge sowie Lehrende und Auszubildende in Gesundheitsberufen.

Eingearbeitet sind sowohl das am 1. Januar 2011 in Kraft getretene „Gesetz über die Neuordnung des Arzneimittelmarktes“ (AMNOG) wie das gleichzeitig in Kraft getretene „Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung“ (GKV - Finanzierungsgesetz).

www.nwb.de

Informierte Selbstbestimmung als Ziel staatlicher Adipositasprävention

Baden-Baden 2011
150 S., 37.00 €
ISBN 978-3-8329-6283-8

www.nomos-shop.de

Krankenversicherung und grenzüberschreitende Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen in Europa

Beiträge zum Internationalen Symposium am 04.-05. Mai 2009 im Hessischen Landessozialgericht in Darmstadt.

Baden-Baden 2011
202 S., 58.00 €
ISBN 978-3-8329-6354-5

www.nomos-shop.de

22. Medien | Telekommunikation | Post | Internet

Spiros Simitis (Hrsg.)

Bundesdatenschutzgesetz

7. Aufl. Baden-Baden 2011
1800 S., 178.00 €
ISBN 978-3-8329-4183-3



Der „Simitis“ ist das Markenzeichen im Datenschutzrecht und erster Zugang zur Lösung datenschutzrechtlicher Problem-
lagen.

„Es handelt sich um den profundesten
Großkommentar, den es zum Bundesda-
tenschutz gibt.“ (Datenschutz-Nachrich-
ten)

„... einer der ganz großen Kommentare
im Datenschutzrecht, ...“. (Philipp Kramer,
Computer und Recht)

„... allen Beteiligten zu empfehlen.“ (Prof.
Dr. Marie-Theres Tinnefeld)

“... ein ‘Muss’ auf dem Schreibtisch aller
mit Datenschutz befassten Wissenschaft-
ler ...“ (GDD-Mitteilungen)

„Ohne diesen Kommentar zu arbeiten,
ist ein schwerer Fehler.“ (Professor Dr.
Thomas Hoeren, MMR 8/06)

„Akribische Behandlung unzähliger, auch
letzter Details“ (Univ.-Prof. Herbert Beth-
ge, DÖV)

Der Großkommentar analysiert unter wis-
senschaftlichen und praktischen Aspekten
alle entscheidenden Datenschutzfragen
– gleichviel, ob es um die Verwendung
biometrischer Daten, neue Formen der
Datensammlung oder die Stellung der
internen Datenschutzbeauftragten geht.
Dabei beziehen die Kommentierungen
immer auch die europarechtlichen Ent-
wicklungen sowie die Abgrenzungsfragen
zu den Informationsfreiheitsgesetzen,
aber auch das Verhältnis und die Auswir-
kungen des Internets mit ein.

Die Neuauflage bringt das Gesamtwerk
auf den neuesten Stand und berücksich-
tigt dabei auch die aktuellen Diskussionen
zum Beschäftigtendatenschutz und den
Geo-Suchdiensten. Vor dem Hintergrund
der jüngsten Novellierungen setzt der
Großkommentar ebenfalls Schwerpunkte

auf die Verarbeitungen für:

- die Verarbeitung von Daten für eige-
ne Geschäftszwecke,
- Scoring sowie die Informationspflicht
bei einer nicht rechtmäßigen Verar-
beitung von Daten.

„Der Simitis bedarf keiner Empfehlung.
Der Hinweis, dass eine Neuauflage er-
schienen ist, genügt“ (RA Dr. Stefan Ernst,
VuR)

www.nomos-shop.de

AfP	Archiv für Presserecht - Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht	1/2011
CR	Computer und Recht - Forum für die Praxis des Rechts der Datenverarbeitung, Informatik und Automation. Vorläufer "Informatik und Recht" und "Datenverarbeitung im Recht"	3/2011
DSB	Datenschutz-Berater - Informationsdienst der Verlagsgruppe Handelsblatt	3/2011
DuD	Datenschutz und Datensicherheit Recht und Sicherheit in Informationsverarbeitung und Kommunikation	3/2011
info 7	Medien Archive Information	3/2010
IT-Grundschutz	Informationsdienst für CIOs, IT-Manager und -Sicherheitsverantwortliche	2/2011
ITRB	IT-Rechts-Berater - Informationsdienst für die EDV-, Multimedia- und TK-rechtliche Beratungspraxis	3/2011
K&R	Kommunikation & Recht - Betriebs-Berater für Medien - Telekommunikation - Multimedia	3/2011
Medien und Recht	Medien und Recht - Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht	4/2010
MMR	MultiMedia und Recht - Zeitschrift für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht	3/2011

Must read!



Mit der neuen Zeitschrift *Recht der Finanzinstrumente* behalten Sie die aktuellen **rechtlichen Entwicklungen** im Bereich der Kapitalmarktfinanzierung und der Kapitalmarktinstrumente im **Überblick**. Ausführliche **Beiträge** von **renommierten Autoren** zeigen Entwicklungen auf, beschreiben Problemstellungen und bieten Ihnen die Lösungsansätze für die Praxis. Die **Entscheidungen von Gerichten** werden ebenso wie die **Mitteilungen von Ministerien** und Aufsichtsbehörden beschrieben und **bewertet**.

Ein echtes Muss für die **tägliche Praxis**, **Archiv** und **Workshops** inklusive.

Zeit zum Handeln - jetzt bestellen.
Fon +49 69 7595 2788 | www.rdf-online.de

Verlag Recht und Wirtschaft
Frankfurt am Main

bank und markt	bank und markt - Zeitschrift für Retailbanking	3/2011
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht	2/2011
CFB	CORPORATE FINANCE biz - Finanzmanagement, Bewertung, Kapitalmarkt	2/2011
CFL	CORPORATE FINANCE law - Kapitalmarkt, Finanzierung, Mergers & Acquisitions	1/2011
Kreditwesen	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen - Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse	5-6/2011
Kreditwesen / Technik	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen - Ausgabe Technik IT für Finanzdienstleister	1/2011
ÖBA	Österreichisches Bankarchiv - Zeitschrift für das gesamte Bank- und Börsenwesen	3/2011
RdF	Recht der Finanzinstrumente - Kapitalanlage & Finanzierung	1-2/2011
V&S	Vermögen & Steuern - Fachzeitschrift für die Steuer-, Rechts- und Vermögensberatung	3/2011
VersR	Versicherungsrecht - Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht	7-9/2011
VK	Versicherung und Recht kompakt - Aktueller Informationsdienst für die Schadensbearbeitung	3/2011
WM	Wertpapier-Mitteilungen Teil IV - Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht	8-12/2011
WuB	Entscheidungen zum Wirtschafts- und Bankrecht	2-3/2011
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft	1/2011
zfs	Zeitschrift für Schadensrecht Monatliches Fachblatt für Schadensrecht, Versicherungsrecht, Verkehrsrecht	3/2011

24. Asylrecht | Ausländerrecht

Daniel Thym

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Migrationsverwaltungsrecht

Tübingen 2010
451 S., 114.00 €
ISBN 978-3-16-150104-3



Das Migrationsrecht zielt auf eine rechtliche Steuerung des Zuzugs und der Integration von Ausländern. Mit Blick auf diese Zielsetzung entwickelt Daniel Thym systemleitende Ordnungsmuster für die eigenständige Aufgabenwahrnehmung durch die Migrationsverwaltung. Es geht um die handlungsorientierte Bezeichnung von Regelungsoptionen bei der rechtlichen Gestaltung der Wirtschaftsmigration, der gesellschaftlichen Integration, den Grenzen der Ausweisungsbefugnis und der Effektivierung des Kontrollregimes. Als Untersuchungsmaßstab dient die zeitgenössische Diskussion über die Grundlagen des Verwaltungsrechts; dieser Blickwinkel erlaubt eine Rekonstruktion des Ausländer-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrechts als einheitliches Rechtsgebiet namens Migrationsrecht. Seine Bestimmungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene bekräftigen den Anspruch des Migrationsrechts zur Steuerung des Zuzugs und der Integration von Ausländern.

www.mohr.de

Call for Papers

Unternehmer und Migration 34. Wissenschaftliches Symposium der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e.V. (GUG)

am 6. und 7. Oktober 2011

Einwandererunternehmer sind anders. Sie verfügen über spezifische Vor-, aber auch Nachteile im Vergleich zu Unternehmern, die im Land ihrer beruflichen Tätigkeit aufgewachsen bzw. ethnisch der Mehrheitsgesellschaft zuzurechnen sind. Diese Tagung beschäftigt sich mit den besonderen Vorteilen, die eingewanderte Unternehmer der ersten und zweiten Generation nutzen können, wie den Rückhalt in ethnischen und familiären Netzwerken, die Möglichkeiten des Wissens- und Kapitaltransfers aus den Herkunftsländern oder auch die starke Motivation, Benachteiligungen überwinden zu wollen. Zugleich sollen die Nachteile, wie u. U. rechtliche und soziale Diskriminierung und kulturelle Differenzen (Sprache, Religion, etc.) thematisiert werden. Schließlich sind auch die Auswirkungen auf die Herkunfts- und die Aufnahmeländer anzusprechen. Folgende spezifische Fragen sind vorgesehen:

- Ursachen der Migration: Worin lagen die Gründe der Migration? Waren sie identisch mit den allgemeinen push/pull-Faktoren für andere Einwanderergruppen? Beschlossen Unternehmer, mit ihrem Unternehmen / ihrer Geschäftsidee umzuziehen, oder entdeckten sie die Möglichkeit der Unternehmensgründung erst vor Ort?

- Gesetzliche und soziale Rahmenbedingungen: Mit welchen formellen und informellen Hindernissen oder Förderungsmöglichkeiten sahen sich einwandernde Unternehmer konfrontiert? Wie gelang es ihnen, diese zu überwinden oder zu nutzen? Welche Auswirkungen hatten Kräfte wie Fremdenfeindlichkeit, Boykotte oder rechtliche Diskriminierung einerseits, die Reputation besonderer Kompetenz in bestimmten Bereichen andererseits in verschiedenen Phasen der Unternehmensentwicklung?
- Gab es Branchen oder Branchencluster in denen Einwandererunternehmer besonders gute Bedingungen vorfanden? Erbringen sie dort einen überproportionalen Beitrag zu Innovation, Kapitalbildung und der Schaffung von Arbeitsplätzen? Oder besetzen sie vor allem ökonomisch für die Mehrheitsgesellschaft unattraktive Nischen und schaffen prekäre Unternehmen?

Weitere Informationen zur Tagung finden Sie unter

www.h-net.org

ASYL	Schweizerische Zeitschrift für Asylrecht und -praxis Revue Suisse pour la Pratique et le droit d'Asile	1/2011
AuAS	Schnelldienst Ausländer- und Asylrecht - Ausländer- und asylrechtlicher Rechtsprechungsdienst	4-5/2011
AWR-Bulletin	Vierteljahresschrift für Flüchtlingsfragen	1/2011
InfAusIR	Informationsbrief Ausländerrecht	3/2011
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik mit Beilage ANA-ZAR (Anwaltsnachrichten Ausländer- und Asylrecht)	2/2011

25. Europa | Europarecht

REZENSION

Herbert Roth

Europäisierung des Rechts.

Ringvorlesung der Juristischen Fakultät
Universität Regensburg 2009/2010

Berlin 2010

310 S., 94,00 €

ISBN 978-3-16-150508-9

Dr. Axel Schwarz, Moritzburg¹



Bewertung	Ausgezeichnete Sammlung zum kritischen Verständnis des Europäisierungsprozesses
Inhalt	17 Beiträge, die fast den gesamten Rechtskreis einschließlich Steuer-, Staats-, Zivil-, Straf-, Arbeits- und Sozialrecht sowie Öffentliches Recht abdecken, demonstrieren die Mechanismen der Europäisierung des Rechts.
Zielgruppe	Rechtswissenschaftler, Praktiker und Studierende
Was kann man lernen?	Neben eine Fülle von Detailfragen nebst Antworten lernt man sicherlich, dass die Europäisierung offensichtlich unaufhaltsam fortschreitet, mit nicht nur positiven Konsequenzen.
Herausgeber	Herbert Roth, Professor für Bürgerliches Recht, Deutsches, Europäisches und Internationales Verfahrensrecht an der Universität Regensburg.

„Dem Storch, der euch gebracht hat, sollte man die Lizenz entziehen“²

Außer einem Verlust an nationalstaatlicher Souveränität ist eine übergreifende juristische Sicht des Europäisierungsprozesses nicht in Sicht. Man muss immer noch die Vorgänge auf den einzelnen Rechtsgebieten betrachten, um sich nach und nach daraus eine umfassendes Bild zu machen. Dazu eignet sich vorzüglich die hier vorgestellte, von Herbert Roth herausgegebene Sammlung.

Im Leitbeitrag zeichnet **Rainer Arnold**³ die Auffassung vom Verhältnis der deutschen Grundrechte zu den Gemeinschaftsgrundrechten nach. Zuerst ersetzen die deutschen Grundrechte die damals nicht existenten Gemeinschaftsgrundrechte (Solange I), um dann von den ungeschriebenen Gemeinschaftsgrundrechten

verdrängt zu werden (Solange II), wenn auch nur unter dem Vorbehalt, dass diese keine generelle wesentliche Absenkung der grundrechtlichen Standards bedeuteten. Weitere Vorbehalte kamen später hinzu: Nach der Maastricht-Entscheidung sollten die sog. „ausbrechenden Akte“, die die gemeinschaftsrechtlichen Zuständigkeitsgrenzen überschreiten (auch „ultra-vires-Akte“ genannt), auf deutschem Territorium keine Anwendung finden. Und nach der Lissabon-Entscheidung müsste schließlich die „nationale Identität“ gewahrt bleiben. Eigentlich ist es nur wissenschaftlich von Interesse und praktisch ohne Belang, was unter „nationaler Identität“ zu verstehen ist. Denn darüber scheint man sich ja wohl einig zu sein: Die Auslegung dieses Begriffes obliegt dem EuGH, und zwar ausschließlich! (Arnold, S. 5) Selbst wenn das Bundesverfassungsgericht einmal keine Lust verspüren würde, die Auffassung des EuGH deklaratorisch zu wiederholen, und von

der Unvereinbarkeit eines Unionsaktes mit dem Grundgesetz überzeugt wäre, bliebe ihm doch nichts anderes, als den EuGH um eine Vorabentscheidung in Form der Gültigkeitskontrolle von Unionsrecht zu bitten (Arnold, S. 9). Im Rückzugsgefecht hat das Bundesverfassungsgericht⁴ mittlerweile seine eigenen Kompetenzen eingeschränkt, mit der Begründung, es sei kein „oberstes Vorlagenkontrollgericht“, und gleichzeitig dem EuGH sogar einen „Anspruch auf Fehlertoleranz“ eingeräumt. Bedeutet dies also, dass das deutsche Volk zumindest in gewissem Umfang auch Einschränkungen seiner deutschen Grundrechtsstandards wird hinnehmen müssen, wiederum ohne gefragt zu werden? Ganz gewiss, und wie dies in einigen ausgewählten Rechtsbereichen – oft ohne eigentliche keine Rechtssetzungskompetenz der Union⁵ - vonstattengeht, zeigen exemplarisch die übrigen 16 Beiträge des Sammelbandes. Ein Verzeichnis der Beiträge findet sich auf der Webseite des Verlags.⁶ Jeder am der europäischen Rechtsentwicklung Interessierte wird hier den ihn ansprechenden Bereich finden. Im Folgenden können nur einige Beispiele mehr oder weniger willkürlich angeführt werden:

Der unbedarfte „flüchtige Verbraucher“ mausert sich ohne eigenes Zutun zu dem weltmännischen, „aufmerksamen

1 <http://www.kulturlandschaft-moritzburg.de/Sehenswuerdigkeiten.1.html>. Die Internetadressen dieser Rezension wurden am 8.3.2011 abgerufen.

2 Nach einem Ausspruch des 2006 verstorbenen Altmeisters des Internationalen Privatrechts Gerhard Kegel, zitiert nach Andreas Spickhoff, „Das europäisierte Internationale Schuldrecht und die Europäisierung des Zivilrechts“, S. 261 ff, 263 mit FN 11: mit „euch“ sind hier „Vorschriften oder Bestimmungen gemeint!

3 „Bundesverfassungsgericht und Europäischer Gerichtshof: Kooperation oder Konflikt?“, S. 1 ff. Dieses Thema ist verschiedentlich in Kuselit-Rezensionen angesprochen worden, u.a. in **„Konsistenz und Souveränität in Polen und Deutschland“**, Rezension zu: Wilfried Erguth, Johannes Masing (Hrsg.), Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit im Mehrebenensystem. Referate und Diskussionsbeiträge des XV. Deutsch-Polnischen Verwaltungskolloquiums vom 09. bis 12. September 2007 an der Universität Freiburg i.Br., Stuttgart 2008, ISBN 978-3-415-04191-2, 170 S., 33,00 EUR, <http://www.kuselit.de/rezension/15414/Verfassungs-und-Verwaltungsgerichtsbarkeit-im-Mehrebenensystem.html> und ZID 1/2011 unter Nummer 8 (Gerichtsverfassung / Prozessrecht), <http://www.kuselit.de/zid/pdf/201101.pdf>.

Volkssouveränität im „Fuchsbau“, Rezension zu: Komorowski, Alexis von, Demokratieprinzip und Europäische Union. Staatsverfassungsrechtliche

Anforderungen an die demokratische Legitimation der EG-Normsetzung. Schriften zum Europäischen Recht (EuR) 148, Berlin 2010, Duncker & Humblot, ISBN 978-3-428-13170-9, EUR 168, ZID 33/2010 unter Nr. 25, <http://www.kuselit.de/zid/pdf/201033.pdf> **„Nichts ist so praktisch wie eine gute Theorie“**, Rezension zu Axel Adrian, Grundprobleme einer juristischen (gemeinschaftsrechtlichen) Methodenlehre. Die begrifflichen und („fuzzy“-) logischen Grenzen der Befugnissnormen zur Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes und die Maastricht-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes. Schriften zur Rechtstheorie, Bd. 245, Duncker & Humblot 2009, ISBN 978-3-428-12847-1, <http://www.kuselit.de/rezension/15766/Grundprobleme-einer-juristischen-%28gemeinschaftsrechtlichen-%29-Methodenlehre.html> und ZID 04/2010, unter Nr.2, <http://www.kuselit.de/zid/pdf/201004.pdf>.

„Richterrecht und Rechtsquelle“, Rezension zu Konrad Walter, „Rechtsfortbildung durch den EuGH. Eine rechtsmethodische Untersuchung ausgehend von der deutschen und französischen Methodenlehre.“ Schriften zum Europäischen Recht (EuR) 142, Duncker & Humblot 2009, ISBN 978-3-428-12817-4, <http://www.kuselit.de/rezension/15717/Rechtsfortbildung-durch-den-EuGH.html>.

4 BVerfG, 2 BvR 2661/06 vom 6.7.2010, Absatz-Nr. (1 - 116), http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20100706_2bvr266106.html.

5 Vgl. soeben Svenja Ruhs, „Europäisierung des Umweltstrafrechts“, ZJS 1/2011 S. 13, http://www.zjs-online.com/dat/artikel/2011_1_414.pdf.

6 http://www.mohr.de/rechtswissenschaft/fachgebiete/strafrecht/straf-und-prozessrecht/buch/europaesierung-des-rechts.html?tx_commerce_pi1%5BcatUid%5D=0&cHash=9c4a4f7d5f886e65e10adcc0525b5ff8.

25. Europa | Europarecht

Verbraucher“ (**Jörg Fritzsche**⁷, S. 29) und büßt Schutz ein. Ab jetzt darf er ohne Schwimmweste, aber mit frischem Wind unter der hübschen Flagge der Konsumentensouveränität direkt in die Klippen aggressiver Werbung segeln. Das erhöht den Nervenkitzel, da die europäischen Anforderungen im Kampf gegen aggressive Geschäftspraktiken in Deutschland nicht umgesetzt worden sind. Gleichzeitig sinkt der Freiberufler - ethische Beschränkungen abwerfend - zum einfachen Gewerbetreibenden (Jörg Fritzsche, S. 34) herab. Muss man da nicht in der Tat mit einem europaweiten Restschuldbefreiungstourismus (**Peter Gottwald**⁸, S. 61) rechnen?

Auch um den familiären Halt ist es nicht offensichtlich nicht mehr so gut bestellt. Die Begriffe Rom I bis V und Brüssel II stehen für die Europäisierungsbestrebungen im internationalen Familien- und Erbrecht (**Dieter Henrich**⁹, S. 77 ff.). Das Gefühl für Herkunft, Tradition und Geborgenheit in der Familie (**Inge Kropfenberg**¹⁰, S. 118) wird wohl längerfristig auf der Strecke bleiben. Ob sich die europäischen Einflüsse auf die nationalen Rundfunkordnungen samt „Drei-Stufen-Test“ und Einschränkung gebührenfinanzierter Online-Expansion (**Jürgen Kühling**¹¹, S. 126) zum Segen oder Fluch entwickeln werden, ist offen. Wird sich der deutsche Arbeitgeber im Irrgarten (**Reinhard Richardi**¹², S. 149) der Europäisierung des Arbeitsrechts zurechtfinden, wenn die Vorgaben zum Recht der Betriebsübernahme, der Antidiskriminierung, der Befristung von Arbeitsverträgen samt Arbeitszeit und Bereitschaftsdienst möglicherweise nur unvollständig auf nationaler Ebene umgesetzt werden? Gärt da nicht ein verstecktes Unbehagen, wenn das

7 „Der Einfluss der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken auf die Dogmatik des Lauterkeitsrechts“, S. 27 ff.

8 „Europäisches Insolvenzrecht - ein noch junges Rechtsgebiet“, S. 53 ff.

9 „Europäisierungsbestrebungen im internationalen Familien- und Erbrecht“, S. 77 ff.

10 „Nationale Rechtskulturen und die Schaffung eines europäischen Erbrechts“, S. 103 ff.

11 „Die Europarechtliche Vorsteuerung der nationalen Rundfunkordnung - Fluch oder Segen?“, S. 121 ff.

12 „Europäisierung des Arbeitsrechts. Ausbau eines Irrgartens durch den deutschen Gesetzgeber“, S. 149 ff.

Exequaturverfahren abgeschafft wird und der Europäische Vollstreckungstitel (**Herbert Roth**¹³, S. 174) keiner Zulassung mehr im Inland bedarf? Kollidieren nicht auch Geschädigten- und Produzentensympathie im Grand Prix der Produkthaltung in der Steilkurve des europäisierten Internationalen Schuldrechts und der Europäisierung des Zivilrechts (**Andreas Spickhoff**, S. 261 ff, 276)? Auch gelingt es dem Boliden im Rennen um Beihilfen auf Grund diverser ineinandergreifende Rechts- und Vollzugsebenen nur schwer, die Spur zu halten (**Robert Uerpmann-Witzack**¹⁴, S. 277, 289).

Zwar ist der Fair-Trial-Grundsatz (Artikel 6 MRK) eine großartige juristische Erfindung, auch wenn dieser Begriff erst seit 1995 in der Normensprache existiert (**Friedrich-Christian Schroeder**¹⁵, S. 185 und 196). Ob jedoch Waffengleichheit, rechtliches Gehör, persönliche Anwesenheit, Verbot der Selbstbelastung und Anspruch auf Urteilsbegründung dazu gehören oder nicht, darüber lässt sich trefflich streiten. Die im Übrigen damit einhergehenden Probleme sind nur mit schwarzem Humor zu ertragen. Um auf die bereits bemühte Metapher des Grand Prix zurückzukommen: Der Treibstoff der Strafverteidigung wird um ein Kreativitätsgemisch angereichert, mit dem sich – selbst in sonst aussichtslosen Fällen – Polizei und Staatsanwaltschaft locker auf der Überholspur ausbremsen lassen. **Tonio Walter**¹⁶ belegt dies sarkastisch und amüsant an dem gar nicht so lustigen Fall Bakkari.

Auch ist das Verhältnis überhaupt zwischen MRK, Europäischer Menschenrechtskonvention und Europäischer Grundrechtecharta und nationalen Grund-

13 „Zum Bedeutungsverlust des autonomen Internationalen Zivilprozessrechts“, S. 163 ff. Die Vollstreckungstitel-Verordnung (EuVTVO) ist am 21. Oktober 2005 in Kraft getreten, vgl. §§ 1079 ff ZPO.

14 „Die Kommission als Behörde im Sinne von § 1 Abs. 4 VwVfG. Prinzipien des Europäischen Verwaltungsverbundes am Beispiel des Beihilfenrechts“, S. 277 ff.

15 „Der Fair-Trial-Grundsatz im Strafverfahren. Entstehung, Rechtsnatur, Bedeutung“, S. 183 ff.

16 „Fair trial statt Nemo tenetur? Der Durchgriff auf Artikel 6 Absatz 1 EMRK bei listigen Ermittlungen (zugleich Besprechung von BGH 1 StR 701/08)“, S. 291 ff.

drechten zu klären.¹⁷ Die Europäisierung des Rechts ist zugleich eine solche des Rechtsschutzes (**Ekkehard Schumann**¹⁸, S. 241) und entsprechendes gilt für das Verhältnis zwischen den beteiligten Gerichten, also dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)¹⁹ mit Sitz in Straßburg, dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) in Luxemburg²⁰ und stellvertretend für die nationalen Gerichte dem Bundesverfassungsgericht²¹. Schumann weist dem EGMR das „Modell des Instanzenzuges“ (S. 214) zu: Der EGMR hat (nach Erschöpfung der nationalen Rechtsbehelfe) eine Kontrollfunktion gegenüber den nationalen Gerichten. Eine solche Kontrollfunktion hat der EuGH hingegen nicht. Dieser orientiert sich (Schumann, S. 216) an einem „Modell der Richtervorlage“. Ob sich allerdings Schumanns höchst dezidierte und lesenswerte Abgrenzung in der Praxis künftiger Rechtsprechung wiederfinden wird, muss sich allerdings noch erweisen. Dazu gibt es aktuell genügend praktische Fälle, u.a. in Form von Vorabentscheidungsverfahren beim EuGH im Zusammenhang dem Fall der Hypo Real Estate (HRE)²². Hier wird es um die europarechtlichen Vorgaben zur Eigentumsgarantie (**Wolfgang Servatius**²³, S. 245) und ihr Verhältnis zu Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz, Finanzmarktstabilisierungsbeschleunigungsgesetz und Rettungsübernahmegesetz (RettungsG) gehen. § 1 Abs. 4 Nr. 2 RettungsG definiert den heiß diskutierten Begriff der Systemrelevanz, die eine Enteignung

17 Vgl. Eckhard Pache und Franziska Rösch in mehreren Aufsätzen:

„Die neue Grundrechtsordnung der EU nach dem Vertrag von Lissabon“, EuR 2009, 769 – 789, „Die Grundrechte der EU nach Lissabon“, EWS 2009, 393 – 401,

Europäischer Grundrechtsschutz nach Lissabon - die Rolle der EMRK und der Grundrechtecharta in der EU, EuZW 2008, 519 – 522.

18 „Gerichtliche Kompetenzen und Inkompetenzen in Europa: Menschenrechtsgerichtshof, EU-Gerichtshof und Bundesverfassungsgericht“, S. 197 ff.

19 <http://www.coe.int/t/d/menschenrechtsgerichtshof/>.

20 http://curia.europa.eu/jcms/jcms/Jo2_6999/.

21 <http://www.bundesverfassungsgericht.de/>.

22 Vgl. LG München I, 5. Kammer für Handelssachen, vom 08.04.2010, abgedruckt u.a. in ZIP 2010, 779-786. Am 26.3.2009 hatte das BVerfG eine in diesem Zusammenhang erhobene Verfassungsbeschwerde von Minderheitsaktionären nicht zur Entscheidung angenommen, AG 2009, 325.

23 „Enteignung von Bankaktionären - Der Fall Hypo Real Estate“, S. 243 ff.

25. Europa | Europarecht

ermöglicht unter der Bedingung, dass die Finanzmarktstabilität eine Stabilisierung von Unternehmen erfordert. Servatius bleibt trotzdem optimistisch und meint, dass der Satz „hard cases make bad law“ beim Fall der HRE nicht gelte (S. 260). So enden denn die Wege nicht mehr in Rom, München oder Karlsruhe, sondern immer öfter in Luxemburg. Dieses Fazit zieht **Rolf Eckhoff**²⁴ (S. 25) nach einer Analyse der latenten Kompetenzkonflikte selbst auf dem Gebiet des Steuerrechts.

Ähnliche Vereinheitlichungsprozesse wie heute lassen sich selbstverständlich rechtsgeschichtlich nachweisen, wie das Schicksal eines von 1806 bis 1813 napoleonischen Musterstaates, des östlich von Düsseldorf gelegenen Großherzogtums Berg, zeigt. Das Großherzogtum Berg wurde 1819 in die preußische Rheinprovinz eingegliedert. Soweit solche Vereinheitlichungsprozesse auf gemeinsamer Rechtskultur beruhen, fällt ein erforderlicher Mentalitätswechsel (**Martin Löhnig**²⁵, S. 147) zumindest beim Justizpersonal, leicht. Heute liegt der Fall etwas komplizierter. Das moderne Europa muss nicht nur angloamerikanische und kontinentaleuropäische Traditionen²⁶, sondern auch christliche, islamische und andere Glaubensrichtungen mit und seltener ohne Heilsmonopol miteinander in Einklang bringen. Da dürften Vorschläge und Forderungen wie derjenige von Habermas, England aus der EU zu werfen, oder derjenige von konservativen Politikern, die europäische Verfassung auf das christliche Menschenbild zu fixieren, kaum hilfreich sein. Entsprechendes gilt für die neue Erfindung des jüdisch-christlichen Menschenbildes.

24 „Der Europäische Gerichtshof und das Deutsche Bilanzsteuerrecht“, S. 11 ff.

25 „Französisches Zivilprozessrecht als Quelle des liberalen Zivilprozesses im Europa des 19. Jahrhunderts: Die Rezeption des französischen Rechts am Beispiel des Großherzogtums Berg“, S. 141 ff.

26 Vgl. Axel Schwarz und Sarah Degen, „Zwischen angloamerikanischem Sendungsbewusstsein und kontinentaleuropäischer Tradition: Das neue Strafprozessrecht in Bosnien und Herzegowina“, ZStW (Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft) 2005, 458 – 474. Buntscheck, Martin, Die Einführung von „Sammelklagen“ in Europa, Betriebsberater (BB) 42/2009, 2209. Die EU-Kommission hat sich gegen Sammelklagen ausgesprochen und Anfang Februar 2011 eine Anhörung zum kollektiven Rechtsschutz eingeleitet, <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/132&format=HTML&agend=0&language=DE&guiLanguage=en>.

Der geschichtliche Ansatz verhilft andererseits wiederum zu einem umfassenderen Verständnis des Umwälzungsprozesses, den eine sich auf Normen beschränkende Diskussion nur unvollständig erfassen kann. **Thorsten Kingreen**²⁷ greift dazu auf Bismarck zurück, der – in gewissem Gegensatz zum heutigen Mainstream – sich darüber klar war, dass man die massenhafte Abwendung vom Staat nicht mit repressiven Maßnahmen verhindern kann. Der Sozialstaat entstand aus dem Bedürfnis des Nationalstaates, auf seinem Territorium für Frieden und Sicherheit zu sorgen und orientierte sich deshalb nicht an ethnischer Zugehörigkeit und Staatsbürgerschaft (Kingreen, S. 90). Ausgerechnet die Binnenmarktfreiheiten scheinen hier eine neue Tendenz zu begründen.²⁸ Die Sozialrechtsverhältnisse auf europäischer Ebene lösen sich von der Arbeitnehmereigenschaft ab und driften in Richtung Unionsbürgerschaft ab: In den ersten drei Monaten ihres Aufenthaltes in einem anderen Mitgliedstaat haben EU-Bürger zwar keinen Anspruch auf Sozialhilfe.

Danach steht ihnen ein Aufenthaltsrecht bis zu 5 Jahren im Gastland zu, wenn sie in dieser Zeit einerseits nicht bedürftig und andererseits krankenversichert sind. In dieser Zeit können sie jedoch bereits soziale Leistungen empfangen, z.B. in Form von Studienbeihilfen. Nach fünf Jahren im

27 „Bismarck und Binnenmarkt. Zur Supranationalisierung sozialer Rechte“, S. 89 ff.

28 Zur Bedeutung der Sozialpolitik im Entstehungsprozess der EG siehe die Kuselit-Rezension „Sozialexport“ zu: Maximilian Fuchs (Hrsg.) / Jan Horn, Europäisches Sozialrecht, - Paket -, Nomos Verlag, Baden-Baden, 2010 ca. 1350 S., ISBN 978-3-8329-5678-3, 149.- € <http://www.kuselit.de/rezension/15898/Europaeisches-Sozialrecht.html> und ZID 45 / 2010 unter Nr. 25 Europa / Europarecht, <http://www.kuselit.de/zid/pdf/201045.pdf>.

29 Vgl. die Kuselit-Rezension „Das Böse, das im Namen des Guten geschieht, ist nicht Gutes!“, zu Johannes Badenhop, „Normtheoretische Grundlagen der Europäischen Menschenrechtskonvention“, Kieler Rechtswissenschaftliche Abhandlungen (NF), Band 63, Nomos, Baden-Baden 2010, 476 S., Broschiert, ISBN 978-3-8329-5950-0, ZID 2/2011 unter Nr. 26 (Internationales Recht), <http://www.kuselit.de/zid/pdf/201102.pdf>.

30 Siehe die Kuselit-Rezension „Erpressungspotential“ zu Christina Knahr / August Reinisch (Hrsg.), Aktuelle Probleme und Entwicklungen im Internationalen Investitionsrecht. Tagungsband des 8. Graduiertentreffen im Internationalen Wirtschaftsrecht in Wien 2007, (SR: Internationale Wirtschaft und Recht, Bd. 5), Stuttgart 2008, ISBN 978-3-415-04020-5 (218 S.), <http://www.kuselit.de/rezension/15177/Aktuelle-Probleme-und-Entwicklungen-im-Internationalen-Investitionsrecht.html>.

Gastland verbietet das dann bestehende Daueraufenthaltsrecht die sozialrechtliche Differenzierung (Kingreen, S.100). Diese Entwicklung ist nicht ohne Probleme und vollzieht sich nicht ohne Fallstricke: Der erste Punkt ist der Druck, der davon auf die nationalen Sozialsysteme ausgehen wird. Der zweite Punkt schwächt den Druck zwar insofern etwas ab, dass die differenzierte sozialrechtliche Integration hinter dem Primat der „ökonomischen Ziele“ der EU zurückstecken muss (Kingreen, S.101 unter Berufung auf Graubitz 1970). Der dritte Punkt ist das Rangverhältnis zwischen den Binnenmarktfreiheiten und den sozialen Grundsätzen der EU. Im Fall einer Kollision werden soziale Grundsätze in der Regel sich nur ganz selten und ausnahmsweise gegen die als Grundrechte ausgestalteten Binnenmarktfreiheiten durchsetzen können.²⁹ Lässt sich daraus auf „Goldene Zeiten“ schließen? Für die Rechtswissenschaft (Henrich, S. 88) trifft das fraglos zu.

Ähnliches gilt für den Kasinokapitalismus, der ohne wertschöpfenden Beitrag die Binnenmarktfreiheiten weiter dazu nutzen wird, ganze Volkswirtschaften zu plündern³⁰. Schlechte Zeiten sind dagegen angesagt nicht nur für die „Unterwelt der Überflüssigen“³¹ am unteren Ende der Gesellschaft, sondern auch für die heute noch arbeitenden Bevölkerung, der man es überlässt, den nach der Plünderung übrig bleibenden und ständig schrumpfenden Rest für soziale Zwecke zu verwenden oder nicht. Das heißt dann in der politischen Sprache: „Der Sozialstaat ist nicht finanzierbar.“³²

Dr. Axel Schwarz, Moritzburg

31 Siehe die Kuselit-Rezension Trautnitz, Georg, „Normative Grundlagen der Wirtschaftsethik. Ein Beitrag zur Bestimmung ihres Ausgangsparadigmas.“ Duncker & Humblot 2008, ISBN 978-3-428-12360-5, Volkswirtschaftliche Schriften (VWS 554), <http://www.kuselit.de/rezension/15135/Normative-Grundlagen-der-Wirtschaftsethik.html>.

32 Siehe die Kuselit-Rezension „Zombies“ zu „Postneoliberale Rechtsordnung“, Schwerpunktthema im Rahmen einer grenzüberschreitenden Kooperation, Juridikum 4/2010 und Kritische Justiz 4/2010, „Juridikum 4/2010“ und „Kritische Justiz 4/2010“, ZID 2/2011 unter Nr. 27 (Politik – Geschichte – Philosophie – Soziologie), <http://www.kuselit.de/zid/pdf/201102.pdf>.

25. Europa | Europarecht

ABl. EU C	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe C - Mitteilungen und Bekanntmachungen	37-82/2011
ABl. EU L	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe L - Rechtsvorschriften	31-69/2011
EFFL	European Food and Feed Law Review	1/2011
EStAL	European State Aid Law Quarterly	1/2011
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift	1-4/2011
EuR	Europarecht - ersch. in Verbindung mit der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Europarecht	1/2011
EurUP	Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht	1/2011
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht	4-6/2011
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht - Betriebs-Berater für Europarecht	1-2/2011
Osteuropa	Osteuropa - Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde	1/2011
OstEurR	Osteuropa-Recht - Gegenwartsfragen aus den Rechten des Ostens	1/2011

26. Internationales Recht

Thomas Kleist | Alexander Roßnagel
Alexander Scheuer

20 Jahre EMR

Europäisches und nationales Medienrecht im Dialog

Recht – Politik – Kultur – Technik –
Nutzung

Baden-Baden 2010
553 S., 149.00 €
ISBN 978-3-8329-6241-8



Die Festschrift zum 20-jährigen Bestehen des Instituts behandelt aktuelle Fragestellungen des europäischen und nationalen Medienrechts anhand der drei Themenbereiche „Politischkultureller Kontext“, „Inhalte und Strukturen der europäischen Medienordnung“ sowie „Medien und ihre Nutzung“. Eine kommentierende Darstellung der wesentlichen Entwicklungsschritte des Instituts ergänzt diese Festschrift.

Thomas Kleist

Der politisch-kulturelle Kontext – Akteure und Determinanten der Medienordnung

Neelie Kroes

The Digital Agenda for Europe.
A Flagship of the Europe 2020 Strategy

Doris Pack

Perspektiven für Kultur und Medien.
Das EP als Schirmherr der Kreativwirtschaft

Kurt Beck

Zwischen Brüssel und Straßburg.
Rückfahrt nach Straßburg?

Bernd Neumann

Medienpolitische Initiativen des BKM in
der Informationsgesellschaft

Egbert Dommering

Data, Information and Communications in
21st Century Europe: A Conceptual
Framework

Dieter Dörr

Bedeutung der EMRK und der Empfeh-
lungen des Europarats für das deutsche
Medienrecht

Michael Holoubek

Unabhängigkeit des Rundfunks durch
Unabhängigkeit der Rundfunkregulierung?

Martin Dumermuth

Die Bedeutung des Europarechts für die
Medienregulierung in der Schweiz

Peter Müller

„Vom Saarland lernen, heißt ...“. Erfahrun-
gen mit(ten in) Europa

Gottfried Langenstein

Europäische Kultur im digitalen Wettbe-
werb

Reinhard Klimmt

Medien SaarLorLux

Rolf H. Weber

Externe und interne Einflüsse der Vielfalt
auf die Medienordnung im föderalen
Bundesstaat

Thomas Langheinrich

Zentralisierter Föderalismus und Vielfalt –
Medienaufsicht in der Bewährungsprobe

Wolfgang Cloß

Fakten, Informationen und Analysen.
Notwendige Diskussions- und Entschei-
dungsgrundlagen für die audiovisuelle
Politik und die audiovisuelle Industrie in
Europa

Fritz Raff

Gelebte Gemeinschaft. Spielräume in
der ARD

Christoph Gröpl

Finanzverfassungsrechtliche Fragen der
Medienabgabe.

Norbert Holzer

Von der Rundfunkgebühr zum
Medienbeitrag. Versuch einer Einordnung
zwischen „Schachzug“ und „Kurzschluss“

Karl Rauber

Co-Regulierung der Finanzierungsstruktur.
Solidarität und funktionsadäquate
Ausstattung auf dem Prüfstand

Markus Schächter

Klassischer Auftrag mit neuen Qualitäten.
Die Konkretisierung des Telemedienauf-
trags des ZDF

Weitere Informationen finden Sie unter:

www.nomos-shop.de

SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht Revue suisse de droit international et de droit européen	3/2011
VN	Vereinte Nationen - Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen	1/2011
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht Heidelberg Journal of International Law	1/2011
ZJapanR	Zeitschrift für Japanisches Recht - Journal of Japanese Law (hrsg. von der Deutsch-Japanischen Juristenvereinigung (DJJV) und dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatecht)	30/2010

Rolf Gröschner | Wolfgang Reinhard

Tage der Revolution Feste der Nation

Tübingen 2010
297 S., 49.00 €
ISBN 978-3-16-150629-1



Wolfgang **Spickermann**

Neue Könige - neue Feste. Die Einführung von Festtagen für hellenistische Herrscher in der griechischen Polis

1

Jörg **Rüpke**

»Königsflucht« und Tyrannenvertreibung. Zur Historisierung des Regifugium in augusteischer Zeit

29

Michael **Borgolte**

Revolutionsgedenken. Zur Sakralisierung profaner Ereignisse zwischen Mittelalter und Moderne

43

Volker **Leppin**

31. Oktober 1517 — Der symbolische Anfang der Reformation und die lutherische Festkultur

55

Werner **Heun**

Der 4. Juli 1776 - Die Vergegenwärtigung der Revolution in der Erinnerungskultur der USA

73

Oliver W. **Lembcke**

14. Juli 1789 - Erfindung der Revolution

93

Ludwig **Siep**

Das Recht der Revolution - Kant, Fichte und Hegel über 1789 und die Folgen

115

Horst **Dreier**

Die deutsche Revolution 1918/19 als Festtag der Nation? Von der (Un-) Möglichkeit eines republikanischen Feiertages in der Weimarer Republik

145

Heino **Falcke**

Die Herbstrevolution und der Beitrittsprozeß. Eindrücke und Reflexionen eines Zeitzeugen

191

Ehrhart **Neubert**

Die Sprache in der Revolution 1989

203

Michael **Kilian**

Staatsrecht und Staatssymbolik zwischen 9. November 1989 und 3. Oktober 1990

221

Gert G. **Wagner**

Die verschwiegene Revolution der Volkswirtschaft in den Neuen Bundesländern

241

Wolfgang **Reinhard**

Die wünschenswerte Ambivalenz historischer Nationalfeiertage

253

Rolf **Gröschner**

Der 9. November als Feiertag einer Freiheitsrevolution

261

www.mohr.de

APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage Das Parlament	9-14/2011
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie - Archives de Philosophie de Droit et de Philosophie Sociale / Archives for Philosophy of Law and Social Philosophy	1/2011
JoJZG	Juristische Zeitgeschichte - Journal der Juristischen Zeitgeschichte	1/2011
JRP	Journal für Rechtspolitik In Zusammenarbeit mit der Österreichischen Parlamentarischen Gesellschaft	4/2011
KJ	Kritische Justiz	1/2011
RuP	Recht und Politik - Vierteljahresshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik	1/2011
S+F	Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden	4/2010

28. Wirtschaftswissenschaften

Günter Maus

Bilanzsteuerrecht und Buchführung

Steuern und Finanzen in Ausbildung
und Praxis, Band 2

Weil im Schönbuch 2010
456 S., 49.90 €
ISBN 978-3-941480-23-0



Bilanzsteuerrecht und Buchführung kompakt und übersichtlich dargestellt. Optimale Prüfungsvorbereitung! Mit zahlreichen Übersichten, Beispielen und Übungsfällen.

Inhalt: Das Buch ermöglicht einen einfachen Einstieg in die komplexe Welt des Bilanzsteuerrechts.

Mit zahlreichen Beispielen und Übersichten werden die handels- und steuerrechtlich relevanten Regelungen verständlich dargestellt. Das Lehrbuch ist die ideale

Ergänzung entsprechender Vorlesungen. Es eignet sich in gleicher Weise für Zwecke des Selbststudiums. Kurz und prägnant werden Zusammenhänge und Lösungswege aufgezeigt. Die Konzeption des Buches ermöglicht eine solide und zielgerichtete Prüfungsvorbereitung für sämtliche handels- und steuerrechtlichen Studiengänge an allen Arten von Hochschulen, für die Ausbildung zum Steuerfachangestellten, die Fortbildung zum Steuerfachwirt und zum Bilanzbuchhalter. Es eignet sich darüber hinaus vorzüglich zur Vorbereitung auf die Steuerberaterprüfung und als Nachschlagewerk für den Praktiker.

Käufer des Buchs erhalten einen kostenlosen E-Book Zugang. Dort stehen zwei Übungsklausuren mit Lösungen zur Online-Nutzung für Sie bereit.

Zielgruppe: Steuerrechtliche Studiengänge an allen Arten von Hochschulen, Ausbildung zum Steuerfachangestellten, Fortbildung zum Steuerfachwirt und Bilanzbuchhalter, Ausbildungskurse zur Steuerberaterprüfung, Praktiker in der Steuerverwaltung und in der steuerlichen Beratung.

Der Autor: Prof. Günter Maus, Professor für Steuerrecht an der Fachhochschule Ludwigsburg, Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg. Er ist Autor verschiedener Fach- und Lehrbücher zum Steuerrecht und seit Jahren in der Steuerberaterausbildung tätig.

www.steuer-und-wirtschaftsbuecher.de

BBK	Buchführung, Bilanz, Kostenrechnung - Betrieb und Rechnungswesen	5-6/2011
BBP	Betriebswirtschaft im Blickpunkt - Unternehmensberatung, Bilanzierung, Finanzierung	2-3/2011
BC	Zeitschrift für Bilanzierung, Rechnungswesen und Controlling - Bilanzen . Steuern Wirtschaftsrecht . Finanzierung . Beratungspraxis	3/2011
Ideenmanagement	Ideenmanagement - Vorschlagswesen in Wirtschaft und Verwaltung	1/2011
IRZ	Zeitschrift für Internationale Rechnungslegung	3/2011
JITE	Journal of Institutional and Theoretical Economics vormals Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft	1/2011
KoR	Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung Monatliche Beilage zu Finanz-Betrieb (FB)	3/2011
NWB-BB	Betriebswirtschaftliche Beratung Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Fragen rund um das Mandat des Steuerberaters	3/2011
PFB	Praxis Freiberufler-Beratung - Steuergestaltung - Wirtschaftsberatung Private Finanz- und Vermögensplanung	3/2011
PiR	Praxis der internationalen Rechnungslegung - StuB-Beilage zur IFRS-Bilanzierung	3/2011
PREv	Revisionspraxis Journal für Revisoren, Wirtschaftsprüfer, IT-Sicherheits- und Datenschutzbeauftragte	1/2011
WiSt	Wirtschaftswissenschaftliches Studium - Zeitschrift für Ausbildung und Hochschulkontakt	2/2011
WPg	Die Wirtschaftsprüfung - Der Berater der Wirtschaft	5-6/2011
zfbf	Schmalenbachs Zeitschrift für betriebliche Forschung / Schmalenbachs Business Review	3/2011
ZfKE	Zeitschrift für KMU und Entrepreneurship	1/2011

29. Sonstiges

PRESSEMITTEILUNG

Zu früh gefreut Schenken ist gar nicht so einfach!

Notar weist auf rechtliche Fallstricke hin

Die Motive für lebzeitige Schenkungen sind vielfältig. „Häufig wollen Eltern ihren Kindern eine Starthilfe zukommen lassen, manche wollen sich mit der Schenkung von Verwaltungslasten befreien, die meisten wollen Steuern sparen“, weiß Notar Michael Uerlings, Pressesprecher der Rheinischen Notarkammer. Oft geht es auch darum, Pflichtteilsansprüchen Angehöriger zuvor zu kommen. Der Vorteil: Das Vermögen wird zu einem Zeitpunkt verteilt, zu dem man noch die Kontrolle hat! So hofft der Schenker Streit unter den späteren Erben zu vermeiden. Damit sich dieser Wunsch jedoch nicht in sein Gegenteil verkehrt, ist auf einige rechtliche Fallstricke zu achten.

Übertragen Eltern ihr Haus auf eines ihrer Kinder, damit es sie in der Unterhaltung entlastet, stellt sich die Frage, ob sich das beschenkte Kind im Erbfall den Wert des Hauses auf seinen Erbteil anrechnen lassen muss oder ob es gegenüber den anderen Kindern privilegiert sein soll, indem es das Haus zusätzlich erhält. „Die Eltern müssen dies bereits bei der Übertragung eindeutig klarstellen“, erklärt Uerlings. Werden keine klaren Bestimmungen zur Anrechenbarkeit getroffen, entbrennt Streit darüber, was von den Eltern tatsächlich gewollt war. „Manch Erblasser würde sich im Grabe umdrehen, wenn er sehen könnte, welchen Ärger er unter seinen Kindern angerichtet hat, obwohl er doch nur das Beste wollte“, so Uerlings.

Ein ähnliches Problem der Berücksichtigung von Schenkungen stellt sich auch im Hinblick auf Pflichtteilsansprüche. Ein Beispiel: Eine Mutter macht einem ihrer Kinder ein Geschenk und setzt das andere zum Ausgleich dafür zu ihrem Alleinerben ein. Hier steht dem beschenkten Kind im Erbfall trotz der Schenkung ein Pflichtteilsanspruch zu. Es stellt sich aber die Frage, ob das Geschenk den Pflichtteilsanspruch schmälert. „Auch dies hängt von den Bestimmungen der Mutter ab, welche diese bei der Schenkung getroffen hat.“, weiß Uerlings. Verkompliziert wird die Lage beim Pflichtteil dadurch, dass zwischen Ausgleichung und Anrechnung unterschieden wird, die auch nebeneinander in Betracht kommen. Für den Laien sind diese Unterschiede kaum nachvollziehbar, so dass oftmals eine Beratung durch einen Fachmann unerlässlich ist. Uerlings: „Ein Notar hätte auch auf die Möglichkeit eines Pflichtteilsverzichts des beschenkten Kindes im Gegenzug für die Schenkung hingewiesen.“

Der meiste Zündstoff besteht bei Schenkungen, mit denen Pflichtteilsansprüche geschmälert werden sollen. Wer mit Schenkungen seinem Nachlass Masse entziehen will, muss wissen, dass es eine so genannte Pflichtteilsergänzung gibt. Der Wert des Geschenks wird dem Nachlass zur Berechnung des Pflichtteils wieder hinzugerechnet, wenn zwischen Erbfall und Schenkung nicht mehr als zehn Jahre vergangen sind. Der zu berücksichtigende Wert der Schenkung wird für jedes Jahr, das seit der Schenkung vergangen ist, um 1/10 reduziert. Unbekannt ist aber vielfach, dass die Zehn-Jahresfrist überhaupt

nicht zu laufen beginnt, wenn sich der Schenker etwa einen Nießbrauch an dem geschenkten Gegenstand vorbehält. „Die Überraschung ist dann groß, wenn plötzlich eine Pflichtteilsergänzung gegen den Erben geltend gemacht wird, obwohl die Schenkung mehr als zehn Jahre zurückliegt.“, erklärt Uerlings. Schenkungen an einen Ehepartner schließlich helfen im Regelfall überhaupt nicht weiter, da unter Eheleuten die Zehn-Jahresfrist erst mit Auflösung der Ehe zu laufen beginnt. Bleibt diese bis zum Tod des Erblassers bestehen, ist der Wert des Geschenks für die Pflichtteilsberechnung in voller Höhe zu veranschlagen.

Abdruck honorarfrei

März 2011: Falls Sie den Zitatgeber der Rheinischen Notarkammer durch einen anderen Experten ersetzen möchten, beziehen Sie sich bitte auf folgende Namen: Frau Eliane Schuller von der Landesnotarkammer Bayern, Herrn Daniel Wassmann von der Notarkammer Pfalz, Herrn Hayo Schapp von der Hamburgischen Notarkammer, Herrn Dr. Steffen Breßler von der Notarkammer Koblenz sowie Herrn Dr. Thomas Diehn von der Bundesnotarkammer.

Sollten Sie Interesse an weiteren Informationen zu diesem Thema haben, freuen wir uns, wenn Sie uns kontaktieren.

Bitte beachten Sie auch die neue Suchfunktion und die FAQ`s auf der Homepage

www.notar-recht.de

KUR	Kunst und Recht - Journal für Kunstrecht, Urheberrecht und Kulturpolitik	1/2011
npoR	Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen	1/2011
SB	Stiftungsbrief - Informationsdienst für Stiftungen und ihre Berater	3/2011
VereinsBrief	VereinsBrief Steuern - Buchführung - Recht - Der Informationsdienst für Vereine und ihre Berater	3/2011
W&S	Das Sicherheitsmagazin	1/2011
ZfWG	Zeitschrift für Wett- und Glücksspielrecht	1/2011
ZStV	Zeitschrift für Stiftungs- und Vereinswesen - Recht, Steuern, Wirtschaft, Politik	1/2011

- Monatsübersicht -

Minderjährige Fußballprofis Abseitsfalle Jugendschutz

Schalke 04 hat mit einem knappen 1:0 gegen Bayern München das Finale des DFB-Pokals erreicht. Anders als im Viertelfinale brauchte der Verein nicht in die Nachspielzeit zu gehen. Trotzdem kann es noch ein Nachspiel geben – diesmal aber ein juristisches. Denn der Einsatz des 17-jährigen Nachwuchsstars Julian Draxler war rechtswidrig. Ein Kommentar von Prof. Dr. Arnd Diring.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2677/minderjaehrige_fussballprofis_abseitsfalle_jugendschutz/

Fünf Fragen zur Bezahlung von Insolvenzverwaltern Vom richtigen Lohn fürs Manage- ment einer Pleite

Der Münchener Anwalt Christian Gerloff soll nach Medienberichten fünf Millionen Euro für seine Arbeit als Insolvenzverwalter der Modefirma Escada verlangt haben - angeblich auf Grundlage eines Vertrages. Aber kann eine Vergütung überhaupt vertraglich vereinbart werden? Und wonach bestimmt sich eigentlich grundsätzlich die Höhe? LTO hat bei Thomas Schmidt nachgefragt.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2724/vom_richtigen_lohn_fuers_management_einer_pleite/

Der Fall Weiler vs. Calvo-Goller Mehr als eine Frage der „Ehre oder Schande“

Mit einer Verleumdungsklage wollte sich eine Jura-Dozentin aus Israel gegen die Buchbesprechung eines Kölner Professors wehren. Am Donnerstag scheiterte sie damit in Paris. Das Urteil ist nicht zuletzt international wegweisend für die Verfolgung von Straftaten im Internet.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2700/wissenschaftsfreiheit_im_internet_mehr_als_eine_frage_der_ehre_oder_schande/

Bleiberecht für ausländische Eltern „Wenn Luxemburg keine Ausnahmen zulässt, wären die Konsequenzen enorm“

Unrechtmäßig in der Union lebende Ausländer dürfen bleiben, wenn ihr Kind EU-Bürger ist. Das gilt auch ohne grenzüberschreitenden Bezug, so der Gerichtshof am Dienstag. LTO sprach mit Prof. Dr. Daniel Thym über ein schlecht begründetes Urteil, das Millionen von Menschen betrifft - und die Migrations- und Integrationspolitik der Bundesregierung in Frage stellen könnte.

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2731/bleiberecht-fuer-auslaendische-eltern-wenn-luxemburg-keine-ausnahmen-zulaesst-waeren-die-konsequenzen-enorm/>

BVerfG Kleine Gefängniszelle verstößt gegen Menschenwürde

Die Unterbringung mehrerer Strafgefangener in einer kleinen Zelle ohne abgetrennte und gesondert belüftete Toilette ist nicht rechtmäßig. Den Betroffenen kann deshalb ein Anspruch auf Geldentschädigung zustehen. Das entschied das BVerfG in einem am Mittwoch veröffentlichten Beschluss.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2722/bverfg_kleine_gefaengniszelle_verstoest_gegen_menschenwuerde/

OVG Münster Kein Asylrecht für ägyptischen Hassprediger

Das OVG Münster hat in einem am Mittwoch verkündeten Urteil die Rechtmäßigkeit des Widerrufs der Asylanerkennung eines Imams mit ägyptischer Staatsangehörigkeit bestätigt.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2729/ovg_muenster_kein_asylrecht_fuer_aegyptischen_hassprediger/

LAG Hessen Versetzung ins Ausland während Elternzeit unzulässig

Zwei Tage pro Woche sollte eine junge Mutter aus Frankfurt in ihrer Elternzeit von London aus arbeiten und den Großteil der Reisekosten selbst tragen. Das wertete das LAG Hessen in einem am Mittwoch bekanntgegeben Eilverfahren als unzulässig.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2726/lag_hessen_versetzung_ins_ausland_waehrend_elternzeit_unzulaessig/

Home-Office Das bessere Büro

Auf Arbeit lässt es sich schlecht arbeiten. Das behauptet der US-Amerikaner Jason Fried. Der Autor und Unternehmer macht diese These an einer nicht repräsentativen Umfrage unter Freunden fest. „Ich habe gefragt: Wenn du wirklich konzentriert an einer Sache arbeiten musst, wo kannst du das am Besten?“ Nicht ein einziger der Befragten antwortete „Na, auf Arbeit!“ oder „Im Büro natürlich“.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2709/home_office_das_bessere_buero/

Reputationsmanagement Nur Gutes bei Google

Für einen Anwalt ist die Online-Reputation besonders wichtig: Heutzutage befragt nahezu jeder, der einen Rechtsbeistand sucht, Google. Und damit nicht allein ein komplizierter Algorithmus in Sekunden darüber entscheidet, ob ein neuer Mandant gewonnen wird oder nicht, sollte jeder Anwalt dafür sorgen, dass Google ihn kennt – und zwar von seiner besten Seite.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2735/reputationsmanagement_anwalte_nur_gutes_bei_google/

– Monatsübersicht –

„Art Lawyer“ Jens O. Brelle Der Magazin-Marathon-Mann

Der Hamburger Medienanwalt Jens O. Brelle wollte eigentlich Fotodesign studieren, um Teil der Design-, Medien- und Kunstszene zu werden. Doch dann entschloss er sich zum Umweg über „Los“ und tummelt sich heute als Medienanwalt genau dort, wo er ursprünglich hin wollte. Gil Eilin Jung sprach mit dem Art Lawyer über private Galerien, Magazin-Marathons, Erotikrecht und Carsten Maschmeyer.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2692/art_lawyer_jens_o_brelle_der_magazin_marathon_mann/

Zum Auftakt des regierungsamtlichen Dichter-Jahres Heinrich von Kleist, juristisch bedingt tauglich

Für Rechtserkenntnisse ist das Werk Heinrich von Kleists nur begrenzt zu gebrauchen. Das juristisch vielleicht einschneidendste Manöver in seinem Leben fand nach seinem Tod statt: der Obduktionsbericht wurde, vielleicht aus juristischen Motiven, ein bisschen zurechtgebogen. Juristen scheinen von Kleist aber sprachlich gelernt zu haben. Eine Annäherung von Martin Rath.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2689/beginn_des_regierungsamtlichen_dichter_jahres_heinrich_von_kleist_juristisch_bedingt_tauglich/

Bundesgerichte Neue Bundesrichter gewählt

Der Bundesrichterwahlausschuss hat 18 neue Bundesrichter gewählt. Jetzt gab das Bundesjustizministerium die Namen bekannt.

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2798/bundesrichterwahlausschuss-neue-Bundesrichter-gewaehlt/>

Atompolitik in Deutschland „Kein Jurist teilt die Position der Regierung“

Die am Montag wahlkampf wirksam erklärte „Aussetzung der Laufzeitverlängerung“ soll es nun doch nicht geben, das „Moratorium“ ist jetzt die vorläufige Abschaltung sieben alter Meiler. Nicht nur rechtlich, sondern schon begrifflich herrscht in der deutschen Atompolitik gerade ein ziemliches Durcheinander. Worum es geht und was nicht geht, erklärt Prof. Dr. Joachim Wieland im Interview.

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2799/atompolitik-in-deutschland-kein-jurist-teilt-die-position-der-regierung/>

Nachtragshaushalt in NRW Die Politik kommt ins Schlingern

Das Nachtragshaushaltsgesetz der rot-grünen Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen ist verfassungswidrig. Die Verfassungsrichter in Münster verwarfen, mahnten und warnten vor neuen Schulden. Sebastian Roßner über eine deutliche Entscheidung, politische Gestaltungsspielräume und mögliche Neuwahlen.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2770/nachtragshaushalt_in_nrw_die_politik_kommt_ins_schlingern/

Werbung mit zu Guttenberg-Konterfei „Auch die besten Alpinisten kehren manchmal vor dem Gipfel um“

Während der Ältestenrat im Bundestag über seine Inanspruchnahme des Wissenschaftlichen Dienstes rätselt, bildet ein Unternehmen Karl-Theodor zu Guttenberg in einer ganzseitigen Werbeanzeige ab und lässt sich eine Anspielung auf den Rücktritt des Ex-Ministers nicht nehmen. David Ziegelmayr erklärt, ob „KT“ Humor beweisen muss oder sich erfolgreich wehren kann.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2785/werbung_mit_zu_guttenberg_konterfei/

Bundesrichterwahl Neue Juristen auf höchsten Posten

Am Donnerstag wurden mehrere Stellen von Bundesrichtern neu besetzt. Das Wahlverfahren ist immer wieder Gegenstand von Kritik: Es sei zu wenig transparent und zu stark von parteipolitischen Interessen beeinflusst. Der Einfluss der Exekutive beschränke zunehmend die Unabhängigkeit der Justiz. Ein Überblick über die Grundlagen für den Weg in die wichtigsten juristischen Ämter.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2790/bundesrichterwahl_neue_juristen_auf_hoechsten_posten/

Merkel zur vorläufigen AKW-Abschaltung „Anwendung des Atomgesetzes in einer neuen Lage“

In ihrer Regierungserklärung vom Donnerstag erklärte Angela Merkel, die vorläufige Abschaltung von sieben Kernkraftwerken könne auf § 19 Abs. 3 Atomgesetz gestützt werden. Juristische Tricks könnte man ihr nicht unterstellen. Beiträge zur privaten Krankenversicherung in voller Höhe verlangen kann.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2788/Merkel_zur-vorlaeufigen_akw_abschaltung_anwendung_des_atomgesetzes_in_einer_neuen_lage/

Gesetzgebung Neues Kinderschutzgesetz auf den Weg gebracht

Nach jahrelanger Debatte hat das Kabinett am Mittwoch ein neues Kinderschutzgesetz beschlossen. Der Entwurf sieht unter anderem den verstärkten Einsatz von Familienhebammen in Problemfamilien vor. Dafür will der Bund von 2012 an 30 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung stellen.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2779/gesetzgebung_neues_kinderschutzgesetz_auf_den_weg_gebracht/

Job. Wissen. Leben.

– Monatsübersicht –

Onlineangebote Neue Recruiting-Plattform für Juristen

Unter der Adresse www.clavisto.de ist eine neue Recruiting-Plattform für High Potentials an den Start gegangen. Der Anbieter kooperiert exklusiv mit marktführenden Kanzleien wie Allen & Overy LLP und Baker & McKenzie.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2754/onlineangebote_neue_recruiting_plattform_fuer_juristen/

Universitäts-Repetitorien An der richtigen Stelle gespart?

Immer mehr juristische Fakultäten bieten eigene Repetitorien an. Wir blicken hinter die Kulissen. Können die Hochschulen das Gleiche leisten wie kommerzielle Anbieter? Was machen sie anders? Und welche Vorteile haben die Angebote der Unis?

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2757/universitaetsrepetitorien_kostet_nichts_hat_trotzdem_wert/

Neue Büromodelle Die Manchmal-und-überall-Kanzlei

Was braucht man als Jurist schon zum Arbeiten? Telefon, Laptop – ach ja, und eine Kanzlei. Klar können Sie Telefonate in der Bahn annehmen und Gutachten zu Hause oder im Café tippen. Aber wenn Sie einen Mandanten treffen wollen, brauchen Sie einen vorzeigbaren Raum. Flexible Büromodelle sind die Lösung – das Angebot reicht vom Full-Service-Edelbüro bis zur hippen Arbeits-Community.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2784/anwalt_kanzlei_coworking_shared_office/

Christoph Seibt „Unsere Kollegen in Tokio zerstreuen die Besorgnis“

Im September kehrte der Freshfields-Partner Prof. Dr. Christoph Seibt von einem dreimonatigen Sabbatical aus Japan zurück. Heute blickt er betroffen, aber nicht hoffnungslos auf ein Land, das Erdbeben, Tsunamis und atomarer Bedrohung trotzen muss. Gil Eilin Jung sprach mit dem Rechtswissenschaftler über die Lage vor Ort, japanisches Rechtsverständnis und Hilfsmaßnahmen.

<http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2795/Christoph-Seibt/>

Recht frech / Die etwas andere Literaturübersicht Professorenzank und neue Kriege

Ein anerkannter Rechtshistoriker gießt satirischen Spott über einen prominenten Arbeitsrechtler. „Agonaler Autismus“ könnte die Diagnose für ihren harmlosen Streit lauten, die sich auch auf „heiße“ Probleme des Afghanistan-Einsatzes anwenden lässt. So lustig der Professorenzank, so ernst die weiteren Fragen. Ein Marsch durchs juristische und rechtsempirische Gelände von Martin Rath.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2744/recht_frech__die_etwas_andere_literaturuebersicht_professorenzank_und_neue_kriege/

Gesetzgebung Stärkung der Rechte von Opfern sexueller Gewalt

Am Mittwoch beschloss das Bundeskabinett einen Gesetzesentwurf, der den Opfern sexuellen Missbrauchs mehr Rechte zuspricht. Der Gesetzesentwurf sieht unter anderem vor, die zivilrechtlichen Verjährungsfristen von bislang drei auf 30 Jahre zu verlängern.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2850/gesetzgebung_staerkung_der_rechte_von_opfern_sexueller_gewalt/

EGMR zu religiösen Symbolen in Klassenzimmern Das Kreuz Europas mit dem Kreuzifix

Kreuzfixe in italienischen Schulen verstießen laut EGMR nicht gegen die Religionsfreiheit der Schüler. Im Fall des Schweizer Verbots zum Kopftuch muslimischer Lehrerinnen war das Gericht noch von genau einer solchen Beeinträchtigung ausgegangen. Wie ist dieser Widerspruch zu erklären? Und welche Folgen hat das Urteil für Deutschland? Ein Kommentar von Przemyslaw N. Roguski.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2825/egmr_zu_religioesen_symbolen_in_klassenzimmern_das_kreuz_europas_mit_dem_kreuzifix/

BGH zu risikoreichen SWAP-Geschäften Wer nicht berät, muss zahlen

Der BGH hat eine Bank zur Zahlung von Schadensersatz wegen der Verletzung von Beratungspflichten bei Spread Ladder Swap-Geschäften verurteilt. Die von den Prozessvertretern der unterliegenden Bank vor der Entscheidung prognostizierte zweite Finanzkrise dürfte es dadurch wohl nicht geben. Dennoch ändert sich für die Banken Einiges, meint Dr. Dirk Tuttlies.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2843/bgh_zu_risikoreichen_swap_geschaeften_wer_nicht_beraet%2C_muss_zahlen/

BFH Ausländischer Atommüll unterliegt deutscher Umsatzsteuer

In einem am Mittwoch veröffentlichten Urteil hat der BFH entschieden, dass für die Übernahme im Ausland befindlicher ausgedienter radioaktiver Strahlenquellen durch einen inländischen Unternehmer die deutsche Umsatzbesteuerung gilt.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2844/bfh_auslaendischer_atommuell_unterliegt_deutscher_umsatzsteuer/

Job. Wissen. Leben.

– Monatsübersicht –

Krieg in Libyen Viele mögliche Angeklagte für Den Haag

Der Weltsicherheitsrat hat die Militärschläge durch westliche und arabische Staaten absegnet. Wochen zuvor war der Internationale Strafgerichtshof mit Ermittlungen auch wegen möglicher Kriegsverbrechen beauftragt worden. Damit könnten außer Gaddafi und seinem Gefolge nun auch die anderen Konfliktparteien ins Visier der Strafverfolger geraten. Ein Kommentar von Denis Basak.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2857/krieg_in_libyen_viele_moegliche_angeklagte_fuer_den_haag/

Inhaftierte Terrorverdächtige Auf Guantánamo Bay bleibt alles anders

Unter dem Eindruck der dramatischen Entwicklung in den arabischen Staaten hat die Weltöffentlichkeit von einem anderen Ereignis Anfang März nur am Rande Notiz genommen: der Anordnung von US-Präsident Obama, dass das Militärlager auf Guantánamo Bay fortgeführt wird. Christian Tomuschat mit einem Rückblick auf fast zehn Jahre rechtlich höchst umstrittene Anti-Terror-Politik.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2832/inhaftierte_terrorverdaechtige_auf_guantanamo_bay_bleibt_alles_anders/

VG Köln „Wahl-O-Mat“ bleibt online

Das VG Köln hat mit einem am Freitag bekannt gegebenen Beschluss den Eilantrag des Landesverbandes der Partei ddp Rheinland-Pfalz abgelehnt, die Bundeszentrale für politische Bildung zu verpflichten, den „Wahl-O-Mat“ zur rheinland-pfälzischen Landtagswahl sofort von ihrer Internetseite zu nehmen.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2816/vg-koeln-wahl_o_mat_bleibt_online/

LG Berlin Einbindung des „Gefällt-mir“-Buttons nicht wettbewerbswidrig

In dem so weit ersichtlich ersten Verfahren bundesweit hat das LG Berlin am Mittwoch über den Antrag eines Mitbewerbers auf Unterlassung der Verwendung des „Gefällt-mir“-Buttons von Facebook durch eine Verkaufsplattform entschieden. Der Antrag wurde zurückgewiesen - die ungeklärte Rechtsfrage nach dem Datenschutz aber ließen die Richter dabei offen.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2854/lg_berlin_gefaellt_mir_button_ist_kein_wettbewerbsverstoss/

Petrisberg Law & Leadership Academy WG für Exzellenz-Studenten

Im Wintersemester 2011 heißt die „Petrisberg Law & Leadership Academy“ ihren ersten Jahrgang willkommen. Die 36 Studierenden der Akademie besuchen Vorlesungen an der Universität Trier – aber wenn die „normalen“ Studis in der Bibliothek oder der WG-Küche büffeln, werden die Exzellenz-Studenten im „Law House“ gefördert. Nina Anika Klotz sprach mit PLLA-Gründer Prof. Dr. Dr. Thomas B. Schmidt.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2827/exzellenzprojekt_petrisberg_law_und_leadership_academy/

Wissenschaftliche Leistung des Bundesverteidigungsministers Der gute Doktor (iur.)

Einige Quellen lässt die Doktorarbeit des Ministers etwas im Dunklen, was ihren akademischen Wert aber kaum schmälert. Vor 25 Jahren veröffentlichte Thomas de Maiziere eine diskrete Untersuchung über „informelle Verfahren beim Bundeskartellamt“. Nicht allein wegen der Promotionsaffäre seines Amtsvorgängers lohnt sich ein später Blick in dieses Werk. Ein Lektürerapport von Martin Rath.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2807/wissenschaftliche_leistung_des_bundesverteidigungsministers_der_gute_doktor_iur/

Börries Freiherr von Münchhausen Ein „Gottbegnadeter“ unter den Dichterjuristen

Der Jurist Börries Albrecht Conon August Heinrich Freiherr von Münchhausen gehört zu den bedeutendsten Balladendichtern Deutschlands. Als 1933 mit Thomas Mann und anderen die künstlerische Elite Deutschland verließ, trat unter anderem der dichtende Freiherr in das entstandene Vakuum. Er wurde auch in Hitlers „Gottbegnadeten-Liste“ ausgesuchter Künstler aufgenommen.

http://www.lto.de/de/html/nachrichten/2809/zum_geburtstag_von_boerries_freiherr_von_muenchhausen_ein_gottbegnadeter_unter_den_dichterjuristen/

Impressum

Herausgeber des Zeitschriften-
Inhaltsdienstes (ZID) sind:

Kuselit Verlag GmbH
Geschäftsführung
Ulrike Metzger | Gerd Schliebe
Leidsthaler Hub 2
66871 Etschberg
Tel. 06383 927972
Handelsregister
AG Kusel HRB 21631
USt-IdNr. DE 193667170
www.kuselit.de
email: verlag@kuselit.de

und

jurmatix GbR
Ralph Hecksteden | Marc Luuk
Auf dem Stümpfchen 29
66564 Ottweiler
www.jurmatix.de
email: info@jurmatix.de

Der ZID erscheint wöchentlich und dient der schnellen Information über neue juristische Periodika. Hierzu werden bibliographische Daten ausgewiesen und nach sachgerechten Kriterien sortiert. Die den ZID ergänzenden Informationen bestehen aus Buch- und Veranstaltungshinweisen, Pressemitteilungen, Rezensionen und weiteren Beiträgen, die in Zusammenhang mit den jeweiligen Sachgebieten stehen. Die durch die Informationen vermittelten Ansichten und Meinungen stellen nicht in allen Fällen die Meinung der Herausgeber dar. Eine Haftung – insbesondere für Preisangaben und Lieferbarkeiten Dritter – übernehmen die Herausgeber ebenfalls nicht. Die Zusendung von Beiträgen ist erwünscht. Den Abdruck behalten wir uns vor.

Der ZID ist kostenlos.

ZEITSCHRIFTENLISTE - ALPHABETISCH

REZENSIONSANGEBOTE

- Otto-Gerd Lippross
Vollstreckungsrecht
10. Aufl., München 2011
289 S., 24.90 €
ISBN 978-3-8006-4151-2
--
- Horst Marburger
Meldepflichten des Arbeitgebers
9. Aufl., Stuttgart 2010
92 S., 10.80 €
ISBN 978-3-415-04608-5
--
- Walter Möbius | Ludwig Kroiß
Zwangsvollstreckung
6. Aufl., München 2011
149 S., 24.90 €
ISBN 978-3-406-61794-2
--
- Henning Radtke | Olaf Hohmann
Strafprozessordnung
München 2011
2579 S., 198.00 €
ISBN 978-3-8006-3602-0
--
- Ansgar Marx
Familienrecht für soziale Berufe
Ein Leitfaden mit Beispielfällen, Mustern und Übersichten
Köln 2011
288 S., 24.80 €
ISBN 978-3-89817-922-5
--
- Frank Arloth
Strafvollzugsgesetz
3. Aufl., München 2011
1167 S., 78.00 €
ISBN 978-3-406-61640-2
--
- Oliver Mußhoff | Norbert Hirschauer
Modernes Agrarmanagement
2. Aufl., München 2011
571 S., 29.80 €
ISBN 978-3-8006-3827-7

ZEITSCHRIFTENLISTE - ALPHABETISCH - März 2011

Abkürzungen und Titel sind mit LINKS versehen, die Sie direkt zu den Sachgruppen führen !

		Ausgabe	Sachgebiet
AA	Arbeitsrecht aktiv - Arbeitsrecht optimal gestalten und erfolgreich anwenden	3/2011	13
AB	Apotheker Berater - Apothekenführung Recht Steuern Finanzen	3/2011	21
AbfallR	Recht der Abfallwirtschaft - Zeitschrift für Recht und Praxis der Abfallentsorger	1/2011	19
ABl. EU C	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe C Mitteilungen und Bekanntmachungen	37-82/2011	25
ABl. EU L	Amtsblatt der Europäischen Union Ausgabe L - Rechtsvorschriften	31-69/2011	25
AfP	Archiv für Presserecht - Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht	1/2011	22
AFS	Zeitschrift für Abgaben-, Finanz- und Steuerrecht - Berufungsentscheidungen	1-2/2011	18
AG	Die Aktiengesellschaft - Zeitschrift für das gesamte Aktienwesen, für deutsches, europäisches und internationales Unternehmens- und Kapitalmarktrecht	5-6/2011	15
AG/Kompakt	Anwaltsgebühren kompakt - Infodienst für Mitarbeiter	2/2011	1
AGS	Anwalts Gebühren Spezial Zeitschrift für das gesamte Gebührenrecht und Anwaltsmanagement	2/2011	1
altlasten spektrum	altlasten spektrum - Organ des ITVA	1/2011	19
AMK	Arzt- und Medizinrecht kompakt - Der aktuelle Report für Berater und Entscheider	3/2011	21
AnwBl	Anwaltsblatt	3/2011	1
AO-StB	Der AO-Steuer-Berater Strategien für Steuerverfahren Betriebsprüfung Rechtsschutz Steuerstrafrecht	2-3/2011	18
AP	Arbeitsrechtliche Praxis - Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts. Die Rechtsprechung des BAG und die arbeitsrechtlich bedeutsamen Entscheidungen anderer Gerichte mit erläuternden Anmerkungen (Neuserie IV)	3/2011	13
Apf/B	Ausbildung, Prüfung, Fortbildung (Ausgabe Bayern) Zeitschrift für staatliche und kommunale Verwaltung (Ausgabe Bayern)	3/2011	5
Apf/BW	Ausbildung, Prüfung, Fortbildung (Ausgabe Baden-Württemberg) Zeitschrift für staatliche und kommunale Verwaltung	3/2011	5
Apf/GA	Ausbildung, Prüfung, Fortbildung (Gesamtausgabe) Zeitschrift für staatliche und kommunale Verwaltung	3/2011	6
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage Das Parlament	9-14/2011	27
AR	Der Aufsichtsrat - Fachinformationen für verantwortungsvolle Überwachung und Beratung von Unternehmen	3/2011	15
ArbR	Arbeitsrecht Aktuell - Informationen für die arbeitsrechtliche Praxis	4-6/2011	13
ArbRB	Der Arbeits-Rechts-Berater - Der Informationsdienst für die Beratungspraxis	2/2011	13
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie - Archives de Philosophie de Droit et de Philosophie Sociale	1/2011	27
ArztR	Arztrecht - Kompendium des gesamten Rechts der Medizin. Offizielles Organ der Arbeitsgemeinschaft für Arztrecht	3/2011	21

ANHANG

ASR	Auto Steuern Recht - Der aktuelle Informationsdienst für das Kfz-Gewerbe	3/2011	11
AStW	Aktuelles aus dem Steuer- und Wirtschaftsrecht	3/2011	18
ASYL	Schweizerische Zeitschrift für Asylrecht und -praxis Revue Suisse pour la Pratique et le droit d'Asile	1/2011	24
AuA	Arbeit und Arbeitsrecht - Die Zeitschrift für den Personal-Profi	3/2011	13
AuAS	Schnelldienst Ausländer- und Asylrecht Ausländer- und asylrechtlicher Rechtsprechungsdienst	4-5/2011	24
AuR	Arbeit und Recht - Zeitschrift für Arbeitsrechtspraxis, hrsg. vom DGB	3/2011	13
AuUR	Agrar- und Umweltrecht - Zeitschrift für das gesamte Recht der Landwirtschaft, der Agrarmärkte und des ländlichen Raumes	2/2011	19
AW-Prax	Außenwirtschaftliche Praxis - Zeitschrift für Außenwirtschaft in Recht und Praxis	2/2011	15
AWR-Bulletin	Vierteljahresschrift für Flüchtlingsfragen	1/2011	24
bank und markt	bank und markt - Zeitschrift für Retailbanking	3/2011	23
BAnz	Bundesanzeiger	20-41/2011	4
Bauen + Energie	Informationsdienst für Planer, Baugewerbe und Energieberater	2/2011	20
BauR	Baurecht - Zeitschrift für das gesamte öffentliche und zivile Baurecht (in Verbindung mit der ARGE BAURECHT im Deutschen Anwaltverein)	3/2011	20
BauSV	Der Bausachverständige - Zeitschrift für Bauschäden, Grundstückswert und gutachterliche Tätigkeit	1/2011	20
BayBürgermeister	Der Bayerische Bürgermeister - Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung	2/2011	5
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	5-6/2011	5
BB	Betriebs-Berater - Zeitschrift für Recht und Wirtschaft	9-13/2011	15
BBB	BundesBauBlatt hrsg. vom Bundesministerium für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen	3-4/2011	20
BBK	Buchführung, Bilanz, Kostenrechnung - Betrieb und Rechnungswesen	5-6/2011	28
BBP	Betriebswirtschaft im Blickpunkt Unternehmensberatung, Bilanzierung, Finanzierung	2-3/2011	28
BC	Zeitschrift für Bilanzierung, Rechnungswesen und Controlling - Bilanzen . Steuern Wirtschaftsrecht . Finanzierung . Beratungspraxis	3/2011	28
BerlAnwBl	Berliner Anwaltsblatt - Mitteilungsblatt des Berliner Anwaltsverein e.V.	1-2/2011	1
BewHi	Bewährungshilfe - Fachzeitschrift für Bewährungs-, Gerichts- und Straffälligenhilfe	1/2011	12
BFH/NV	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs - Mit allen amtlich veröffentlichten und den nicht amtlich veröffentlichten Entscheidungen	3/2011	18
BFH/PR	BFH-Richter kommentieren für die Praxis	3/2011	18
BFHE	Entscheidungen des BFH	Bd. 230 / 2010	18
BGBI. I	Bundesgesetzblatt Teil I	7-11/2011	4
BGBI. II	Bundesgesetzblatt Teil II	6-8/2011	4
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen	4/2011	12
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen	Bd.185 4-6/2011	9
BiB	Beraterpraxis im Blickpunkt - Aktuelle Informationen für die steuerliche Beratung	2/2011	18

ANHANG

BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht	2/2011	23
BIPMZ	Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen Hrsg. v. Deutschen Patent- und Markenamt	3/2011	17
Bodenschutz	Erhaltung, Nutzung und Wiederherstellung von Böden - Organ des BVB	1/2011	19
br	Behindertenrecht - Fachzeitschrift für Fragen der Rehabilitation. Erscheint unter Mitwirkung der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Hauptfürsorgestellten mit besonderer Berücksichtigung der Gebiete Schwerbehindertenrecht - Kriegsopferversorgung - Kriegsopferfürsorge	1/2011	14
BRAK-Mitt.	Bundesrechtsanwaltskammer - Mitteilungen - Informationen zu Berufsrecht und Berufspolitik	1/2011	1
BRAKMagazin	BRAK-Magazin - hrsg. von der Bundesrechtsanwaltskammer, Berlin	1/2011	1
Breith.	Breithaupt (Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht) Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht	2/2011	14
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts	Bd. 106 1-2/2011	14
BStBl I	Bundessteuerblatt Teil I: Veröffentlichungen des Bundesministeriums der Finanzen und der obersten Finanzbehörden der Länder	3-4/2011	4
BStBl II	Bundessteuerblatt Teil II: Entscheidungen des Bundesfinanzhofs	3-4/2011	4
BtPrax	Betreuungsrechtliche Praxis Zeitschrift für soziale Arbeit, gutachterliche Tätigkeit und Rechtsanwendung in der Betreuung, hrsg. i.V.m. dem Vormundschaftsgerichtstag e.V. (Hamburg)	1/2011	14
Büro	Die Büroberufe - Zeitschrift für die Aus- und Weiterbildung	3/2011	2
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts	Bd.136 5/2011	6
BWV	Bundeswehrverwaltung - Fachzeitschrift für Administration	2/2011	3
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift Zeitschrift der Haftungsvermeidung im Unternehmen	2/2011	15
CFB	CORPORATE FINANCE biz - Finanzmanagement, Bewertung, Kapitalmarkt	2/2011	23
CFL	CORPORATE FINANCE law - Kapitalmarkt, Finanzierung, Mergers & Acquisitions	1/2011	23
CR	Computer und Recht - Forum für die Praxis des Rechts der Datenverarbeitung, Informatik und Automation. Vorläufer "Informatik und Recht" und "Datenverarbeitung im Recht"	3/2011	22
DAR	Deutsches Autorecht	3/2011	11
Das Parlament	Das Parlament	9-12/2011	3
DB	DER BETRIEB Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht	8-11/2011	15
DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung - Zeitschrift für Vollstreckungs-, Zustellungs- und Kostenwesen. Organ des Deutschen Gerichtsvollzieherbundes (DGVB)	3/2011	1
die BG	Die Berufsgenossenschaft Zeitschrift für Unfallversicherung in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik	2-3/2011	13
DIE JUSTIZ	Die Justiz - Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg	2-3/2011	4
DNotI-Report	Informationsdienst des Deutschen Notarinstituts	4-5/2011	2
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift - Verkündungsblatt der Bundesnotarkammer	2/2011	1
DÖD	Der öffentliche Dienst - Personalmanagement und Recht	2/2011	13

ANHANG

DÖV	Die öffentliche Verwaltung Zeitschrift für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft	24/2010	6
DÖV	Die öffentliche Verwaltung Zeitschrift für öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft	1/2011	6
DRiZ	Deutsche Richterzeitung - Organ des Deutschen Richterbundes Bund der Richter und Staatsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	2-3/2011	1
DS	Der Sachverständige Fachzeitschrift für Sachverständige, Kommunen, Gerichte und Behörden	3/2011	1
DSB	Datenschutz-Berater - Informationsdienst der Verlagsgruppe Handelsblatt	3/2011	22
DStR	Deutsches Steuerrecht - Wochenschrift für Steuerrecht, Wirtschaftsrecht und Betriebswirtschaft / Organ der Bundessteuerberaterkammer	8-11/2011	18
DStRE	DStR-Entscheidungsdienst Die Steuer-Rechtsprechung von EuGH, BVerfG, BFH (mit NV-Urteilen) und FG	4-5/2011	18
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung In Zusammenarbeit mit: Arbeitsgemeinschaft der Fachanwälte für Steuerrecht e.V.	5-6/2011	18
DuD	Datenschutz und Datensicherheit Recht und Sicherheit in Informationsverarbeitung und Kommunikation	3/2011	22
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt	5-6/2011	6
DVP	Deutsche Verwaltungspraxis - Fachzeitschrift für die öffentliche Verwaltung	3/2011	6
DWW	Deutsche Wohnungswirtschaft Fachzeitschrift für die gesamte Haus- und Grundstückswesen	1-2/2011	20
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht	3/2011	15
EBE/BAG	Eildienst Bundesgerichtliche Entscheidungen - BAG	5-6/2011	13
EBE/BGH	Eildienst Bundesgerichtliche Entscheidungen - BGH Mit Beilage Leitsatzübersicht BGH	8-12/2011	2
EC TAX REVIEW	EC Tax Review	6/2010	18
EE	Erbrecht effektiv - Aktueller Informationsdienst für das erbrechtliche Mandat	3/2011	10
EFFL	European Food and Feed Law Review	1/2011	25
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte	4-6/2011	18
EJRR	European Journal of Risk Regulation	1/2011	2
EPL	Environmental Policy and Law - The Journal for the Decision-Maker	6/2010	19
ErbBstg	Erbfolgebesteuerung - Informationsdienst für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte und Notare	3/2011	18
ErbR	Zeitschrift für die gesamte erbrechtliche Praxis	3/2011	10
ErbStB	Der Erbschaft-Steuer-Berater - Steueroptimierung bei Vermögensaufbau, Altersvorsorge, Vermögensnachfolge, Erbfallgestaltung	3/2011	18
EStAL	European State Aid Law Quarterly	1/2011	25
EStB	Der Ertrag-Steuer-Berater - Informationsdienst für ESt - KSt - GewSt - UmwSt - ErbSt	2/2011	18
ESVGH	Entscheidungssammlung des VGH Hessen und des VGH Baden-Württemberg mit Entscheidungen der Staatsgerichtshöfe beider Länder	4/2010	5
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift	1-4/2011	25
EuR	Europarecht ersch. in Verbindung mit der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Europarecht	1/2011	25

ANHANG

EurUP	Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht	1/2011	25
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht	4-6/2011	25
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht	4-6/2011	15
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht - Betriebs-Berater für Europarecht	1-2/2011	25
EzA-SD	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht Schnelldienst Arbeitsrechtliche Sofortinformation	4-6/2011	13
FA	Fachanwalt Arbeitsrecht - Zeitschrift für die beratende und gerichtliche Praxis	3/2011	13
FamFR	Familienrecht und Familienverfahrensrecht Unterhalt, Zugewinn, Versorgungsausgleich, Prozessuales	4-6/2011	10
FamPra.ch	Die Praxis des Familienrechts - LA PRATIQUE DU DROIT DE LA FAMILLE LA PRASSI DEL DIRITTO DI FAMIGLIA	1/2011	10
FamRB	Der Familien-Rechts-Berater - Informationsdienst für die anwaltliche Praxis	3/2011	10
FEVS	Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte	3/2011	14
FF	Forum Familienrecht	2/2011	10
FGPrax	Praxis der freiwilligen Gerichtsbarkeit - vereint mit OLGZ	1/2011	2
finanzen.steuern kompakt	finanzen.steuern kompakt. - Fachmagazin für die betriebliche Praxis	3/2011	18
FK	Familienrecht kompakt - Aktueller Informationsdienst für Rechtsanwälte	3/2011	10
FMP	Forderungsmanagement professionell für Rechtsanwaltskanzleien, Inkassounternehmen und Rechtsabteilungen	3/2011	1
FoVo	Forderung & Vollstreckung	2/2011	9
FPR	Familie - Partnerschaft - Recht Interdisziplinäres Fachjournal für die Anwaltspraxis (vereinigt mit NJWE-FER)	3/2011	10
FR	Finanz-Rundschau Ertragsteuerrecht - ESt - KSt - GewSt - UmwSt - ErbSt	5-6/2011	18
FSt	Die Fundstelle Bayern - Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	4-6/2011	5
FStR	IFF Forum für Steuerrecht Institut für Finanzwissenschaft und Finanzrecht, Universität St. Gallen	1/2011	18
FStR	IFF Forum für Steuerrecht Institut für Finanzwissenschaft und Finanzrecht, Universität St. Gallen	1/2011	18
FuB	Flächenmanagement und Bodenordnung - Zeitschrift für Liegenschaftswesen, Planung und Vermessung (vormals: Vermessungswesen und Raumordnung)	1/2011	20
FuBW	Die Fundstelle für die kommunale Praxis in Baden-Württemberg Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	5-6/2011	5
FuHe	Die Fundstelle für die kommunale Praxis in Hessen Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	5-6/2011	5
FuNds	Die Fundstelle für die kommunale Praxis Niedersachsen Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	4-6/2011	5
FuR	Familie und Recht - Zeitschrift für die anwaltliche und gerichtliche Praxis	3/2011	10
G+S	Gemeinde und Stadt - Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz	1/2011	5
GA	Goldammers Archiv für Strafrecht	2/2011	12
GBL. Baden-Würt- temberg	Gesetzblatt für Baden-Württemberg	1-2/2011	4

ANHANG

Gemeindehaushalt	Der Gemeindehaushalt - Fachzeitschrift für das kommunale Haushalts- und Wirtschaftsrecht, das Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen	3/2011	5
GeS	Zeitschrift für Gesellschaftsrecht und angrenzendes Steuerrecht (Österreich)	1/2011	15
GesR	GesundheitsRecht Zeitschrift für Arztrecht, Krankenhausrecht, Apotheken- und Arzneimittelrecht	2/2011	21
GewArch	Gewerbearchiv - Zeitschrift für Gewerbe- und Wirtschaftsverwaltungsrecht	3/2011	15
GK	Die Gemeindekasse - Fachzeitschrift für das kommunale Finanzwesen	2/2011	5
GK/Bay	Die Gemeindekasse (Ausgabe Bayern) Fachzeitschrift für das kommunale Finanzwesen	5-7/2011	5
GK/BW	Die Gemeindekasse (Ausgabe Baden-Württemberg) Fachzeitschrift für das kommunale Finanzwesen	2/2011	5
GmbH-StB	GmbH-Steuerberater Informationsdienst für die Beratungspraxis von GmbH und GmbH & Co.	3/2011	15
GmbH-Stpr	GmbH-Steuerpraxis - Gestaltungsempfehlungen für die GmbH-Praxis - Steuern, Vergütung, Haftung	3/2011	18
GmbHR	GmbH-Rundschau - Gesellschafts- und Steuerrecht der GmbH und GmbH & Co.	5-6/2011	15
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt	7-8/2011	4
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht - European Community Private Law Review	1/2011	9
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht - Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht	3/2011	17
GRUR-Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht - Internationaler Teil	3/2011	17
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht	4-6/2011	17
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Rechtsprechungsreport - vereinigt mit NJW-WettbR	3/2011	17
GStB	Gestaltende Steuerberatung Informationsdienst für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte	3/2011	18
GuG	Grundstücksmarkt und Grundstückswert - Zeitschrift für Immobilienwirtschaft, Bodenpolitik und Wertermittlung (Verbandszeitschrift des Bundesverbandes Deutscher Grundstückssachverständiger (BDGS))	2/2011	20
GuS	Gesundheits- und Sozialpolitik - (bis 2002: AuS)	6/2010	21
GuT	Gewerbemiete und Teileigentum	10-12/2010	20
GV/RP	Die Gemeindeverwaltung in Rheinland-Pfalz Fachzeitschrift für die kommunale Praxis	5-6/2011	5
GVBl. Bayern	Bayerisches Gesetzes- und Verordnungsblatt	1/2011	4
GVBl. Brandenburg I	Gesetzes- und Verordnungsblatt Brandenburg Teil I	38-48/2010	4
GVBl. Hamburg	Hamburgisches Gesetzes- und Verordnungsblatt	40-47/2010	4
GVBl. Hamburg	Hamburgisches Gesetzes- und Verordnungsblatt	1-3/2011	4
GVBl. NRW	Gesetzes- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen	31-39/2010	4
GVBl. NRW	Gesetzes- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen	1/2011	4
GVBl. RP	Gesetz- und Verordnungsblatt Rheinland-Pfalz	21-23/2010	4

ANHANG

GVBl. RP	Gesetz- und Verordnungsblatt Rheinland-Pfalz	1/2011	4
GVBl. SH	Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein Hrsg.: Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein	1-4/2011	4
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht Handels- und Gesellschaftsrecht, Kapitalmarktrecht, Finanzierung	4-5/2011	15
Hess.GVBl. I	Hessisches Gesetz- und Verordnungsblatt - Teil I hrsg. von der Hessischen Staatskanzlei Wiesbaden	6/2010	4
Hess.GVBl. I	Hessisches Gesetz- und Verordnungsblatt - Teil I hrsg. von der Hessischen Staatskanzlei Wiesbaden	19-24/2010	4
Hess.GVBl. I	Hessisches Gesetz- und Verordnungsblatt - Teil I hrsg. von der Hessischen Staatskanzlei Wiesbaden	2-5/2011	4
HFR	Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung	2-3/2011	18
HRA	Honorar-Brief für Rechtsanwälte - Informationsdienst mit Praxistipps zur Gebührenabrechnung für Rechtsanwälte mit Online-Volltextservice	12/2010	1
I+E	Zeitschrift für Immissionsschutzrecht und Emissionshande	1/2011	19
I&F	Immobilien & Finanzierung - Der Langfristige Kredit	5-6/2011	20
IBR	Immobilien- & Baurecht	3/2011	20
Ideenmanagement	Ideenmanagement - Vorschlagswesen in Wirtschaft und Verwaltung	1/2011	28
IHR	Internationales Handelsrecht Zeitschrift für das Recht des internationalen Warenkaufs- und -vertriebs	1/2011	15
Immissionsschutz	Zeitschrift für Luftreinhaltung, Lärmschutz, Anlagensicherheit, Abfallverwertung und Energienutzung	1/2011	19
ImmWert	Der Immobilienbewerter - Informationsdienst für Sachverständige	1/2011	20
InfAuslR	Informationsbrief Ausländerrecht	3/2011	24
info 7	Medien Archive Information - hrsg. von der Fachgruppe 7 (Medienarchivare / Mediendokumentare) im Verein deutscher Archivare	3/2010	22
Info M	Mietrecht und Immobilien Offizielles Organ der ARGE MIETRECHT und WEG im Deutschen AnwaltVerein	1/2011	20
info-also	Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht Arbeitsförderung Grundsicherung Sozialhilfe Rechtsentwicklung Rechtsschutz	1/2011	14
InsbürO	Zeitschrift für das Insolvenzbüro - Personalwesen Organisation Tabellenführung, Treuhandenschaft, Verbraucherinsolvenz, Vergütung, Rechnungswesen Verwertung	3/2011	15
Intertax	Intertax	12/2010	18
Intertax	Intertax	1/2011	18
IP kompakt	Informationsdienst IPkompakt Gewerblicher Rechtsschutz für die patent- und rechtsanwaltliche Praxis	3/2011	17
IR	InfrastrukturRecht - Energie Verkehr Abfall Wasser	3/2011	19
IRZ	Zeitschrift für Internationale Rechnungslegung	3/2011	28
IStR	Internationales Steuerrecht Monatsschrift für europäische und internationale Steuer- und Wirtschaftsberatung	5-6/2011	18
IT-Grundschutz	Informationsdienst für CIOs, IT-Manager und -Sicherheitsverantwortliche	2/2011	22
ITRB	IT-Rechts-Berater Informationsdienst für die EDV-, Multimedia- und TK-rechtliche Beratungspraxis	3/2011	22

ANHANG

ius.full	Forum für juristische Bildung	1/2011	2
IWB	Internationale Wirtschafts-Briefe Zeitschrift für internationales Steuer- und Wirtschaftsrecht / Organ der Deutschen Vereinigung für Internationales Steuerrecht, International Fiscal Association	4-5/2011	15
IWR	Immobilienwirtschaft - Das Fachmagazin für Management, Recht und Praxis	3/2011	20
J.P.L.	Journal of Planning & Environment Law	1-3/2011	19
JA	Juristische Arbeitsblätter - Zeitschrift für Studenten und Referendare	12/2010	2
JA	Juristische Arbeitsblätter - Zeitschrift für Studenten und Referendare	3/2011	2
JAmt	Das Jugendamt - Zeitschrift für Jugendhilfe und Familienrecht (Mitgliederzeitschrift des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJuF)	1-2/2011	14
JBl.	Juristische Blätter	2-3/2011	2
JITE	Journal of Institutional and Theoretical Economics vormals Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft	1/2011	28
JMSR	Jugend-Medien-Schutz-Report Fachzeitschrift zum Jugendmedienschutz mit Newsletter - vormals BPS-Report	1/2011	14
JoJZG	Juristische Zeitgeschichte - Journal der Juristischen Zeitgeschichte	1/2011	27
JR	Juristische Rundschau	2/2011	2
JRP	Journal für Rechtspolitik In Zusammenarbeit mit der Österreichischen Parlamentarischen Gesellschaft	4/2011	27
Jugendhilfe	Jugendhilfe	1/2011	14
Jura	Juristische Ausbildung	3/2011	2
JurBüro	Das Juristische Büro - Zeitschrift für Kostenrecht und Zwangsvollstreckung	2/2011	1
JuS	Juristische Schulung - Zeitschrift für Studium und praktische Ausbildung	3/2011	2
JUS-EXTRA	Aktuelle Informationen über Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur	309/2011	2
JZ	Juristenzeitung	5-6/2011	2
K&R	Kommunikation & Recht - Betriebs-Berater für Medien Telekommunikation - Multimedia	3/2011	22
KammerForum	Mitteilungen der Rechtsanwaltskammer Köln - bis 2001 -> MittRKKöln	1/2011	1
KJ	Kritische Justiz	1/2011	27
KÖSDI	Kölner Steuerdialog - Fortsetzung der Kölner Steuerinformation	3/2011	18
KommJur	Kommunaljurist - Rechtsberater für Gemeinden, Landkreise, Gemeindeverbände und kommunale Wirtschaftsunternehmen	2/2011	5
KommP BY	KommunalPraxis Ausgabe Bayern Zeitschrift für Verwaltung, Organisation und Recht	3/2011	5
KomVerw/B	Die Kommunalverwaltung (Ausgabe Brandenburg) Fachzeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung	3/2011	5
KomVerw/LSA	Die Kommunalverwaltung (Ausgabe Sachsen-Anhalt) Fachzeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung	3/2011	5
KomVerw/MV	Die Kommunalverwaltung (Ausgabe Mecklenburg-Vorpommern) Fachzeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung	3/2011	5
KomVerw/S	Die Kommunalverwaltung (Ausgabe Sachsen) Fachzeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung	3/2011	5

ANHANG

KomVerw/T	Die Kommunalverwaltung (Ausgabe Thüringen) Fachzeitschrift für die kommunale Selbstverwaltung	3/2011	5
Konzern	Der Konzern - Zeitschrift für Gesellschaftsrecht, Steuerrecht, Bilanzrecht und Rechnungslegung der verbundenen Unternehmen	1-2/2011	15
KoR	Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung Monatliche Beilage zu Finanz-Betrieb (FB)	3/2011	28
KP	Kanzleiführung professionell - Aktives Kanzleimanagement Honorarpolitik - Gebührenrecht des Steuerberaters	3/2011	1
Kreditwesen	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse	5-6/2011	23
Kreditwesen / Technik	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen Ausgabe Technik IT für Finanzdienstleister	1/2011	23
Kriminalistik	Kriminalistik - Zeitschrift für die gesamte kriminalistische Wissenschaft und Praxis	2/2011	12
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft	4/2010	2
KrV	Die Krankenversicherung - hrsg. vom IKK-Bundesverband	2-3/2011	14
KSI	Krisen-, Sanierungs- und Insolvenzberatung - Wirtschaft Recht Steuern	2/2011	15
KSR direkt	Kommentiertes Steuerrecht >> direkt Der monatliche Infodienst zu Rechtsprechung und Verwaltungsanweisungen	3/2011	18
KUR	Kunst und Recht - Journal für Kunstrecht, Urheberrecht und Kulturpolitik	1/2011	29
Landkreis	Der Landkreis - Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung	12/2010	5
Landkreis	Der Landkreis - Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung	1/2011	5
LGP	Löhne und Gehälter professionell - Aktuelle Informationen und Praxisempfehlungen zu Lohnsteuer und Sozialversicherung	3/2011	13
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung - Verwaltungsrechts-Zeitschrift für die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (vereinigt mit Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht (VIZ))	2/2011	5
LL	Life & Law - Die hemmer! Zeitschrift	3/2011	2
LMuR	Lebensmittel & Recht Offizielles Organ des Deutschen Symposium Lebensmittel und Recht	1/2011	21
MarkenR	Zeitschrift für deutsches, europäisches und internationales Markenrecht -	2/2011	17
MBP	Mandat im Blickpunkt - Steuern, Buchführung, Bilanzen Praxisnahe Informationen für Mitarbeiter in der Steuerkanzlei	3/2011	1
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht - Zeitschrift für die Zivilrechtspraxis	4-6/2011	2
Medien und Recht	Medien und Recht - Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht	4/2010	22
MedR	Medizinrecht	2/2011	21
MietRB	Der Miet-Rechts-Berater - Miete - Immobilienwirtschaft - Wohnungseigentum	3/2011	20
Mitt.	Mitteilungen der deutschen Patentanwälte Hrsg. vom Vorstand der Patentanwaltskammer	2/2011	17
MittBayNot	Mitteilungen des bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern -	2/2011	1
MK	Mietrecht kompakt - Aktueller Informationsdienst zum Miet- und WEG-Recht	3/2011	20
MLR	Marburg Law Review	1-2/2009	2
MLR	Marburg Law Review	1-2/2010	2

ANHANG

MMR	MultiMedia und Recht Zeitschrift für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht	3/2011	22
MPR	MedizinProdukte-Recht - Technologie - Ökonomie - Innovation	1/2011	21
MschrKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform	1/2011	12
N&R	Netzwirtschaften & Recht Energie, Telekommunikation, Verkehr und andere Netzwirtschaften	1/2011	19
Nds.GVBl.	Niedersächsisches Gesetzes- und Verordnungsblatt	1-5/2011	4
Nds.MBl.	Niedersächsisches Ministerialblatt	44-48/2010	4
Nds.MBl.	Niedersächsisches Ministerialblatt	1-10/2011	4
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	3/2011	6
NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge	2-3/2011	14
NJW	Neue Juristische Wochenschrift	10-14/2011	2
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport - Zivilrecht	4-6/2011	2
NJW-Spezial	Die wichtigsten Informationen zu speziellen Rechtsgebieten - Beilage zur NJW	4-6/2011	2
NKP	Neue Kriminalpolitik - Forum für Praxis, Recht und Kriminalwissenschaft	1/2011	12
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland	2/2011	6
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis Herausgeber: Ländernotarkasse Leipzig i.V.m. den Notarkammern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	3/2011	1
NPA	Neues Polizeiarchiv Herausgegeben unter Mitwirkung leitender Fachkräfte der Polizei und Justiz	3/2011	6
npoR	Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen	1/2011	29
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht Rechtsprechungsübersichten und neue Entscheidungen	3/2011	12
NStZ-RR	NStZ-Rechtsprechungsreport	3/2011	12
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht - Vereinigt mit Verwaltungsrechtsprechung	4-5/2011	6
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht - Rechtsprechungsreport	4-5/2011	6
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe - Zeitschrift für Steuer- und Wirtschaftsrecht	9-12/2011	18
NWB direkt	Neue Wirtschafts-Briefe - direkt - Der wöchentliche Infodienst für Steuerberater	8-12/2011	18
NWB-BB	Betriebswirtschaftliche Beratung - Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Fragen rund um das Mandat des Steuerberaters	3/2011	28
NWB-EV	NWB Erben und Vermögen	3/2011	10
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	3/2011	6
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht - Zweiwochenschrift für die betriebliche Praxis	4-5/2011	13
NZA-RR	Rechtsprechungsreport Arbeitsrecht	3/2011	13
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht - Privates Baurecht, Recht der Architekten, Ingenieure, Projektbetreuer, Vergabewesen	3/2011	20
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht - Das gesamte Recht der Kapital- und Personengesellschaften	6-8/2011	15
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenzrecht und Sanierung Das gesamte Recht der Unternehmens- und Verbraucherinsolvenz	4-5/2011	15

ANHANG

NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht - Miete, Wohnungseigentum, Pacht, Makler- und Bauträgerrecht, Steuern, Wohnungswirtschaft, Versicherung, Immobilienleasing, Time-Sharing, (vereint mit NJWE-MietR),	4-5/2011	20
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht Monatsschrift für die betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis	4-6/2011	14
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht - Haftungs- und Versicherungsrecht, Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht, Verwaltungsrecht	3/2011	11
NZWehrr	Neue Zeitschrift für Wehrrecht	1/2011	3
öAT	Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht	3/2011	13
ÖBA	Österreichisches Bankarchiv - Zeitschrift für das gesamte Bank- und Börsenwesen	3/2011	23
ÖHZ	Österreichische Hochschulzeitung - Magazin für Wissenschaft und Forschung	1/2011	2
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung	4-6/2011	2
Osteuropa	Osteuropa - Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde	1/2011	25
OstEurR	Osteuropa-Recht - Gegenwartsfragen aus den Rechten des Ostens	1/2011	25
OstEurW	Osteuropa - Wirtschaft	4/2011	15
PA	Prozessrecht aktiv - Prozesse optimal planen und erfolgreich führen	3/2011	8
PERSONAL	PERSONAL - Zeitschrift für Human Resource Management	3/2011	13
PERSONALmagazin	PERSONALmagazin - Management, Recht und Praxis	3/2011	13
perspektive mediation	perspektive mediation - Beiträge zur Konfliktkultur	1/2011	2
PersV	Die Personalvertretung - Fachzeitschrift des gesamten Personalwesens für Personalvertretungen und Dienststellen	3/2011	13
PFB	Praxis Freiberufler-Beratung - Steuergestaltung - Wirtschaftsberatung Private Finanz- und Vermögensplanung	3/2011	28
PfIR	PflegeRecht - Zeitschrift für Rechtsfragen in der stationären und ambulanten Pflege	1/2011	21
PharmaR	Pharmarecht - Offizielles Organ des Deutschen Pharma Recht Tages	2/2011	21
PiR	Praxis der internationalen Rechnungslegung - StuB-Beilage zur IFRS-Bilanzierung	3/2011	28
PIStB	Praxis Internationale Steuerberatung - Auslandsinvestitionen - Auslandsentsendung Inbound-Aktivitäten	3/2011	18
Polizei	Die Polizei - Zentralorgan für das Sicherheits- und Ordnungswesen mit Beiträgen aus der Polizei-Führungsakademie	3/2011	6
PRev	Revisionspraxis - Journal für Revisoren, Wirtschaftsprüfer IT-Sicherheits- und Datenschutzbeauftragte	1/2011	28
PStR	Praxis Steuerstrafrecht - Steuerverkürzung - Steuerfahndung - Steuerberatung Strafverteidigung	3/2011	12
PU	Praxis Unternehmensrecht - Gestalten, beraten, Prozesse führen	3/2011	15
Rafa-Z	Zeitschrift für Rechtsanwaltsfachangestellte und Kanzleimitarbeiter	2/2011	1
RdA	Recht der Arbeit	1/2011	13
RdE	Recht der Energiewirtschaft - 1979-1991: Recht der Elektrizitätswirtschaft	3/2011	19
RdF	Recht der Finanzinstrumente - Kapitalanlage & Finanzierung	1-2/2011	23
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens Zeitschrift für Schule, Berufsbildung und Jugendberziehung	2010	14

ANHANG

RdW	Das Recht der Wirtschaft - Kurzreport aus Steuern und Recht	4-6/2011	18
REACH NAVIGATOR	Informationsdienst für den Umgang mit Chemikalien in der Unternehmenspraxis	2-3/2011	19
recht	Zeitschrift für juristische Weiterbildung und Praxis	1/2011	2
RENOpaxis	Zeitschrift für Rechtsanwalts- und Notariatsangestellte - Herausgeber: Deutsche Vereinigung der Rechtsanwalts- und Notariatsangestellten e.V., Düsseldorf	2-3/2011	1
RiA	Recht im Amt - Zeitschrift für den öffentlichen Dienst	1/2011	13
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft - Betriebsberater-International	3/2011	15
RPA	Zeitschrift für Vergaberecht Recht und Praxis der öffentlichen Auftragsvergabe (Österreich)	1/2011	6
Rpfler	Der Deutsche Rechtspfleger - hrsg. i.V.m. dem Bund Deutscher Rechtspfleger e.V.	3/2011	1
RRa	ReiseRecht aktuell - Zeitschrift für Tourismusrecht	1/2011	11
RÜ	Rechtsprechungsübersicht	3/2011	2
RuP	Recht und Politik - Vierteljahresshäfte für Rechts- und Verwaltungspolitik	1/2011	27
RVG prof.	RVG professionell - Informationsdienst für die Rechtsanwaltskanzlei	3/2011	1
RVGreport	RVGreport - Anwaltsgebühren - Streitwert - Gerichtskosten - Erstattung Rechtsschutz, hrsg. in Zusammenarbeit mit der Bundesrechtsanwaltskammer (vormals BRAGOreport)	3/2011	1
S+F	Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden	4/2010	27
SAE	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen hrsg. vom Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände	1/2011	13
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	3/2011	5
SB	Stiftungsbrief - Informationsdienst für Stiftungen und ihre Berater	3/2011	29
SchAZtg	SchiedsamtsZeitung - Organ des Bundes Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen (bis 3/2000 unter -> SCHS-ZTG)	3/2011	1
SchrDHPol	Schriftenreihe der Deutschen Hochschule der Polizei	3-4/2010	6
SchuR	Schulrecht - Informationsdienst für Schulleitung und Schulaufsicht	3-4/2011	6
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit	3/2011	14
sis	Arbeitsschutz aktuell (sicher ist sicher) - Fachzeitschrift für Sicherheitstechnik, Gesundheitsschutz und menschengerechte Arbeitsgestaltung	3/2011	13
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung - Revue Suisse de Jurisprudence (RSJ)	4-6/2011	2
SOZIALwirtschaft	Zeitschrift für Sozialmanagement	2/2011	14
SOZIALwirtschaft aktuell	Infodienst für das Management in der Sozialwirtschaft	3-5/2011	14
SozPr	Soziale Probleme	2/2010	14
SPA	Schnellbrief für Personalwirtschaft und Arbeitsrecht - Aktuelle Gesetzgebung, neue Rechtsprechung und alle wichtigen Trends für die Personalarbeit	5-6/2011	13
SRA	SozialRecht aktuell - Materialien zur Sozialberatung	1/2011	14
SRTour	Steuer- und RechtsBrief Touristik Der aktuelle Informationsdienst für Touristik, Business Travel und Hotellerie	3/2011	11
Städtetag	Der Städtetag - Zeitschrift für kommunale Politik und Praxis	2/2011	5
stak	Steuer aktuell - Das Eil-Info im Steuerrecht	5-6/2011	18

ANHANG

StB	Der Steuerberater - Zeitschrift für Beruf und Praxis	3/2011	18
StBMag	Steuerberater Magazin - Branche - Kanzlei - Mensch	3/2011	18
StBp	Die steuerliche Betriebsprüfung - Fachorgan für die Wirtschafts- und Prüfungspraxis	3/2011	18
StBW	Die Steuerberater-Woche - Gesetze - Urteile - Erlasse - Literatur - Überblick	5-6/2011	18
StC	SteuerConsultant Die kompakte Information für steuer- und wirtschaftsberatende Berufe	3/2011	18
steueranwalts- magazin	Steueranwaltsmagazin Arbeitsgemeinschaft Steuerrecht im Deutschen Anwaltverein	1/2011	18
SteuerStud	Steuer & Studium - Zeitschrift für die Aus- und Fortbildung im Steuerrecht	3/2011	18
Steufa-Z	Zeitschrift für Steuerfachangestellte	66/2011	18
SteuK	Steuerrecht kurzgefaßt Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung im Fokus der Praxis	4-5/2011	18
STFA	Die Steuerfachangestellten - Zeitschrift für Aus- und Weiterbildung	3/2011	18
StraFo	Strafverteidiger-Forum	2-3/2011	12
StRR	StrafRechtsReport - Arbeitszeitschrift für das gesamte Strafrecht	2/2011	12
StSem	Steuer-Seminar - Praktische Fälle des Steuerrecht	3/2011	18
StuB	Steuern und Bilanzen Zeitschrift für das Steuerrecht und die Rechnungslegung der Unternehmen	4-5/2011	18
StuW	Steuer und Wirtschaft - Zeitschrift für die gesamten Steuerwissenschaften	1/2011	18
StV	Strafverteidiger	3/2011	12
StX	Steuer-Telex - Kommentiertes Steuerrecht im Überblick	8-12/2011	18
Sucht	Sucht - Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis	1/2011	21
SVR	Straßenverkehrsrecht - Zeitschrift für die Praxis des Verkehrsjuristen Verkehrszivilrecht / Ordnungswidrigkeiten / Strafrecht / Versicherungsrecht / Verkehrsverwaltungsrecht (setzt PVR fort)	2/2011	11
SWI	Steuer & Wirtschaft International (Österreich) - Tax and Business Review	3/2011	15
SWK	Steuer- und WirtschaftsKartei (Österreich)	6-9/2011	15
SZIER	Schweizerische Zeitschrift für internationales und europäisches Recht Revue suisse de droit international et de droit européen	3/2011	26
SZK	Schweizerische Zeitschrift für Kriminologie - Revue Suisse de Criminologie (RSC) Rivista Svizzera di Criminologia (RSC) Swiss Journal of Criminology (SJC)	1/2011	12
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	3/2011	5
TranspR	Transportrecht - Zeitschrift für das gesamte Recht der Güterbeförderung, der Spedition, der Versicherungen, des Transports, der Personenbeförderung und der Reiseveranstaltung	2/2011	11
UBB	UnternehmerBrief Bauwirtschaft - Steuern - Bilanz - Werkvertrag / VOB - Liquidität - Finanzierung - Unternehmensführung	2-3/2011	20
Ubg	Die Unternehmensbesteuerung	2/2011	18
UBWV	Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung - Zeitschrift für Ausbildung, Fortbildung und Verwaltungspraxis für die Bundeswehrverwaltung	2/2011	3
UPR	Umwelt- und Planungsrecht - Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis	3/2011	19
UR	Umsatzsteuer-Rundschau - Hrsg. in Verbindung mit dem UmsatzsteuerForum e.V.	5-6/2011	18

ANHANG

US-Exportbestimmungen	Informationsdienst US-Exportbestimmungen - Ein Informationsdienst für Unternehmen, die US-amerikanische Waren einführen bzw. reexportieren, herausgegeben in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Außenwirtschaft (bfai), Köln	3/2011	15
UStB	Der Umsatz-Steuerberater Der Informationsdienst für die umsatzsteuerliche Beratungspraxis	3/2011	18
UVP-report	UVP-report - Informationen zu Umweltverträglichkeitsprüfung, Umweltmanagement und nachhaltiger Entwicklung	5/2010	19
UVR	Umsatzsteuer- und Verkehrsteuer-Recht	2-3/2011	18
V+T	Verkehr und Technik - Organ für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Verkehrsrecht Verkehrswirtschaft Verkehrspolitik	3/2011	11
V&S	Vermögen & Steuern Fachzeitschrift für die Steuer-, Rechts- und Vermögensberatung	3/2011	23
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung	3/2011	5
VE	Vollstreckung effektiv Für Rechtsanwaltskanzleien, Mahn- und Vollstreckungsabteilungen	3/2011	8
VereinsBrief	VereinsBrief Steuern Buchführung - Recht - Der Informationsdienst für Vereine und ihre Berater	3/2011	29
Vergabe-News	Informationsdienst für Auftragnehmer und Auftraggeber in Wirtschaft und Verwaltung - hrsg. i. V. m. dem forum vergabe e.V.	3/2011	6
VergabeR	Zeitschrift für Vergaberecht in Verbindung mit der ARGE BAURECHT im Deutschen Anwaltverein	2/2011	6
VersR	Versicherungsrecht Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht	7-9/2011	23
VIA	Verbraucherinsolvenz aktuell	2/2011	15
VK	Versicherung und Recht kompakt Aktueller Informationsdienst für die Schadensbearbeitung	3/2011	23
VM	Verwaltung & Management - Zeitschrift für moderne Verwaltung	1/2011	6
VN	Vereinte Nationen Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen	1/2011	26
VR	Verwaltungsgrundschau - Zeitschrift für Verwaltung in Praxis und Wissenschaft / 1955-1976: Staats- und Kommunalverwaltung	3/2011	6
VRA	Verkehrsrecht aktuell - Informationsdienst für die Rechtsanwaltskanzlei	3/2011	11
VRR	VerkehrsRechtsReport - Arbeitszeitschrift für das gesamte Straßenverkehrsrecht	2/2011	11
VRS	Verkehrsrechts-Sammlung	Bd. 120 2/2011	11
VS	Vergabe spezial - ein aktueller vergaberechtlicher Informationsdienst - Gesetzgebung - Rechtsprechung - Konsequenzen für die behördliche und anwaltliche Praxis	2/2011	6
VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht	5/2010	14
VuR	Verbraucher und Recht - Zeitschrift für Wirtschafts- und Verbraucherrecht	2-3/2011	15
W&S	Das Sicherheitsmagazin	1/2011	29
wbl	Wirtschaftsrechtliche Blätter Zeitschrift für österreichisches und europäisches Wirtschaftsrecht	2-3/2011	15
Weiterbildung	Zeitschrift für Grundlagen, Praxis und Trends	1/2011	13

ANHANG

WiRO	Wirtschaft und Recht in Osteuropa - Zeitschrift zur Rechts- und Wirtschaftsentwicklung in den Staaten Mittel- und Osteuropas	3/2011	15
WISO-SteuerBrief	WISO-SteuerBrief	3/2011	18
WiSt	Wirtschaftswissenschaftliches Studium Zeitschrift für Ausbildung und Hochschulkontakt	2/2011	28
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht	3/2011	12
WM	Wertpapier-Mitteilungen Teil IV - Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht	8-12/2011	23
WoM	Wohnungswirtschaft & Mietrecht - Herausgeber: Deutscher Mieterbund e.V.	2-3/2011	20
WPg	Die Wirtschaftsprüfung - Der Berater der Wirtschaft	5-6/2011	28
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis Offizielles Organ der Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e.V.	3/2011	16
WuB	Entscheidungen zum Wirtschafts- und Bankrecht	2-3/2011	23
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb - Zeitschrift für deutsches und europäisches Wettbewerbsrecht - Journal of German and European Competition Law	3/2011	16
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht Heidelberg Journal of International Law	1/2011	26
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis - Mit Anwaltsmagazin	5-6/2011	2
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik mit Beilage ANA-ZAR (Anwaltsnachrichten Ausländer- und Asylrecht)	2/2011	24
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft	1/2011	23
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins - Organ für schweizerische Rechtspflege und Gesetzgebung Revue de la société des juristes bernois	2/2011	2
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht	3/2011	13
ZErB	Zeitschrift für die Steuer- und Erbrechtspraxis	3/2011	10
ZESAR	Zeitschrift für Europäisches Sozial- und Arbeitsrecht	3/2011	14
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge Erbrecht - Gesellschaftsrecht - Steuerrecht	3/2011	10
ZevKR	Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht	Bd. 56 1/2011	7
zfbf	Schmalenbachs Zeitschrift für betriebliche Forschung Schmalenbachs Business Review - vorher: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung / englischsprachige Fassung erscheint vierteljährlich als "-> sbr" seit 1999	3/2011	28
ZFE	Zeitschrift für Familien- und Erbrecht	3/2011	10
ZfF	Zeitschrift für das Fürsorgewesen	2/2011	14
ZfIR	Zeitschrift für Immobilienrecht	4-6/2011	20
ZfKE	Zeitschrift für KMU und Entrepreneurship	1/2011	28
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung, Internationales Privatrecht und Europarecht bis 1991: Internationales Privatrecht und Europarecht	1/2011	2
zfs	Zeitschrift für Schadensrecht Monatliches Fachblatt für Schadensrecht, Versicherungsrecht, Verkehrsrecht	3/2011	23
ZfSH/SGB	Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch Sozialrecht in Deutschland und Europa	3/2011	14
ZfStrVo	Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe	1/2011	12

ANHANG

ZfU	Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht Beiträge zur rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Umweltforschung	1/2011	19
ZfW	Zeitschrift für Wasserrecht	2/2011	19
ZfWG	Zeitschrift für Wett- und Glücksspielrecht	1/2011	29
ZfZ	Zeitschrift für Zölle und Verbrauchssteuern Außenwirtschaft - Finanzpolitik - Marktordnung	2-3/2011	18
ZGE	Zeitschrift für Geistiges Eigentum - Intellectual Property Journal	4/2010	17
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht	1/2011	15
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht	3/2011	9
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht	1/2011	15
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht - mit Beihefter: Insolvenzreport	9-13/2011	15
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis - (bis 1980: Insolvenzrecht)	8-12/2011	15
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik Online-Zeitschrift: www.zis-online.com	2/2011	12
ZJapanR	Zeitschrift für Japanisches Recht	30/2010	26
ZKF	Zeitschrift für Kommunal финанzen - Haushalt - Kostenrechnung - Steuern - Gebühren - Beiträge - Entgelte - Kredite - Zahlungsverkehr - Vollstreckung	2/2011	5
ZKJ	Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe - Rechtsanwendung in der Praxis - Beratung - Mediation - gutachterliche Tätigkeit interdisziplinär aktuell verständlich	2/2011	14
ZKM	Zeitschrift für Konflikt-Management - Mediation - Verhandeln - Vertragsgestaltung	1/2011	2
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht vereinigt mit EFLR (European Food Law Review)	1/2011	21
ZLW	Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht - German Journal for Air and Space Law	1/2011	11
ZMGR	Zeitschrift für das gesamte Medizin- und Gesundheitsrecht	1/2011	21
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht - Miete, Pacht, Leasing, Maklerrecht, Wohnungseigentum, Wohngeld, Erschließungsbeitragsrecht	3/2011	20
ZNotP	Zeitschrift für die NotarPraxis	3/2011	1
Zoll-Profi	Der Zoll-Profi - Export, Import und Steuern. Kompakt für den Praktiker	3/2011	18
ZSR	Zeitschrift für Sozialreform	1/2011	14
ZStV	Zeitschrift für Stiftungs- und Vereinswesen - Recht, Steuern, Wirtschaft, Politik	1/2011	29
ZTR	Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes	2-3/2011	13
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht - Urheberrecht Verlagsrecht Rundfunkrecht Presserecht Mediendiensterecht Telediensterecht Telekommunikationsrecht	2-3/2011	17
ZUM-RD	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht - Rechtsprechungsdienst	2/2011	17
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht - Das Forum für Umwelt und Recht	3/2011	19
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft Archiv für Internationales Wirtschaftsrecht	1/2011	2
ZVI	Zeitschrift für Verbraucher- und Privatinsolvenzrecht	2/2011	9
ZWD	Zahnärzte Wirtschaftsdienst - Praxisführung - Recht - Steuern - Finanzen	2-3/2011	21
ZWE	Zeitschrift für Wohnungseigentumsrecht Begründung - Verwaltung - Vermietung - Steuern - Verfahren	3/2011	20
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht - Journal of Competition Law	1/2011	16